

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis halbjährlich 1,10 Mk.,
 jährlich 2,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustriertem Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement 1,10 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verordnungs-
 -Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 Mk., für das übrige Ausland
 4 Mk. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsprozentige Kolon-
 zeile oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das fertige Gedruckte
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Einnahmestellen-
 anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 10. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Dummheit, Verbrechen und reaktionäre Gegenseitigkeit.

Paris, 7. Mai. (Fig. Per.)

Die Rücksichtslosigkeiten und Schikanen, die seit neuester Zeit mit befremdlicher Systematik von den regierenden Mächten Deutschlands gegen Frankreich betrieben werden, beginnen auch friedfertige und gegen das deutsche Volk nicht im geringsten voreingenommene Franzosen zu beunruhigen. Da war erst vor ein paar Tagen die famose „Wacht am Rhein“ mit der Hinfälligkeit des in französische Uniformstücke gesteckten „Deiarteurs“. Man konnte nicht damit, daß es auch in Paris an geschmackloser Ausbeutung und Aufreizung chauvinistischer Instinkte im Theater und Tugendtanz nicht fehlt. Vielleicht ist sogar in Frankreich an patriotischer Selbstvergötterung und alberner Verunglimpfung des „Erbfeindes“ quantitativ in den letzten Jahren mehr geleistet worden. Aber abgesehen davon, daß diese Hochflut des kommerziellen Chauvinismus in der letzten Zeit sehr merklich zurückgegangen ist, so liegt ein Hauptunterschied darin, daß verlebende Taktlosigkeit und verantwortlicher Kreise, wie die Lieferung der Statisten aus der Kaserne zur Unterstützung des verheerenden Nummerns in Frankreich nicht vorgekommen sind. Wenn die Bourgeoisien beider Länder Vergnügen daran finden, immer mehr nationalistisch zu verblöden, ist das ihre Sache, aber mit aller Entschiedenheit muß dagegen protestiert werden, daß die Regierungen der chauvinistischen Aufreizung Vorwand leisten und ihr gar einen, das gute Einbernehmen, ja den Frieden gefährdenden offiziellen Charakter geben.

Nicht aber bringen die Maßregeln gegen die in Elsaß-Lothringen anässigen Franzosen neue Bestimmung hervor. Noch ist das Ausmaß der Aufenthaltserweiterungen nicht bekannt, aber auch wenn es sich nicht um eine allgemeine Ausweisung handeln sollte, ist die Tatsache einer zweifachen, beleidigenden und im übrigen deutsche Interessen gefährdenden Brutalität gegeben. Die französische Presse beruft sich mit offenbarem Recht auf die im Frankfurter Friedensvertrag enthaltene Meistbegünstigungsklausel. Aber vor allem hätten doch die Regierenden Deutschlands an die Deutschen in Frankreich denken sollen. Bei Repressalien wäre der materielle Schaden, den sie erleiden müßten, unvergleichlich größer — ja er würde einer wahren Katastrophe gleichkommen. In Paris leben hunderte Tausende Deutsche aller Klassen. Die kommerziellen und industriellen Unternehmungen deutscher Staatsbürger haben in den letzten Jahren einen bedeutenden Platz erobert, viele Millionen Kapital sind in ihnen investiert. Man stelle sich auch die Frage, welche Folge hier Ausweisungsmassregeln haben würden! Hier sei aber auch die Freiheit hervorzuheben, deren sich die Deutschen in Frankreich erfreuen. In Paris erscheinen zwei deutsche Zeitungen, bestehen etliche deutsche Vereine, darunter solche mit ausgesprochen patriotisch-nationalen Charakter, wie Turnvereine, nationale Handlungsgehilfenvereine, eine deutsche Schule usw. Versammlungen mit deutscher Verhandlungssprache begegnen nicht dem geringsten Hindernis. Die Staatslenker in Deutschland mögen einmal selbst ihre alldeutschen Verehrer in Paris fragen, wie sie über das Schikonenposten und eine Anwendung auf beiden Seiten der Grenze denken.

Die Verschärfung der deutschen Verwaltungspraxis gegen die in Deutschland lebenden Franzosen und überhaupt die ganze offizielle Begünstigung der chauvinistischen Hege ist aber um so verdammenswerter, als sie just in eine Epoche fällt, die in Frankreich eine ausgesprochene Abnahme des Nationalismus und der anti-deutschen Stimmungen gezeigt hat. Gerade die ablaufende Wahlperiode hat einen Beweis dafür geliefert, trotz etlicher Plakate und Reden, die die Spieher mit der drohenden Invasion schrecken wollten. Niemand hat man so offen und zuberstächlich von der deutsch-französischen Annäherung gesprochen, niemals hat diese Idee in den Massen — nicht nur keine Abneigung —, sondern ein ausgesprochenes Verständnis und wirkliche Sympathie gefunden. Was sollen nun die neuen feindseligen Maßregeln in Deutschland? Ihre erste Wirkung kam nur die Verstärkung des Mißtrauens und der Abneigung nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen diejenigen Franzosen, die zu einer Annäherung an Deutschland raten. Die Schikanen sind also Wasser auf die Mühle der Nationalisten, Reaktionäre und Militaristen in Frankreich, das heißt sie sind — wie ein Bild in die französische Presse zeigt — eine Begünstigung der antirepublikanischen und chauvinistischen Parteien. Ist das am Ende auch der Zweck? Eine solche Taktik könnte sich allerdings nicht auf die Politik Bismarcks berufen, der immerhin so einsichtig war, die Bedeutung der republikanischen Verfassung für den europäischen Frieden zu würdigen, aber sie entspricht genau der Geschäftspraxis der Interessenten des Militarismus, die den Chauvinismus des Auslandes zur Förderung ihrer Zwecke brauchen. Das

Spiel mag verbrecherisch sein, aber es ist einträglich. Die Völker mögen sich vor den Betrüchern hüten. Ganz sicher werden sie allerdings erst sein, wenn sie ihnen die Karten aus der Hand schlagen werden.

Deutsch-Französische Verständigungs-Konferenz.

Am 30. Mai, zwei Tage vor Eröffnung der neugewählten französischen Kammer, findet in Basel, Hotel „Drei Könige“, eine gemeinsame Sitzung des von der Berner Konferenz eingeleiteten Ständigen Komitees statt. Der französische und der deutsche Ausschuss werden vollständig in Stärke von je 22 Mitgliedern vertreten sein. Dem Deutschen Ausschuss gehören bekanntlich Vertreter der nationalliberalen, fortschrittlichen und sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sowie der Fraktionen des Zentrums und der Linken an.

Erdbebenkatastrophe auf Sizilien.

Mehrere Ortschaften zerstört — 300—400 Tote.

Eine erschütternde Nachricht meldet der Telegraph aus Italien. Die an der Ostküste der Insel Sizilien gelegene Provinz Catania ist am Freitagabend und in der Nacht zum Samstag durch mehrere sehr schwere Erdstöße heimgesucht worden. Wenn das Unglück auch nicht den Umfang des Erdbebens angenommen hat, das in den Dezembertagen des Jahres 1908 die Insel heimsuchte und die Stadt Messina vollständig zerstörte, so sind doch nach den letzten Meldungen wahrscheinlich 300 bis 400 Tote zu beklagen und gegen 1000 Personen verletzt worden. Zwei Ortschaften, die Dörfer Lincera und Acireale sind durch das Erdbeben fast vollständig zerstört worden, mehrere andere Ortschaften haben sehr schwer gelitten. Die Nachrichten aus dem Erdbebengebiet laufen nur spärlich ein, da die meisten telegraphischen und telephonischen Verbindungen durch das Beben zerstört wurden. Die italienische Regierung hat sofort nach Bekanntwerden des Unglücks eine Rettungsfaktion organisiert. Das Kriegsministerium hat Truppen, Lebensmittel, Zelte und Sanitätsmaterial abgeschickt, das Rote Kreuz ein Feldlazarett. Der Ministerpräsident hat den Präfekten beauftragt, im Einbernehmen mit den Ortsbehörden für Unterbringung der Obdachlosen zu sorgen.

Ueber die Einzelheiten der Katastrophe liegen die folgenden Meldungen vor:

Catania, 8. Mai. Heute Abend hat ein Erdstoß fast alle Häuser in Zerbati und Pennise, Teilen der Gemeinde Acireale unbewohnbar gemacht. Die Behörden haben sich an Ort und Stelle begeben; man wird die obdachlosen Familien in Armeezelten unterbringen.

Catania, 9. Mai. Gestern Abend um 7 Uhr wurde auch ein Erdstoß bei den Orten Linguaglossa, Viagrande, Biancabilla und Selpasso besonders in der Nähe von Ranganano verspürt. Ein von Acireale nach Ranganano fahrender Zug mußte anhalten, da die Bahnstrecke infolge des Erdbebens in einer Ausdehnung von 700 Metern beschädigt war.

Catania, 9. Mai. Nach Meldungen aus den vom Erdbeben betroffenen Orten sind 30 Tote und 120 Schwundete aus den Trümmern hervorgezogen worden. Man befürchtet, daß die Zahl der Opfer über 100 beträgt. Von dem Flecken Lincera sind nur noch Trümmer übrig. Man weiß aus dem Dorfe Bongiarbo in der Gemeinde von Jassano Etna, daß 10 Personen getötet und 20 verletzt worden sind. Auch in Pifano in der gleichen Gemeinde hat es Tote und Verwundete gegeben.

Acireale, 9. Mai. Es wird bestätigt, daß das Dorf Lincera beinahe vollständig zerstört worden ist. Die Zahl der Opfer ist bisher noch nicht genau festgestellt worden. Sieben Verwundete sind im Hospital von Acireale eingeliefert worden. Wie es den Anschein hat, ist in den Dörfern Santa Venerina, Santa Maria degli Ammalati, Guardia Santa Maria Verina, Cozzentini und Peonisi nur Sachschaden angerichtet worden. Der Präfekt von Catania und andere Vertreter haben sich mit Hilfsamtschaft und Material zur Hilfeleistung nach Lincera begeben. Die Eisenbahnverbindung von Acireale nach Guardia ist wegen Rissen im Tunnel unterbrochen.

Rom, 9. Mai. „Giornale d'Italia“ meldet aus Giarre: In dem Flecken Lincera, der völlig zerstört ist, zählt man bis jetzt 50 Tote; auch Poggiovampo und Malati sind ernstlich beschädigt, auch Menichen sind dort beschädigt worden.

Rom, 9. Mai. Die Blätter veröffentlichen Extraausgaben, nach denen der Umfang der Erdbebenkatastrophe bedeutend größer ist, als bisher bekannt war. Die Zahl der Toten in der Provinz Catania beträgt mehrere Hundert, die der Verwundeten soll tausend erreichen. Authentische Nachrichten von heute nachmittag geden allein für Lincera und Bongiarbo 150 Tote an; die Dörfer Lincera und Acireale sind zerstört, die Stadt Acireale ist verschont geblieben, in Santa Venerina ist schwerer Sachschaden angerichtet, die Zahl

der Opfer ist gering. Telegraphen- und Telephonmasten sind kilometerweit niedergelegt; die Eisenbahnbrücke und der Tunnel von Guardia drohen einzusinken, die Bevölkerung lampiert im Freien.

Nach der Katastrophe.

Rom, 9. Mai. Nach dem Erdbeben haben sich, wie die römischen Blätter berichten, unbeschreibliche Schreckensszenen abgespielt. So trafen die Hilfsambulanzen des Roten Kreuzes in Lincera drei kleine Kinder, zwei Mädchen und einen Knaben, an die weinend in einer Ecke hockten und erzählten, daß ihr Haus zusammengeknirscht sei und unter den Trümmern Vater, Mutter und Großmutter begraben hätte. Auch Fälle von Irresinn sind bereits aufgetreten. Ein junger Bauer, der erst seit drei Tagen verheiratet und selbst bei dem Erdbeben durch einen Balken schwer verletzt wurde, hat durch die Katastrophe seine Gattin verloren und ist infolgedessen wahnsinnig geworden. Desgleichen wurden zwei Gefangene des Zentralgefängnisses zu Catania von Irresinn befallen; sie stürzten sich, nachdem man sie freigelassen hatte, auf ihre Wärter und konnten erst mit großer Mühe überwältigt werden. Im Gefängnis war nach dem Erdbeben eine Panik ausgebrochen, aus den Zellen heraus schrien die Gefangenen um Hilfe und hielten weinend, man möge sie freilassen, da sie sonst dem Tode preisgegeben wären. In anderen Zellen begannen die Gefangenen laut zu beten und zu singen. In Rom selbst herrscht über die Katastrophe unbeschreibliche Erregung, man erwartet mit fieberhafter Spannung das Eintreffen neuer Nachrichten und die Leute bilden auf den Straßen Gruppen, wo die Ereignisse besprochen werden.

Stupide Hege.

Die Urheber des „Attentats“ auf das Charlottenburger Kaiser-Friedrich-Denkmal sind nunmehr von der Polizei ermittelt worden. Wie der Polizeibericht — verleihe die lokalen Teufel — mitteilt, sind es nicht, wie mit Recht vermutet werden dürfte, Spittelhände gewesen, die das Denkmal des Kaisers der hundert Tage beschnitten haben, sondern Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation. Und dies Faktum, daß einige Anhänger der Sozialdemokratie einen dummen, tadelnswerten Streich verübt haben, nimmt die reaktionäre Sekundäre zum Anlaß einer bis zur Stupidität fanatischen Hege gegen die verhasste Sozialdemokratie!

Dem Blatt des sonst breiten Späßen so geneigten Herrn Certeil verflüchtigt sich die letzte Spur von Spiritus bei seinem wüsten Geschwafel auf die „Vöberei“, für die die sozialdemokratische Partei die Verantwortung treffe. Durch die „wüteste und kulturwidrigste Hege gegen jede Autorität, insbesondere die monarchische“, soll sie zum intellektuellen Urheber des albernsten Streiches geworden sein!

Aber diese abgeschmackte Beschuldigung des Zunkerorgans bedeutet noch vornehmere Zurückhaltung gegenüber der wüsten Schimpfanrede, die das Raster der schönen Seelen aus dem freikonservativen Scharfmaderlager gegen den „Vorwärts“ abfeuert. Da die sechs Attentäter sämtlich „stramme Genossen“ waren, hat es sich bei der Farbenfleckerei nicht um einen unüberlegten törichten Wadenstreich, sondern um einen planmäßigen, von Rachenempfindungen distillierten „Schlag“ gehandelt, „dazu bestimmt, einerseits die monarchische Idee öffentlich zu verhöhnen, andererseits die Macht der Sozialdemokratie zu betonen“. Auch darf nicht übersehen werden, daß die Täter in jenem Moabitler Viertel wohnten, „das seinerzeit infolge der großen Krawalle zu einer eigenartigen Berühmtheit gelangt ist“. Dem „Vorwärts“ aber fällt die geistige Urheberchaft für die „rudelose Denkmalschändung“ zu.

Die armen Tintenfüßler, die sich diese Entrüstung im Schwärze ihres Angeichts abgerungen haben, können uns beinahe leid tun. Es mag ihnen nicht leicht geworden sein, solche künstliche Entrüstung zu produzieren, nachdem die überhöhte Aufregung über die Denkmalsbeschädigung mit dem letzten Reiz des Farbstoffes bereits seit mancher Woche verfliegen ist. Trotz allen kollegialen Mitgeföhls können wir freilich nicht umhin, die ausgeübte Albernheit dieses Entrüstungsrummels an den Pranger zu stellen.

Die Sozialdemokratie und speziell der „Vorwärts“ sollen die Verantwortung dafür tragen, daß einige Parteigliedern jene Torheit begangen. Ausgerechnet die Verflechtung des Kaiser-Friedrich-Denkmal soll eine zielbewusste Demonstration gewesen sein! Und dazu erforscht sich die Leuten just das Denkmal jenes „Dunders auf dem Thron“, um den gerade die liberale Presse die Mureole der Volkseindlichkeit gewoben hat und gegen den die Sozialdemokratie niemals ein Wort zu schreiben brauchte! Mit demselben Recht könnte man die Sozialdemokratie auch für die Ermordung der Kaiserin Elisabeth verantwortlich machen, jener stillen Frau, auf die schon ihre sympathische Schwärmerei für Heinrich Heine einen leisen Glorienschein fallen ließ. Ach nein: Wenn irgend jemand einen Anspruch auf unfreiwillige Urheberchaft jenes Dummengungenstreiches hat, so kein anderer als der berühmte Traugott v. Nagow, der durch seine unglückliche Polizeijuristerei die Spottlust und den Proteststachel der polizeilich so übereifrig bevormundeten Volksmassen erregte! Die komischen Denunziationen gegen den „Vorwärts“ vermögen wir denn auch beim besten Willen nicht ernst zu

nehmen. Um so entschiedener müssen wir uns freilich gegen die niederträchtige Gese wenden, durch die das Scharfmachergelichter vom Schloge der „Voll“ Staatsanwaltschaft und Richter gegen die sechs Verhafteten aufzuwecken sucht. Nicht nur wegen groben Unfugs oder Sachbeschädigung soll diesen Delinquenten der Prozeß gemacht werden, sondern auch wegen — Majestätsbeleidigung! Das empfindet mit eiserner Stirne dieselbe „Voll“, die vor noch nicht allzu langer Zeit geradezu tollwütig gegen den regierenden Hohenzollern losgerast und aus Venger über einen dem Rüstungskapital entgangenen Weltkrieg selbst so flobige Majestätsbeleidigungen beging, wie es ein sozialdemokratisches oder anarchisches Blatt noch niemals einem strebenden Staatsanwalt beider hat! Und diese Spitzbuben schreien jetzt ihr „Daltet den Dieb“ hinter ehrlichen Menschen her!

Der koloniale Gewaltstreich gutgeheißen!

Die Budgetkommission des Reichstags hat in ihrer Sonnabendung den von der Regierung beauftragten **„Gewaltstreich gegen die Duala“** gutgeheißen! Die Budgetkommission hat sich damit selbst in das Gesicht geschlagen. Sie beschloß seinerzeit, die Bewilligung der zur Enteignung geforderten Summe so lange auszusparen, bis die Akten in der Enteignungsfrage der Dualaner vorgelegt seien. Nicht die Akten aber wurden vorgelegt, sondern nur eine total einseitige Darstellung des Regierungsstandpunktes.

Nicht nur der Rechtsvertreter der Duala, Rechtsanwalt Halpert, eine durchaus seriöse Persönlichkeit, erklärte die Regierungsdenkchrift für durchaus inkorrekt und einseitig, sondern auch ein hoher und in die Dualafrage durchaus eingeweihter ehemaliger Kolonialbeamter, der Geheime Regierungsrat Hansen, bis vor kurzem erster Referent beim Gouvernement Kamerun, machte noch am Sonnabendvormittag im „Berliner Tageblatt“ die gewichtigsten Einwendungen gegen die famose Regierungsdenkchrift. Trotzdem nahm die gesamte bürgerliche Mehrheit die Behauptungen der die groteske Parteilichkeit offensichtlich an der Stirne tragenden Denkschrift einseitig für bare Münze und votierte unter schwächlichen und nichtsagenden Vorbehalten für den Regierungsstandpunkt! Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß unter geordnetem Bürgerturn in seiner sozialpolitischen Verantwortung aller humanitären Rücksichten und Rechtsgrundsätze spottet und sich einzig von den Gesichtspunkten brutalsten kolonialen Herrenmenschenleitens leiten läßt, so wäre dieser Beweis durch die ungläubliche Abstimmung der Budgetkommission unwiderleglich erbracht!

Die Gese, die gegen die Duala und ihre Sachwalter in den letzten Tagen geführt wurde, war geradezu schamlos. Von der „Staatsbürger-Zeitung“ bis zur „Deutschen Tageszeitung“ überbot man sich in gemeinen persönlichen Schmähungen und Verdächtigungen des juristischen Vertreters, den die Duala in der Person des Rechtsanwalts Halpert gefunden hatten. Man verdächtigte diesen Rechtsvertreter gewissermaßen als käufliches Subjekt, weil er gegen Bezahlung das Mandat der bedrängten Eingeborenen von Kamerun übernommen hatte. Dabei war die Summe, die der betreffende Rechtsanwalt für seine juristischen Mühewaltungen erhalten haben sollte, nicht einmal besonders hoch, gemessen an dem in Frage stehenden Wertobjekt und jener Summen, die in Deutschland für jeden größeren Prozeß und größere Wertobjekte bezahlt zu werden pflegen. Aber obgleich Rechtsanwalt Halpert erklärte, daß die 8000 M., die für ihn eingezahlt worden seien, keineswegs sein Rechtsanwalts-honorar, sondern nur die Vergütung für einen Sachverständigen sein sollten, der in seinem Auftrage nach Kamerun gereist sei, überboten sich die reaktionären Mütter in Entrüstung über den Judaslohn, um den ein deutscher Rechtsanwalt die väterländischen Interessen an das kämmerliche Duala-geld verkauft habe! Daß ein Rechtsanwalt eben Anwalt des Rechts sein soll, hatten diese widerlichen Moralisten ebenso gründlich vergessen wie das Faktum, daß auch unsere patriotischen Männer — man vergleiche den Freiherrn v. Zedlitz — sich ihr Rechtsartikeln in der splendidesten Weise bezogen zu lassen pflegen, selbst wenn ihre Mühewaltung bei weitem nicht dem Maß von Mühewaltungen entspricht, das das Mandat der Dualas ungewisselhaft erforderte! Was unsere Kolonialpresse in diesem Falle geleistet hat an Rechtsverwirrungen und Lumpenhaffigkeit, verbeißt für die Zukunft die wunderbarsten Verpfefften!

Was die Regierung in ihrer Denkschrift behauptete, war eine durchaus einseitige Darstellung, deren Anfechtbarkeit schon aus der geradezu kindlichen Abfassung über die Balaver mit den Eingeborenen hervorging. Eine solche Denkschrift von 23 Seiten bedurfte unbedingt gründlichster Nachprüfung. Aber man ließ nicht einmal dem überrumpelten Vertreter der Duala, dem Rechtsanwalt Halpert, die Möglichkeit einer Entgegnung. Vergebens wendete sich noch in letzter Stunde im „Berliner Tageblatt“ der schon erwähnte Geheime Regierungsrat Hansen-Jena, wegen seiner Eigenschaft beim Kameruner Gouvernement ein geradezu erstklassiger Sachverständiger, gegen die Denkschrift der Regierung. Allein das, was dieser absolut unanfechtbare Sachverständige gegen die Regierungsdenkchrift vorzubringen hatte, war geradezu vernichtend. Er bewies an verschiedenen Einzelheiten, wie absolut irreführend die Darstellung der Regierung war. Er gestand zu, daß es nicht nur ein größlicher Vertragsbruch, sondern zugleich eine unerhörte wirtschaftliche Benachteiligung des Dualastammes war, daß man ihm zugunsten des weißen Ausbeutertums von dem ihm vertraglich zugesicherten Grund und Boden verdrängen will. Er wies nach, daß alle Behauptungen von einer wirklich angemessenen Entschädigung der verdrängten 18.000 Duala nur falsche Vorwissenlungen und größlicher Entstellungen des wirklichen Tatbestandes waren. Er zeigte, daß, der skandalöse Expropriationsakt durchaus nicht aus einem höheren Staatsinteresse resultierte, sondern daß den weitgehendsten hygienischen Anforderungen für die Schaffung einer Europäerstadt durch die Enteignung des Gebiets der sogenannten Jostplatte bereits Rechnung getragen worden war, so daß jetzt schon des grauamen Spießes der Expropriation der Eingeborenen reichlich genug gewesen sei.

Aber nicht nur dieser erste Referent bei dem Gouvernement in Kamerun zeugte für die Verächtlichkeit der Beschwerden des von einem raffigierten Ko-

lonialausbeutertums zurückgedrängten Dualastammes — nein der Geheime Regierungsrat Hansen berief sich auch auf zahlreiche weiße Anwohner der Kolonie, die seinen Standpunkt teilten, er berief sich auch auf einen verflochtenen Kameruner Gouverneur, der durchaus seinen Standpunkt gebilligt habe. Aber trotz all dieser Zeugen für die Ungerechtigkeit und Verwerflichkeit der Gewaltpolitik gegen die Duala erklärte sich doch der gesamte Kolonialklub vom Freisinn über das Zentrum bis zu den Konservativen für die Regierungsforderungen. Sie salvierten sich durch die Annahme einer Resolution, die sich für eine genügende Entschädigung für das zu enteignende Land aussprach.

Als ob die Eingeborenen, deren Rechte in so skandalöser Weise in Waisch und Vogen preisgegeben wurden, obwohl der ganze Stamm unter Beihilfe und Unterstützung eines deutschen Rechtsanwalts und eines Geheimen Regierungsrats Protest gegen diese Vergewaltigung einlegte, auch nur die geringste Aussicht hätten, ihre Rechte gewahrt zu sehen, wenn nun die Einzelnen um ihr Recht gevrellt werden sollten! Als ob irgend eine Aussicht bestünde, daß nun den Einzelnen das Recht gewährt werden würde, das man der Gesamtheit so ostentativ und bewußt verweigert hat. Der Vorbehalt der Resolution ist eben nichts als fauler Rauber, als ein jämmerlicher Versuch, das öffentliche Gewissen über einen unerhörten Rechtsbruch hinwegzutäuschen!

Die Denkschrift über die Duala-Affäre.

Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich am Sonnabend in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien mit der Angelegenheit der Dualaner. Bekanntlich hatte die Budgetkommission beschlossen, die Bewilligung der entsprechenden Positionen des Kameruner Etats so lange auszusparen, bis die Akten in der Enteignungsfrage der Dualaner vorgelegt seien. Die Denkschrift liegt seit einigen Tagen dem Reichstage vor. Zu der Denkschrift ist noch ein Telegramm aus Kamerun gekommen, nach dem der Bruder des Oberhäuptlings der Duala, Rudolf Dell, beabsichtigt, einen Aufstand der Neger zu organisieren. Von sozialdemokratischer Seite, wie von den Abgg. Gothein, Raumann und dem Zentrumsabgeordneten Rechenberg wurde scharfe Kritik an dieser nichtstaugenden Denkschrift geübt. Unsere Genossen Weiz, Koste, Davidjohn und Ledebour zeigten u. a., daß die Regierung alle diejenigen Dokumente, die ihr unbenutzbar sind, nicht vorgelegt hat, daß sie die Eingeborenen Kameruns mit deren eigenem Lande „entschädigt“, daß die Kolonialverwaltung den Eingeborenen Gewinn und Vorteile mitgibt, die sie gerade durch die Enteignung und die „Sanierung“ den Euro-päern zuführen will; daß wir in Breußen längst unsere Agrarier los wären, wenn die Regierung hier nach den Kameruner Grund-sätzen verfuhrte; daß sie schnell bei der Hand ist, Leute, die ihr unbenutzbar sind, alle möglichen Schandbarkeiten nachzusagen. Unter diesem Gesichtspunkt wurde von unseren Genossen auch das Telegramm von der Aufstandsbefürchtung viel tüchtiger gewürdigt, als von den bürgerlichen Abgeordneten — mit dem Erfolge, daß nun auch der Herr Staatssekretär sich dazu auftrafte, die Lage als „nicht so schlimm“ darzustellen. Er konnte sich diesen Luxus leisten, denn der Soup hatte ja die beabsichtigte Wirkung erzielt. Vom

Kolonial-Klub Brandenburg-Regenbogen-Reinhold-Certel

war nämlich in der Zwischenzeit folgende Resolution eingebracht worden:

1. Der Reichstag stimmt der Vorlage zu mit der Maßgabe, daß 1. nicht nur für das zu enteignende Land genaue Entschädigung gewährt wird, sondern auch für alle anderen den Enteigneten durch die Enteignung entstehenden Schäden;
2. das durch die Enteignung vom Nistos ermordete Land nur unter Bedingungen weiter veräußert wird, die dem Nistos den angemessenen Anteil an künftiger Wertsteigerung des Grund und Bodens sichern;
3. mit allem Nachdruck in Kamerun jeder Agitation gegen die von Regierung und Reichstag endgültig beschlossene Enteignung entgegengetreten wird, sobald diese Agitation Formen annimmt, durch welche die politische Ruhe gefährdet wird.

Zunächst wurde ein Interantrag Raumann angenommen, in Ziffer 1 Entschädigung nur für die wirtschaftlichen Schäden zuzufügen. Abdann fand ein Antrag Rechenberg Annahme, den Zusatz einzufügen, daß für die Eingeborenen, die durch die Sanierung weit vom Kamerunfluß entfernt werden, ein unmittelbarer Zugang zum Wasser geschaffen wird. Sowohl diese Anträge wie die Ziffern 1 und 2 der Resolution wurden einstimmig, die Ziffer 3 und ebenso die Gesamtsresolution gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. So war also die Enteignung und „Sanierung“ in drei Stunden erledigt. In einer Debatte über die sonstigen, zum Teil ganz ungebührlichen Vorgänge in Duala waren die bürgerlichen Parteien nicht mehr bereit! Mit dem Abschlusse. Dann konnte Herr Spahn die Arbeiten der Kommission für erledigt erklären. Im Plenum wird der gereizte Kamerunier noch Anlaß zu heftigsten gründlicheren Debatten geben.

Politische Uebersicht.

Der Militäretat.

Die Spezialdiskussion des Militäretats wirt alljährlich eine große Reihe einzelner Fragen auf. So konnte auch, entgegen aller Berechnung, die Diskussion in dieser Woche nicht zu Ende geführt werden. Eine längere Erörterung rief das Kapitel „Militärjustizverwaltung“ hervor. Genosse Runert behandelte noch einmal die Frage der Soldatenmishandlungen. Mit großer Entschiedenheit wandte er sich gegen den besonderen Charakter der Militärgerichtsbarkeit und namentlich gegen die barbarische Strafe des strengen Arrestes. Auch über den Militärboykott gab es eine längere und teilweise erregte Auseinandersetzung. Die Genossen Schmidt-Meiß, Reil und Schöpslin brachten eine Reihe empörender Fälle zur Sprache, während die Herren von der Militärverwaltung noch immer nicht die Entschlußfähigkeit aufgebracht haben, mit diesem veralteten System höchster Ungerechtigkeit zu brechen.

Eine weniger gereizte Stimmung herrschte während der Debatte über die Benachteiligung der Zivilmilitär durch die Militärverwaltung. Genosse Zubeil nahm sich in warmen Worten der stark benachteiligten Zivilmilitär an, während der General Bild v. Hohenborn die Militärpflicht in Schutz nahm. Er wurde darin vom Volksparteiler Gunter lebhaft unterstützt. Einen amüsanten Abschluß fand der Tag durch die rührende Beschwerde des Zentrumsabgeordneten Dr. Welzer, daß die Burg Hohenzollern ihrer Besatzung fast ganz beraubt worden sei. Der Redner der Militärverwaltung war aber unbarmherzig genug, den einsamen Hohenzollern keinen größeren Schutz vor der schwäbischen Ueberlegenheit, die sie von allen Seiten umgibt, in Aussicht zu stellen.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt.

Nervös.

Je weiter die Landtagssession vorschreitet und je mehr wir uns den heißen Sommertagen nähern, desto nervöser werden die Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses. Es ist ja richtig, daß

der Etat, der verfassungsmäßig zum 1. April fertiggestellt sein sollte, noch im Rückstande ist, aber daran trägt, wie wir schon wiederholt nachgewiesen haben, einzig und allein die Regierung die Schuld. Die Minderheit des Abgeordnetenhauses hat doch wahrlich keine Veranlassung, mit Rücksicht auf die verpönte Einberufung des Hauses von einer gründlichen Statberatung Abstand zu nehmen. Schließlich sind die Abgeordneten denn doch nicht dazu gewöhnt, um der Regierung ohne eingehende sachliche Prüfung den Etat zu bewilligen und sich dann halbdunstig nach Hause zu lassen. Wenn der konservative Abg. v. Pappenheim in der Geschäftsordnungsdebatte, die sich an den gewaltigen herbeigeführten Schluß der Generaldiskussion des Elementarunterrichtswesens knüpfte, die Bemerkung machte, die Sozialdemokraten hätten durch ihre langen und überflüssigen Reden die Geschäfte des Hauses aufgehalten, so ist das eine Äußerung, die wir schon des öfteren aus diesem Munde gehört haben, die aber durch Wiederholungen nicht wahrer wird. Wir glauben, es Herrn v. Pappenheim gern, daß es ihm unangenehm ist, zu sehen, wie seine Parteifreunde in ihrer übergroßen Majorität dauernd den Sitzungen fernbleiben, aber trotzdem die Präsenzen einreden, und daß er, um diesem Zustand ein Ende zu machen, die Vertagung herbeiführen möchte. Aber er soll seine Wut gefälligst nicht an politischen Gegnern auslassen, sondern sich lieber an die Adresse seiner eigenen Freunde wenden und diesen den Text lesen.

Am übrigen ist es charakteristisch, daß der gewalttätige Schluß der Debatte gerade bei der Besprechung des Volksschulwesens herbeigeführt wurde — ein neuer Beweis für die Geringschätzung herbeigeführt wurde — ein neuer Beweis für die Geringschätzung charakteristisch ist es, daß das Zentrum und die Konservativen den Schluß herbeiführten, obwohl nur aus ihren Reihen ein zweiter Redner zu Worte gekommen war. Zwar hatten sie vorher feierlich versprochen, die zweite Serie reden zu lassen, aber sie hielten sich an ihr Versprechen nicht gebunden. Ihr Vorgehen ist um so mehr zu verurteilen, als der satissam bekannte Dr. Hoch vom Zentrum schwere Angriffe gegen den Deutschen Lehrerverein gerichtet hatte, auf die zu erwidern der Linken unmöglich gemacht wurde.

Auch im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Liebknecht und dem Vizepräsidenten Dr. v. Krause. Herr Dr. v. Krause, der seitdem ihm der Adel verliehen ist, noch mehr als früher die Geschäfte der Reichstags zu besorgen sich gemühtig fühlt, wollte Liebknecht mit Gewalt hindern, einen Post zur Sprache zu bringen, der zweifellos zur Sache gehört. Sein fortwährendes Eingreifen, noch dazu in einem Ton, wie er Schulbuben gegenüber angebracht sein dürfte, veranlaßte unseren Redner zu einer scharfen, aber durchaus erklärlchen Erwiderung, die den Konservativen Anlaß bot, noch einmal gegen die Sozialdemokraten zu toben. Diesmal freilich nur in Form von Zwischenrufen, wobei sich, wie immer, Herr v. Pappenheim besonders hervortat.

Sachlich ist aus den Verhandlungen nur zu erwähnen, daß eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Schulaufsicht beziehen, der Unterrichtscommission überwiesen wurden. Die Anträge bezwecken teils die Befestigung der geistlichen Schulaufsicht, teils wollen sie die Aufrechterhaltung dieser für unsere Volksschule so schädlichen Einrichtung.

Am Montag wird die Besprechung des Kultusetats fortgesetzt.

Der russische Getreidezoll angenommen.

Wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, hat der Reichstag gleich der Duma die Gesetzesvorlage auf Ver-zollung von Getreide, Erbsen und Bohnen angenommen. Der Zollsatz beträgt 4 M. pro 100 Rüb. Der Vertreter des Handelsministeriums stellte in Aussicht, daß noch eine Erhöhung des Zolls auf Wehl in Frage kommen könne. Der Beschluß richtet sich bekanntlich gegen Deutschland, dessen Einfuhrschleimsystem und hohe Getreidezölle von der russischen Landwirtschaft höchst unangenehm empfunden werden. Es sollte für die deutsche Regierung ein Anlaß sein, auf das Einfuhrschleimsystem zu verzichten oder wenigstens wieder den Identitätsnachweis einzuführen. Dann könnte ein den Konsumenten und dem gesamten Wirtschaftsleben beider Länder höchst schädlicher Zollkrieg (dessen Einleitung der russische Beschluß andernfalls bedeuten würde) vermieden werden. Die deutschen Agrarier müssen es sich jedenfalls mit Recht sagen lassen, daß sie den handgreiflichen Anlaß für diesen Zollkrieg gegeben haben.

Bettinger als Kardinal.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ bringt aus guter Quelle allerlei Mitteilungen darüber, wie der Münchener Erzbischof Bettinger zum Kardinal erwählt wurde. Darin heißt es:

Von kirchlicher Seite hat man bisher vermischt, die Ernennung des Erzbischofs von München-Freising zum Kardinal so hinzustellen, als ob es seiner besonders starken Einwirkung der bayerischen Staatsregierung bedürftig hätte, um sie durchzusetzen. Man hat den Eindruck erweckt, als ob Erzbischof Dr. v. Bettinger nicht von Hertlings Gnaden Kardinal geworden sei. Man wollte alle Verbindlichkeiten des neuen Kardinals gegenüber dem Ministerium abkürzen. Diese Darstellung entspricht jedoch nicht den Tatsachen, und es muß betont werden, daß einzig und allein Graf Herling den Erzbischof von München zum Kardinal gemacht hat. Es war einer der größten Triumphe des Grafen Herling, daß er Dr. v. Bettinger als Kardinal durchgesetzt hat.

Die großen Widerstände, die in Rom der Kandidatur entgegengebracht wurden, ergaben sich hauptsächlich aus der Stellungnahme des Erzbischofs für die christlichen Gewerkschaften, die der Heilige Stuhl bekanntlich nur geduldet wissen will.

„Geher und Terroristen“ im Zentrum.

In der Nr. 82 der „quertreibernischen“ „Betrußblätter“ in Trier wendet sich ein niederrheinischer Geistlicher scharf gegen den Ausschluß des Domkapitulars Stein, Professors Dr. Marx, Warrers Reich und Warrers Kreis aus der Zentrumsparthei. Der Geistliche macht bei dieser Gelegenheit folgende interessante Feststellungen:

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Zahl derjenigen, die aus bestimmten Gründen nicht offen gegen die Erklärung des Reichstages Stellung nehmen will, eine recht große ist; größer jedenfalls, als es sich die um Wachen träumen lassen! Genau so ist es mit der erzwungenen schriftlichen Erklärung des Augustinusvereins, der sämtlichen auf der letzten Generalversammlung in Berlin nicht anwesend gewesenen Mitgliedern frankierte Postkarten mit der aufgedruckten Erklärung zur Unterzeichnung überlieferte. Glaubt denn der Augustinusverein, daß vielleicht ein Mitglied, das zum Beispiel bei der Presse tätig ist, weigern würde, die Erklärung zu unterzeichnen? Fast alle Journalisten und Redakteure werden die Erklärung wohl unterschrieben haben, da — sich niemand so ohne weiteres der Gefahr aussetzt, seine Stellung zu verlieren und womöglich darauf Weib und Kind der Not auszuliefern. So erzwungen wie diese sind auch die meisten anderen Zustimmungserklärungen, die in den letzten Wochen landein, landaus eifrig eingeholt wurden. Man mag da in den vielen so lächerlich inszenierten Versammlungen mit recht gemischten Gefühlen seine „Zustimmung“ erteilen haben, weil er nicht anders konnte. . .

Es ist ja gar kein Geheimnis, in welcher Weise in den Kreisen gewisser Zentrumsführer über Bapst und Bischöfe geurteilt wird. Die größten Heer und Zerstorern aber sind meistens die katholischen Gewerkschaftsleiter und in der „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung tätige Zentrumsabgeordnete. Ich würde es keinem Berliner raten, in einer Gewerkschafts- oder katholischen Arbeiterversammlung hier im Westen seine Zugehörigkeit zu dem Berliner Verbande einzugehen, denn es könnte ihm sonst sehr leicht dabei schlecht gehen.

Der Kriegsminister als Jugendpfeiler.

Herr v. Falkenhayn, der soeben im Reichstage verunglückte Aussagen gegen die freie Jugendbewegung ritt, bemüht sich selbstverständlich, die bürgerlichen Jugendvereine nach Kräften zu fördern. Er hat deshalb, wie wir bürgerlichen Zeitungen entnehmen, ausführliche Bestimmungen über die militärische Unterstützung der nationalen Jugendpflegebestrebungen erlassen. Bekanntlich geht diese Unterstützung soweit, daß sich Unteroffiziere und Offiziere zum Einereizieren der jungen Leute zur Verfügung stellen. Ja sogar einzelne industrielle Werke pumpen sich Soldaten für ihre sogenannte Jugendpflege. So haben beispielsweise die Elberfelder Farbwerke vorm. Bayer u. Co. für diesen Zweck einen Pionierregimenten an zahlreichen Sonntagen engagiert.

Interessant ist, daß nach dem Erlass des Kriegsministeriums die nationale Jugend auch durch die Truppenküchen gegen Bezahlung der Selbstkosten verpflegt werden darf. Dazu ist allerdings das Einverständnis des Truppenkommandeurs oder der Kommandantur des Truppenübungsplatzes notwendig. Die Kosten dafür sollen durch Teilnahme an dem Mannschafteffen verbilligt werden. Als Anhalt soll nachfolgender für einen Korpsbezirk gemachter Vorschlag dienen: Kaffeportionen 3 Pf., Mittagskost: Betrag des ortszubehörenden niedrigen Besoldungsgeldes abzüglich 10 Pf., Abendkost 7 Pf. Keine Entschädigung für Feuerung. Die Abgabe von alkoholartigen Getränken, Zigarren und Zigaretten wird nicht gestattet. Dagegen darf die nationale Jugend in den Kasernen übernachten, selbstverständlich nur, wenn die Räume nicht von den Truppen in Anspruch genommen werden.

Das alles ist natürlich nur darauf berechnet, Begeisterung für den Militarismus zu wecken. Es würde sich obfährlich wirken, wenn die jungen Leute u n a n g e m e l d e t oder in den Kasernenstuben die Lumpen der sechsten Garnitur gefickt werden oder in den Ställen mit den Hunden das Stroh aus dem Pferdemist ausgeklaut wird und was derartige preussisch-deutsche Kasernenidyllen mehr sind. Dann würden sie rasch einsehen, daß das Leben in einer Kaserne doch wesentlich anders vor sich geht, als die freundlichen Erlasse des Kriegsministers ahnen lassen.

Mehr Pfarrstellen als Volksschulen!

Der vorliegende preussische Kultusetat enthält manche interessante Zahl, die unsere politischen Verhältnisse sehr eindeutig kennzeichnen. So ist es interessant zu erfahren, daß in Preußen für die Errichtung neuer Pfarrstellen die Summe von 1 600 000 M., für die Errichtung und Begründung neuer Schulstellen dagegen 1 200 000 M. gefordert werden. Das alles zu derselben Zeit, wo angesichts der Kirchennot die Weltweit selber einen Kultusetat nach dem anderen auswirft über die zunehmende Verödung der Kirchen in den Städten und auf dem Lande.

Groß-Köln und die Sozialdemokratie.

Vor einigen Tagen hat das Preussische Abgeordnetenhaus gegen die Stimmen der Konservern eine Vorlage angenommen, die die Eingemeindung der Stadt Mülheim am Rhein und der Landbürgermeisterei Rechem nach Köln beschließt. Durch diese Eingemeindung wird Köln mit insgesamt rund 19 680 Hektar an Flächenausdehnung die größte Stadt Deutschlands. In welchem Abstand folgt Frankfurt mit 13 478 Hektar. Berlin steht mit einer Flächenausdehnung von 6352 Hektar erst an sechster Stelle der deutschen Städte. Die Einwohnerzahl Kölns steigt auf 630 000, so daß sie in Deutschland nur noch von Berlin, Hamburg und München übertrifft wird.

Die Sozialdemokratie ist nicht nur in den beteiligten Gemeinden, sondern auch im Abgeordnetenhaus für die Eingemeindung eingetreten. Selbstverständlich tat sie das nicht aus Freundschaft zu den Konservern, sondern in der Erwägung, daß ein so großes Gemeinwesen von solcher Bedeutung mit anderen Mitteln an die Lösung kultureller Aufgaben herantreten kann als kleinere Gemeinden, die bald an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sind. Für das Proletariat des Köln-Mülheimer Industriegebietes ist die Eingemeindung schon deshalb von großer Wichtigkeit, weil sie der Stadt Köln Gelände bringt, das zur Beseitigung der in Köln besonders starken Wohnungsnot dienen kann. Es ist zwar richtig, was die Konservern in Landtage einwandten, daß innerhalb des jetzigen Stadtgebietes Köln noch große unbebaute Flächen liegen, jedoch sind die Preise dieser Flächen durch die wohnungliche Spekulation der achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts so hinaufgetrieben, daß sie für den Kleinwohnungsbedarf fast gar nicht in Betracht kommen. In dem jetzt eingemeindeten Gelände sind große noch billige Landflächen, die eine Befriedigung der Wohnungspolitik ermöglichen.

Wenn die Sozialdemokratie diesen Weg öffnen half, so hat sie freilich noch keine Gewähr, daß ihr das Stadtverordnetenkollegium von Groß-Köln beschreitet. Denn obwohl Köln im Reichstag sozialdemokratisch vertreten ist, hat die Sozialdemokratie im Ratshaus nicht einen einzigen Vertreter. Der Kampf um das Kölner Rathaus kann aber nun mit verstärktem Eifer und besserer Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden, weil aus Mülheim und Rechem Tausende sozialdemokratischer Wähler einströmen. Im Mülheimer Stadtrat war unsere Partei durch drei Genossen vertreten, und von Rechts wegen müßten die bürgerlichen Parteien einen davon in Köln zum Rathaus mit übernehmen. Sie werden das wahrscheinlich nicht tun, um der Sozialdemokratie auch fernerhin den Einfluß in die Rängelwirtschaft des Kölner Rathauses zu verwehren. Ob nun bei der nächsten Stadtverordnetenwahl im Jahre 1918 endlich der Zugang zu dem Kölner Rathaus für die Sozialdemokratie eröffnet wird, hängt vor allem davon ab, ob die in Köln allmächtige Zentrumsparterie schamlos genug sein wird, ein Abstimmungsritem aufrecht zu erhalten, wie es fast einzig dastehen wird. Bisher müssen nämlich sämtliche Stadtverordnetenwähler auch aus stundenweit entfernteren Vororten im Innern der Stadt ihr Wahlrecht ausüben. Jetzt kommen nun Wähler hinzu, die bei der Aufrechterhaltung dieses Systems durchläßlich eine Halbtageweise unternehmen müßten, um ihr Wahlrecht ausüben zu können. Es ist anzunehmen, daß der Widerspruch gegen diese Schmälerung des an sich schon elenden aller Wahlrechte nun so stark wird, daß selbst die eisenstirnige Zentrumsparterie dem Druck weichen muß. Jedenfalls wird die Kölner Sozialdemokratie den Sturm auf das

Rathaus, wo die schwarze Gewaltbereitschaft noch auf lange Jahre hinaus gefestigt ist, nach diesen Gemeindecindungen unter wesentlich günstigeren Bedingungen fortsetzen können.

„Die Stunde ist gekommen, daß wir zum Angriff übergehen.“

Der Herr Generalsekretär Adam Siegerwald ist es, der diese Parole gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften auf einem am 3. Mai stattgefundenen christlich-nationalen Arbeiter- und Jugendtag in Kirschau in den Saal hineinjagt. Und eine weitere Anzahl Redner, darunter Geistliche, beteuern ihm, wie der Festredner des „Beobachters am Main“ mitteilt, diese Parole nach. Solche Kundgebungen sind nichts Neues; aber daß Herr Siegerwald gerade jetzt nichts Besseres kennt, als die christlich-nationalen Arbeitervereine und Gewerkschaften zum Sturm gegen die sozialdemokratischen Klassengenossen aufzurufen, ist sehr bemerkenswert und muß seine Gründe haben. Er und die ihm zur Seite stehenden Geistlichen haben nach den vielfachen Vorlesungen im katholischen Lager, vor allen Dingen nach der abelvollenden Stellungnahme katholischer Kirchenhändler gegen die christlichen Gewerkschaften wohl ganz besondere Ursache, zu zeigen, daß ihnen jede Klassenolidarität zwischen christlich-nationalen und sozialdemokratischen Arbeitern ein Grauel ist; ist doch Herr Siegerwald und seinen engeren Freunden noch vor wenigen Wochen das Unglück passiert, daß ihnen der Schweizer Bischof Schmid von Gröden nachwies, daß sie den kirchlich korrekten Boden unter ihren Füßen verloren haben: eine Meinung, die mit dem Bischof die meisten seiner Amtsbrüder teilen dürften.

Erledigung des Falles Jastrow.

Die Verhandlungen zwischen den Dozenten der Handelshochschule und dem Kellertenkollegium haben zu einer Einigung geführt, über deren Inhalt die Handelshochschule folgende Mitteilung macht: „Die Lehrfreiheit, welche die Herren Kellerten tatsächlich bisher nie angetastet hatten, wird für die Zukunft auch rechtlich gesichert sein. Die Handelshochschule wird nur noch lebenslanglich angestellte Dozenten im Hauptamt haben, und bei den Berufungen wird man das Dozentenkollegium in derselben Weise hören, wie dies an den Universitäten üblich ist.“ Professor Jastrow hat, um die Verständigung zu erleichtern, auf ein weiteres Vertragsverhältnis verzichtet. Der „Streik“ der Studierenden ist damit beendet.

Gegen die Erweiterung der Sonntagsruhe

In dem von der Reichstagskommission beschlossenen Umfang hat die Hamburger Bürgerchaft in zweiter Lesung und damit endgültig einen Antrag angenommen, den die Linke, die sogenannte Arbeiterpartei, eingebracht hatte. Für den Antrag stimmte auch der größte Teil der Rechten, der Senatspartei, unter Führung des Hauptpastors Rode, der auf einen Vorhalt unserer Genossen diese löbliche Rechtfertigung seines Verhaltens gab: „Wenn die Erweiterung der Sonntagsruhe zur Folge haben würde, daß alle Menschen zur Kirche kämen, würde auch er dafür sein; so aber, wie es heute geht, halte er die jetzige Beschränkung der Sonntagsarbeit für ausreichend.“ Der Antrag, der den Bundesrat gegen die Reichstagsbeschlüsse scharf machen soll, wurde mit 75 gegen 57 Stimmen angenommen.

Spionage.

Die Polizei hat eine Kontoristin verhaftet. Diese hatte sich von einer Hamburger Wirtin einen Kristall eines Kriegsschiffes zu verschaffen gesucht und an ein französisches Nachrichtenbureau veräußert, außerdem eine andere Frau zu bestimmen versucht, ihr weiteres Material zu dem gleichen Zwecke zu beschaffen. Die Verhaftete wird heute nach Leipzig überführt, wo vor dem Reichsgericht die Verhandlung wegen Landesverrats stattfinden wird.

Der amerikanische Konflikt.

Washington, 9. Mai. Eine gestern abgehaltene Beratung über die Frage, ob dem General Junston Verstärkungen gesandt werden sollten, zeigte, daß innerhalb des Kabinetts eine Meinungsverschiedenheit besteht. Einige Mitglieder des Kabinetts waren der Ansicht, daß durch die Abfertigung von Verstärkungen die Friedensvermittlung gefördert werden könnte, während andere Verstärkungen für notwendig hielten, um gegen einen Angriff längs der Eisenbahn und der Wasserwerke gerüstet zu sein. Wie verlautet, hat General Junston dem Kriegsdepartement mitgeteilt, daß seine Truppen an verschiedenen Punkten gefährdet seien, und daß plötzliche Angriffe die Zurückziehung seiner Streitkräfte von diesen Punkten notwendig machen würden, welche dann ungeschützt sein würden. Junston habe erklärt, er würde 15 000 bis 18 000 Mann nötig haben, um Veracruz und die zurzeit besetzten Außenbezirke zu halten. Die Entscheidung über die Höhe der Verstärkung wolle er dem Generalstab überlassen. Während der Kriegsssekretär Garrison erklärt hat, es seien keine Anweisungen erteilt worden, wird jetzt bekannt, daß Kontrakte über die Charterung von mehreren Handelsschiffen abgeschlossen und Vorbereitungen zur Befriedung von 50 000 bis 60 000 Mann getroffen worden sind.

Die Pläne der Rebellen.

Washington, 8. Mai. Nach den Berichten, die aus den Hauptquartieren der Rebellen hier eingetroffen sind, hat Carranza befohlen, die Unternehmungen gegen Tampico und Mazatlan zu einem raschen Abschluß zu bringen. Verstärkungen rücken auf beide Plätze vor. Carranza ist in Torreon eingetroffen und hat Torreon zu seiner vorläufigen Hauptstadt gemacht. Villa empfing ihn auf dem Bahnhof.

Ein Dekret Huertas.

Mexiko, 9. Mai. Der Präsident Huerta hat ein Dekret folgenden Inhalts erlassen: Jeder Handelsverkehr mit der Union hört auf, sein Schiff, das unter der Mexikanische Flagge fährt oder amerikanischer Herkunft ist, darf in mexikanische Häfen einlaufen. Die aus den Vereinigten Staaten von Amerika kommenden Waren werden dem Gericht übergeben.

Eine unrichtige Meldung.

Washington, 9. Mai. Admiral Dewar hat dem Marineamt auf eine gestern abend an ihn ergangene Anfrage mitgeteilt, daß die Meldungen von einer Eroberung Mazatlans durch die Insurgenten unrichtig seien. Die Kämpfe dauerten noch an.

Dichter in den Wahlen.

Eine französische Revue hat eine Umfrage bei allerhand Literaten über ihr Verhalten bei den Wahlen veranstaltet. Die Antworten sind nicht überraschend. Die meisten der Herren tun es, daß man von derlei vorläufigen Dingen noch rede. Sie haben seit der Zeit ihrer ersten Verse die Wahlzettel verdrückt oder im Café verdebattiert oder sonst dergleichen. Die Erfindung eines neuen „Jenny“ ist eine bedeutungsvollere Begebenheit für die Kultur als die Berufung eines Gelehrten. — Aber noch gibt es in Frankreich Leute, die von ihrer

auf einen in der Literatur berühmten Namen ausgehenden Wählerliste Gebrauch machen. Da ist Anatole France, der seinen Ruhm, der größte Stilmeister des lebenden Geschlechtes zu sein, so sehr vergißt, daß er nicht nur wie sein Hausmeister in die Wahlzelle geht, sondern sogar an einer so ordinären Sache wie der Wahlzettel teilnimmt. Er hat die Anbiederung der Renegatengruppe Allemanes, die ihm ein Mandat antrug, um sich in der Öffentlichkeit ein ehrliches Ansehen zu verschaffen, als parteiloser geehrter Sozialist in einem würdigen, in seiner Präzision wie ein Feinschnitt wirkenden Brief zurückgewiesen, nun aber hat er sich auch als Redner für eine Wählerversammlung in dem ihm angebotenen Wahlkreis angemeldet. Es gilt den Berichterstatter über das Dreijährige, Herrn Bati, zu werben. Die geeinigten Sozialisten treten für den ehrlichen Kandidaten Lanson ein, der unter den dem Militarismus feindlichen und der deutsch-französischen Annäherung freundlichen Kandidaten die meisten Stimmen erhalten hat. Nur der alte Allemanes besteht auf seiner Kandidatur, zum Profit des Reaktionen und Militaristen. Anatole France kommt, um mit den Parteigenossen dem Kandidaten zu helfen. — Aber noch ein anderer französischer Schriftsteller ist in die Arena gestiegen: Pierre Loti. Er vertritt öffentlich in einer Zeitung von Bordeaux einen Appell gegen die Sozialisten. Man lese, was die Phantasie des Dichters — oder ist es die des Marineoffiziers, der Loti im bürgerlichen Leben ist? — den Sozialisten zuschreibt: „Der unisigerte Sozialismus führt direkt zur Revolution, zur Schlägerei unter Franzosen, zur Plünderung der Erbsparnisse der Arbeiter durch Nichtstuer und alkoholisierte Banditen!“ — Die Einbildungskraft Lotis ist selbst Lustig — man muß, um mißverständliche Umstände zu finden, an den in der Marine so verbreiteten Morphinismus denken —, aber schwach ist sein Gedächtnis. — „Erinnert er sich nicht mehr, daß vor zwei Jahren, als er gegen die Grauel der „christlichen“ Krieger auf dem Balkan protestierte und die ganze, von Russland Tringelder beziehende bürgerliche Presse schrie, einzig die Nichtstuer und alkoholisierten Banditen“ es waren, die seinen Ruf zur Menschlichkeit aufnahmen? Wenn der Dichter auf die Sinne der Partei steigen darf, sollte er sie doch nicht für seine epileptischen Anfälle wählen.“

Belgien.

Die Altersversicherung.

Brüssel, 9. Mai. Das gestern von der belgischen Kammer angenommene Gesetz für Alterspensionenichert den Arbeitern, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, eine Maximalpension von 290 Frank pro Jahr zu, die sich verringert, wenn nicht mindestens 49 Jahre lang Beiträge geleistet worden sind. Die Krankenversicherung gewährt den Arbeitern eine tägliche Vergütung von 1 Frank für die Dauer von drei Monaten. Nach dieser Zeit wird der Kranke als Invalide erklärt und erhält dieselbe Vergütung.

Spanien.

Stürmische Szenen in der Kammer.

Madrid, 8. Mai. Als heute in der Kammer der Minister für Eisenbahnen und öffentliche Arbeiten Ugarte, der zur Zeit der Verurteilung Ferrers Generalsekretär gewesen war, eine Erklärung abgab, nannte ihn der Republikaner Serriano den Mörder Ferrers. Es entstand ein ungeheurer Lärm. Von der Mehrheit wurde Serriano des Wortes Raucille zugerufen, worauf der Republikaner Castrovaldi zur Mehrheit gewandt, ausrief: Sie sind Kanakillen und Mörder und besonders ist das dieser Mann, indem er auf den Minister der öffentlichen Arbeiten zeigte. Die Ruhe wurde schließlich wiederhergestellt und der Minister nahm seine Erklärungen wieder auf.

Albanien.

Die angebliche Kreuzigung.

Athen, 9. Mai. Die Meldung aus Durazzo über die angebliche Kreuzigung albanischer Gefangener durch die Epitoten wird mit Entrüstung in Abrede gestellt. Im Gegensatz zu den verkommenen Behauptungen der Albanesen ist festzustellen, daß die Epitoten ihre Gefangenen sehr großmütig behandelt haben.

Letzte Nachrichten.

Platte in Spanien.

Madrid, 9. Mai. Der Budgetentwurf für 1915 steht 1 456 961 765 Pesetas an Ausgaben vor, das bedeutet eine Vermehrung um 65 130 485 Pesetas. Die Titel „Rarokko“ weisen eine Verminderung der Ausgaben um 2 825 500 Pesetas auf, während die voraussichtlichen Einnahmen auf 12 903 591 Pesetas geschätzt werden. Die Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen beläuft sich auf 1 355 075 818 Pesetas. Das somit entstehende Defizit von 100 885 945 Pesetas soll durch Ausgabe von Obligationen gedeckt werden. Der Papiergeldumlauf beläuft sich auf 2500 Millionen Pesetas.

Der Finanzminister hat einen Steuerentwurf vorgelegt, welcher Zucker und Salz mit einer Steuer belegt, und zwar je 100 Kilogramm Zucker mit 25 Pesetas (auswärtigen Zucker mit 60 Pesetas) und Salz mit 20 Pesetas. Für Konserven sollen 10 Pesetas für 100 Kilogramm gezahlt werden. Der Einfuhrzoll für Sardinen, der gegenwärtig für 100 Kilogramm 24 Pesetas beträgt, soll auf 8 Pesetas ermäßigt werden.

Der Streit in der spanischen Handelsmarine.

Madrid, 9. Mai. In dem Streit der Offiziere und Maschinisten der spanischen Handelsschiffe ist eine letzte Befragung eingetreten, nachdem Ministerpräsident Tolo erklärt hat, daß den mit fremden Matrosen besetzten spanischen Handelsschiffen die Erlaubnis zum Auslaufen verweigert und verhindert werden würde, und daß fremde Fahrzeuge den Dienst an der spanischen Küste versehen. Der Streitentscheid des Syndikats der spanischen Seeleute hat darauf beschlossen, in Anerkennung der Haltung der Regierung die Schiffe, die den Verpflegungsdienst für die in Afrika stehenden Truppen versehen, mit Offizieren und Maschinisten zu besetzen, damit die Ausfahrt nach den afrikanischen Küstenhäfen vorstatten gehen kann.

Frühling mit Schnee.

Narkruhe, 9. Mai. In den höheren Lagen der Bogenen und auf dem Elbäcker Belsen ist heute früh bei null Grad Schneefall eingetreten.

Das Ende eines Jubalters.

Halle a. S., 9. Mai. Als der Jubalter Schülke heute von der Strafkammer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war und nach der Verkündung des Urteils abgeführt werden sollte, stürzte er sich durch das Fenster des Sitzungssaales in den Hof hinab, wo er auf dem Pflaster lebensgefährlich verletzt liegen blieb.



A. WERTHEIM



Leipziger Str. Königstr.

Extra-Preise

Rosenthaler Str. Moritzpl.

In dieser Woche

Großer Korsett-Verkauf

In dieser Woche

Langhüftige Korsette

Grau Satin lange Hüfte	1.55	Gebümt waschbare Einlagen . .	5.75
Mode Drell 2 Halter	1.70	Mode-Satin für starke Figuren	7 M.
Beige Körper extra lang	2.25	Weiß Körper waschb. Einlagen .	2.40
Grau Drell 1 Paar Halter	2.75	Weiß Batist waschb. Einl., 4 Halt.	3.25
Gebümt weiß-blau, 4 Halter . .	3.75	Weiß Satin 4 Halter	5 M.
Grau Drell extra lang, 2 Halter	4.85	Weiß Satin od. Batist 4 Halter	6.25

Decolleté-Form

Mode-Drell Decolleté, 2 Halter	2.50	Weiß Batist kurze Form	2.65
Broschürt rosa lange Form . .	3.50	Weiß Batist waschbare Einlagen	3.85
Grau Drell extra lang, 4 Halter	5.25	Weiß Batist 4 Halter	6.25

Reform- und Haus-Korsette — Brusthalter

Grau auf Schnur gearbeitet . . .	1.65	Weiß Batist	1.10
Grau Drell mit Gummieinsatz . .	2.25	Weiß Batist mit Gummi	1.60
Batist-Reformkorsett ohne Achselbänder	3.10	Weiß Batist mit Stangen	2.20

Untertaillen mit herausnehmbaren Stangen von **75 Pf.** bis **2.50**

Ein großer Posten Schweizer Stickerei-Volants

Breite: ca. 120 cm. Grundstoff: Voile, gute Qualität Serie I **2.75** Serie II **3.90** Serie III **5 M.**

Montag bis Mittwoch

Kleider- und Seidenstoffe

Montag bis Mittwoch

Wash-Krepon einfarbig, Meter	50 Pf.	Frotté schwarz-weiß kariert, ca. 120 cm breit	2.40
Panama mercerisiert, ca. 80 cm breit Meter	1.15	Reinseid. Messaline uni u. ebangeant, Meter	1.25
Bedr. Wash-Voile mod. Blumenmuster, Meter	1.15	Taffet-Schotten neue Must., Mtr.	1.75
Baumrinden-Krepp 110 cm breit, Meter	1.30	Gefärbte Bastseide gute Qualität, Meter	2 M.
Kostümrips ca. 130 cm br., Meter	1.75	Chinesisch Bastseide 85 cm breit, Meter	2.40

Ein Posten bedruckter Wash-Voile in vielen Mustern

Meter **65 Pf.**

Ein Posten Elsasser Waschmusselin gute Qualität

Meter **85 Pf.**

Ein großer Posten

reinseidener

Lyoner Foulards

mit neuen Druckmustern ca. 105 cm breit

Meter **2.80**

Blusen

Bluse aus Voile mit reicher Handstickerei	5.90	Bluse aus gutem Stickereistoff, mit glattem Voile-Hohlsaum und Knopfgarnierung	8.50
Bluse aus feinem Wash-Krepp, mit gesticktem Glasbatistkragen und Perlmutterknöpfen	6.90	Bluse aus feinem weiß-farbig gesticktem Krepp, mit einfarbigem Krepp garniert	9.75
Bluse aus Voile, neueste Form, mit bunter Handstickerei und imitierten Bernsteinknöpfen	7.90	Bluse aus elegant gesticktem Voile, mit glattem Voile garniert	10.50

Andreas-Festsäle

Telephon: **3520.** **Andreasstr. 21.** Telephon: **3520.** **Königsplatz**

Empfehle meinen **großen Saal bis 800 Personen fassend** den geehrten Vereinen und Gewerkschaften zu allen Festlichkeiten und Beisammelungen. **Kleiner Saal bis 180 Personen zur nächsten Saison noch Sonnabende und Sonntage frei.** **F. Scholz.**

Melerei C. Bolle A.-G.

Berlin NW. 21. Alt-Moabit 98-103
Fernsprecher: Amt Moabit 7912, 7913, 7914.
Ältester und größter milchwirtschaftlicher Großbetrieb

Tagesquantum: Zirka 130000 Liter.
290 Verkaufswagen. — 2500 Angestellte.

Eigenes Laboratorium für Milch-Untersuchungen.
Der Ruf und die Größe der Firma mit ihren zahllosen Angestellten bürgen für unverfälschte Reinheit aller Produkte.

Vollmilch. Dasselbe wird durchweg pasteurisiert, d. h. von krankheitsregenden Keimen (Typhus, Tuberkulose u. a.) befreit, braucht daher nicht noch einmal aufgekocht, sondern nur gewärmt, kann aber auch unbedenklich roh genossen werden.

Kindermilch von Pachtgütern, ebenfalls pasteurisiert.
Kindermilch aus eigener Kuhhaltung, roh. Beide gewonnen unter dauernder tierärztlicher Aufsicht.

Kefyr, Dr. Axelrods Joghurt.
Süße Sahne, saure Sahne, Schlagsahne, prima Butter.
Buttermilch, Medizinal-Buttermilch.

Käse: Neufchäteler, Frühstückskäse, Kümmelkäse, frischer weißer Käse (Quark), Harzer Käse, Camembert, Kaiserkäse.

Bienenhonig, Apfelmilch.
Erzeugnisse der Bolleschen Obst- u. Gemüse-Anlagen im Sommer frisch zugeführt, im Winter konserviert.

Gelees, Marmeladen.
Verschiedene Früchte in Zucker.
Diverse Gemüse.
Säfte und Fruchtweine.

Sämtliche Erzeugnisse sind hergestellt unter Verwendung reinerster Rohstoffe und unter Vermeidung irgendwelcher schädlicher Konservierungsmittel.
Man verlange Preisliste.

Trinkkuren von Milch, Sahne, Joghurt in unserem Laden Alt-Moabit 100, gegenüber dem Kleinen Tiergarten werden angelegentlich empfohlen.



SINGER

„66“

die Nähmaschine des 20. Jahrhunderts.

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Haar- ausfall

für die Schuppen und Spalten der Haare wird unbedingt befeuchtet durch tägliches Waschen mit der seifen

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife von Bergmann & Co., Radent. Bestes Mittel zur Stärkung und Kräftigung des Haarwuchses. Geb. 50 Pf. Ueberall zu haben.

Zu **Vorzugs-Preisen:**

Kellner-Bonsbücher Hundert M. 18.—
Wertmarken sehr billig.

Tischtuch-Klammern Hundert M. 3.50.
Kaffeelöffel, extrastark, Hundert M. 6 u. 3.50.
Kaffeeseibe Hundert M. 3.50.

L. Katz & Co.
Spandauer Straße 20
am Melkenmarkt.

Aufruf!

an alle, die sich mit kleinem Einkommen stets gut und modern kleiden wollen. **Überzeugen Sie sich,** daß die seit 25 Jahren als reell bekannte Firma des Schneidermeisters A. Ringel jedem Gelegenheit bietet, sich mit **reeller, fertiger Garderobe** für billiges Geld zu versehen.

Anzüge, Paletots, Ulster 22.—, 25.—, 28.—, 33.— M.
Extra-Anfertigung 36.—, 39.—, 44.—, 49.— M.

Abonnement und Verleihung sämtlicher Herren-Bekleidung. Verliehen gewesene Garderobe und Modelle, von Maßschneidern gearbeitet, werden billigst abgegeben.

A. Ringel, Schneidermeister, Chausseestr. 31.

Der Riesen-Glogau

Kottbuser Tor

am **Kottbuser Tor**

liefert an jedermann **hochelegante**

Damen- u. Herren-Garderobe

in allergrößter Auswahl, wie

Anzahlung v. 5 M. an	Kostüme, Kleider, Blusen, Röcke, Paletots, Ulster, Jackett-, Gehrock-, Cutaway-Anzüge, Kinder-Garderobe	Wochenrate v. 1 M. an
-----------------------------	---	------------------------------

auf Kredit!
Achten Sie auf die alte Firma

Julius Glogau
G. m. b. H.

Kottbuser Str. 28 Ecke Reichenberger Straße
direkt am **Kottbuser Tor**

Gratis! Reizende Geschenke

Alle Arten **Möbel** Spezialität 1-2-Zimmer-Einrichtungen auf **Kredit** Einzelne Stücke zur Ergänzung Anzahlung von **3 M.** an

Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.

Sollten sich Firmen weigern, nach dem neuen Tarif zu entlohnen, so ist dies sofort dem Bureau des Räderverbandes zu melden. Die Ausgabe der neuen Tarife wird noch später bekannt gegeben.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhmachermeister August Müller, Charlottenstr. 82, lehnt es ab, die Löhne in seinem Betriebe so zu regeln, wie dieselben mit dem Verein Berliner Schuhmachermeister abgeschlossen sind. Die Firma ist daher für die Schuhmacher gesperrt. Wir eruchen, dieses strengstens zu beachten. — Ferner geben wir noch das Resultat der Stichwahl zum Verbandstag bekannt. Abgegeben wurden 430 Stimmen, davon erhielt Bollmerhaus 192, Matting 239; gewählt ist Matting.

Zentralverband der Schuhmacher.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Nachstehende Betriebe sind für Organisierung gesperrt: „Lokal 656“, Berlin, Friedrichstraße 207; „Stehierhalle am Paradiesgarten“, Joh. Gänberg, und „Hauptrestaurant Eierhaus 3“, Joh. Kammla, in Treptow. Ferner teilen wir mit, daß das Lokal „Kleines Eierhaus 3“, Joh. Führer, mit dem „Hauptrestaurant Eierhaus 3“ nicht identisch ist.

Aus dem Fleischnetzwerk. Die Fleischereien Bachmann, Gerichtstraße 11, Köhle, Märkische Fleischzentrale, Pilsenerstraße 20, Aramer, Reulahn, Weststraße 213, Fensle, Sonntagstraße 1, Keimann, Vorpagener Chaussee 19, und Koch, Rogarstraße in Lichtenberg-Kummelsburg, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrags für organisierte Fleischergesellen gesperrt. Die Tarifkommission.

Deutsches Reich.

Zum Streik auf Grube Hostenbach.

Erst jetzt werden durch die christliche Gewerkschaftspressung allenthalben schwere Ausschreitungen bekannt, die sich Arbeitswillige auf Grube Hostenbach zuschreiben lassen. Am Sonntag, den 20. April, kam es zunächst früh im Jechenhaus zu heftigen Aufrufen; am Nachmittag ereigneten sich in der Wirtschaft Schmitz zu Hostenbach lebhafteste Ausschreitungen, wobei eine Anzahl Gegenstände zertrümmert und der Wirt verletzt wurde. Die Hauptrollen wurden schließlich durch den Gendarm verhaftet, ebenso ein anderer Arbeitswilliger, der einen Streikenden hinterwärts niedergeschlagen hatte. Dann machte ein mit Messern bewaffneter Trupp der „nützlichen Elemente“ eine Runde durch die Ortschaften, unter den Frauen und Kindern Schreden und Entsetzen verbreitend. Klagen ruft der christliche „Vergnügung“ aus: „Solche Elemente, die teilweise monatelang ohne Beschäftigung waren und keine einwandfreie Vergangendheit haben, sind für Hostenbach angeworben und werden unter polizeilichem Schutz vom Bahnhof zur Grube gebracht. Wie es heißt, sollen die Verhafteten durch andere ersetzt werden. Hoffentlich wird auch die Gemeinde Vorkehrungen treffen und die Unterfunksplätze der Verhafteten vergrößern, damit bei notwendigen Massenverhaftungen auch Platz genug vorhanden ist.“

Unverändert dauert der Streik fort; die einheimische Belegschaft reißt ab, um sich in anderen Revieren Beschäftigung zu suchen. Der christliche Bergarbeiterverband warnt vor Arbeitswilligen-Bermittlungsbureaus; dabei bekommen die Zentrumsblätter, die den Streikbrecheraktionen Aufnahme gewähren, einen leichten Tadel: „Gähten die betreffenden Chefs der Infanterieabteilung den redaktionellen Teil ihres Blattes eingehender durchgesehen, so wäre wohl eine Aufnahme der Annonce nicht erfolgt.“ — Wir würden den Redakteuren der Zentrumsblätter mildernde Umstände zubilligen: Sie haben bei den vielen Streikbrüchen der Christlichen das Gefühl für das Schmachvolle des Streikbruchs verloren.

Zehnerverband und christliche Gewerkschaften.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Zehnerverbandes wirft dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter „Annäherung“ an den „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverband vor. Darauf antwortet der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, S. Bogelsang, in der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 416), indem er sich zugleich gegen einen scharfmäckerischen Artikel der „Vergewerksichtigung“ wendet:

„Nach Entgegenkommen sehen diese Ausführungen jedenfalls nicht aus. Bei solcher Sachlage müßte der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter aus der Liste der Arbeiterorganisationen gestrichen werden, wenn er seine Hauptaufgabe darin erblicken wollte, für ewige Zeiten selbst in wirtschaftlichen Fragen dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband den schärfsten Krieg anzufügen. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter ist gegründet worden, um die wirtschaftlichen Interessen der Bergleute wahrzunehmen. Und da die Unternehmer im Ruhrbergbau den von

der Deutschen Bergwerkszettelung beschriebenen Standpunkt einnehmen, gibt es für ihn zur Durchsetzung wirtschaftlicher Ziele keinen anderen Weg, als zeitweise mit anderen Bergarbeiterorganisationen gemeinsam zu marschieren. In diesem Sinne und nicht anders war der Aufruf betreffend Schaffung einer Arbeitergemeinschaft aufzufassen, den der Vorstand des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter nach seiner letzten Generalversammlung im vorigen Jahre erlassen hat. In der Beurteilung vieler nationaler, sozialer und religiöser Probleme, in Lebensfragen des deutschen Volkes wird der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter noch wie vor im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband seine eigenen Wege gehen. In Fragen, die die wirtschaftliche Hebung der Bergarbeiter angehen, wird er in Zukunft ebenso mit anderen Organisationen zusammen zu gehen suchen, wie dies bereits früher zeitweise geschehen ist. Die an die Wand gemalte Annäherung zwischen dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter und dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband ist lediglich zu dem Zwecke erfunden und als Staatsaktion aufgeführt worden, um Regierung, Behörden, Politiker usw. wirksamer für die gelben Gewerkschaften interessieren zu können. Das diesbezügliche Beginnen der in Betracht kommenden Kreise ist nicht aus vaterländischen Besorgnissen diktiert, sondern aus der sehr materiellen Erwägung heraus, den in vielen Industrie- und Gewerbe-überwundenen Herrenstandpunkt in seiner veralteten Auffassung aufrechtzuerhalten.“

Man fragt sich unwillkürlich, weshalb den christlichen Gewerkschaftsführern diese Erläuterung nicht schon im März 1912 gekommen ist, als sie sich an die Seite der Jechenherren und der Gelben gegen die freie, die Kirch-Dunderliche und die polnische Gewerkschaft stellten. Durch die auch jetzt wieder von Herrn Bogelsang beschworenen „partei politischen Aktionen“ und „selbst anarchochristlichen Einflüssen“ kann doch jene Verrätertätigkeit nicht voll erklärt werden.

Die Ursachen der veränderten Taktik liegen wohl zum größten Teil darin, daß die christlichen Gewerkschaften die Grenze zwischen sich und den Gelben recht scharf markieren müssen, wenn ihre Mitglieder nicht völlig irre werden sollen. Auf jeden Fall verdient der Bogelsangsche Artikel Beachtung. Hat doch schon Stegerwald im Kölner Gewerkschaftsprozess erklärt, er sei jederzeit bereit die Hand zu bieten, um ein besseres Verhältnis zwischen den beiden großen Bergarbeitergewerkschaften herbeizuführen.

Wagenbauerkreis in München. Die Herren Unternehmer der Automobilfabriken und die Zwangsinnung der Bognermeister haben den Gehilfen für 1. Mai die bestehenden Tarifverträge gekündigt. Die Arbeitgeberorganisationen lehnten jede Verhandlung ab und erklärten, nur dann mit sich reden zu lassen, wenn die Arbeiterorganisationen sich verpflichten, daß ein Tarifvertrag nicht mehr abgeschlossen werde, die Mindestlöhne fallen gelassen werden und die Alfordarbeit eingeführt wird. Diese Verpflichtung konnte nicht akzeptiert werden und traten deshalb sämtliche Arbeiter am 4. Mai in Streik. Inzug von Stellmachern, Metallarbeitern, Sattlern und Lackierern ist von München streng fernzuhalten.

Ausland.

Das Ende des Genfer Tischlerstreiks.

Nach sechsmonatiger Dauer ist endlich der an Zwischenfällen reiche Tischlerstreik in Genf durch einen Entscheid des gewerblichen Schiedsgerichts beendet worden, und zwar mit einem, wenn auch nicht vollstündigen Erfolg der Arbeiter. Nach dem Entscheide beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 1/2 Stunden, der Normalstundenlohn 75 Cts. und findet die Lohnzahlung alle 14 Tage während der Arbeitszeit statt. Der Unternehmer ist verpflichtet, die Arbeiter gegen Unfall zu versichern und während eines Unfalles den vollen Lohn zu zahlen. Für die Versicherungsprämien darf dem Arbeiter nur 1 Proz. vom Lohne abgezogen werden. Der Unternehmer liefert die Hauptwerkzeuge und versichert das Werkzeug des Arbeiters gegen Feuergefahr bis zur Summe von 130 Fr. Für auswärtige Arbeiten erhält der Arbeiter den gewöhnlichen Lohn, während die Kosten für Kost und Logis der Unternehmer zu zahlen hat. Für Überzeitarbeit werden noch Ablauf der 10. Arbeitsstunde 25 Proz., für die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und für Sonntagsarbeit 50 Proz. Lohnzuschlag bezahlt. Der Vertrag dauert vom 1. Mai 1914 bis 31. Dezember 1917 und er gilt für je ein weiteres Jahr, wenn er nicht sechs Monate vor Ablauf der Frist gekündigt wird. — Nun werden wohl die deutschen „Hingegarten“ und „Wobekünstler“, die bekanntlich eine Feilsang die „beunruhigten Deutschen“ in Genf spielten, schnell das schöne Klein-Paris verlassen müssen.

Parlamentarisches.

Die Bureaokraten-Politik.

Nachdem die Budgetkommission am Sonnabend ihre Arbeiten erledigt hatte, nahm der Wirkliche Geheim Legationsrat Dr. Kriege (Direktor im Auswärtigen Amt) das Wort, um seinen Chef, den Staatssekretär v. Jagow, herauszuheben. Es handelte sich um die fast ungläubliche Geschichte, daß Einsprüche, die durch fremde Gesandtschaften gegen die Heranziehung von Ausländern zur Wehrsteuer beim Auswärtigen Amt eingelaufen waren, bis zu 14 Tagen „lagerten“, allensfalls noch dem Reichsamt — Innern zugehen, aber an die maßgebende Stelle, das Reichs-Schatzamt, selbst dann noch nicht gelangt waren, als schon die ganze Presse von den Einsprüchen und ihrer Herkunft zu berichten wußte. So kam Herr Schatzsekretär Kühn in die Lage, von diesen Dingen, die bereits allbekannt waren, „amlich“ noch immer nicht unterrichtet zu sein! Dr. Kriege gab allerlei Daten, Erläuterungen, Erklärungen und Entschuldigungen zum besten, ohne daß es ihm gelingen konnte, die Tragikomödie in ein völlig geordnetes Bureaokratenchauskauf umzuwandeln.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau-Ost und West beschäftigte sich in zwei General-Versammlungen mit der Entgegennahme des Geschäftsberichts und den Vorstandswahlen. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht, über den der „Vorwärts“ schon das wesentlichste berichtet hat, fand nach unwesentlicher Kritik die Billigung. Ein Antrag auf Aufhebung des seit zwei Jahren eingeführten Vertretersystems rief eine längere Diskussion hervor. Beschlossen wurde, die Entscheidung hierüber durch Abstimmung herbeizuführen. Der erste Vorsitzende, Parteisekretär Th. Müller, wurde wiedergewählt. Zweiter Vorsitzender wurde Genosse Bernhard Müller. In den anderen Vorstandämtern traten besondere Veränderungen nicht ein. Die Pressekommission bilden die Genossen Reife, Winger, Dr. Landberg, Reichelt, Richter, Schramm und Schük. Als Kandidaten für den internationalen Kongreß in Wien wurden die Genossen Löbe und Müller bestimmt. Die Wahl findet durch Abstimmung statt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die politische Zeitschrift als Lehrmittel.

Der als ganz besonders eifriger „Jugendpfleger“ bekannte Regierungspräsident von Werseburg hatte im vorigen Jahre durch Rundschreiben an alle Fortbildungsschulleiter verfügt, daß in den Fortbildungsschulen beim Bürgerkundeunterricht an Stelle des bisher gedruckten Lesebuches die politische Zeitschrift wertvolle, einseitig politische Zeitschrift. Wir sind Deutschlands Jugend eingeführt werde. Einige Fortbildungsschüler in Scheuditz bei Halle, die das politische Lesebuch abgelehnt und die Bezugsung verweigert hatten, wurden vom Vogt mit drei Mark Geldstrafe belegt. Unbegreiflicher-

weise bestätigte das Schöffengericht die erlassenen Strafbescheide mit der einzigartigen Begründung, daß die Schüler die „im Interesse der Ordnung“ erlassene Vorschrift unbedingt hätten befolgen müssen. Die Prüfung der Zeitschrift auf ihren pädagogischen Wert liege nicht dem ordentlichen Gerichte ob. Wenn das nicht passe, möge sich im Verwaltungsverfahren an die Aufsichtsbehörde wenden. Diese so dringend notwendige Prüfung wurde aber infolge der vom Rechtsanwalt Heinr. Berlin eingeleiteten Berufung vom Landgericht Halle so gründlich nachgeholt, daß die jugendlichen Schüler glatt freigesprochen werden mußten. Durch Vernehmung eines unparteiischen Sachverständigen, des Professors Dr. Barth, der Mitglied mehrerer Lehrprüfungscommissionen ist und den Lehrauftrag für Pädagogik an der Leipziger Universität hat, wurde festgestellt, daß eine Zeitschrift nur bedingt als ein Lehrmittel angesehen werden könne. Eine periodische Zeitschrift, namentlich eine solche, in der auch politische Aufsätze enthalten seien, könne nicht als Lehrmittel betrachtet werden. Das Gericht machte sich die bemerkenswerten Ausführungen des Sachverständigen zu eigen und entschied, daß eine Verurteilung nur eintreten könne, wenn die Zeitschrift ein Lehrmittel sei — was verneint werden mußte.

Diese scharfe Kritik konnte der Staatsanwalt auf dem Regierungspräsidenten und seinen „Pädagogen“ natürlich nicht überlassen. Er legte Revision beim Kammergericht ein, das dem auch das Urteil aufhob und die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückwies. In der Begründung wird gesagt, daß die Prüfung des Beweismittels keine Laufzange, sondern eine Rechtsfrage sei. Durch das Gutachten eines Sachverständigen könne nicht bindend festgestellt werden, daß etwas ein Lehrmittel sei. Das Gericht habe dies nach eigenem Ermessen zu prüfen; auch sei es nicht notwendig, daß der Lehrer vorher den Inhalt des Lehrmittels kenne. Es sei zu prüfen, ob nicht andere Gründe gegen die Annahme des Lehrmittelscharakters der Zeitschrift sprächen bezw. ob sie ein Lehrmittel sei.

Die Strafkammer hat den ziemlich deutlichen Willen des Kammergerichts richtig begriffen und lehnte es in der zweiten Instanz gleich dem Schöffengericht ab, den Wert der Zeitschrift als Lehrmittel zu prüfen. Der Staatsanwalt unterstellte die Ausführungen des Sachverständigen über die Anwohnschaftsfrage und Minderwertigkeit der Zeitschrift als wahr, womit er das moralische Urteil selbst fällte. Die Strafkammer bestätigte nunmehr das Urteil des Schöffengerichts, setzte jedoch die Strafe von 3 M. auf je eine Mark herab, da es sich um eine Prinzipienfrage handle. Die Frage nach dem pädagogischen Wert der Zeitschrift als Lehrmittel habe das Gericht nicht zu entscheiden. Es genüge, wenn die Lehrpersonen seine Einführung verfügten.

Das Urteil spricht für sich selbst und offenbar wieder so recht den Geist unserer preussisch-deutschen Rechtszustände.

Jugendbewegung.

Vom Weltbund der evangelischen Jünglingsvereine.

Die Frommen im Lande werfen der freien Jugendbewegung zwar eifrig vor, daß sie ihre Anhänger zur Internationalität erziehe, merkwürdigerweise sind aber selbst die evangelischen Jünglingsvereine international verbunden. Schon im Jahre 1856 haben sich die Nationalvereinigungen der evangelischen Jünglingsvereine in Paris zu einem Weltbund zusammengeschlossen. Auf diesem ihrem ersten internationalen Kongreß haben sie zugleich ihr Programm in folgenden wenig klaren Sätzen niedergelegt:

„Die christlichen Jünglingsvereine haben den Zweck, Jünglinge miteinander zu verbinden, welche Jesum Christum nach der heiligen Schrift als ihren Gott und Heiland anerkennen, in ihrem Glauben und Leben seine Jünger seien und gemeinsam danach trachten wollen, das Reich ihres Meisters unter den Jünglingen auszubringen.“

Es gehört gewiß schon eine starke Dosis Erläuterung für einen jungen Menschen dazu, wenn er in dieser sogenannten „Pariser Basis“ Gefallen finden würde.

Die evangelischen Jünglingsvereinigungen erstrecken sich auf alle fünf Erdteile. Eine Generalstatistik des Weltbundes, die am 15. Januar 1911 abgeschlossen wurde, führt in Europa neunzehn Nationen, in Amerika neun, in Asien sechs Nationen mit evangelischen Jünglingsvereinigungen auf. Außerdem sind diese Vereine über Afrika und Australien mit Neuseeland und Honolulu verbreitet. Die gleiche Statistik setzt den Gesamtwert der evangelischen Jünglingsvereinigungen auf. Außerdem sind diese Vereine über Afrika und Australien mit Neuseeland und Honolulu verbreitet. Die gleiche Statistik setzt den Gesamtwert der 123 Gebäude, die dem evangelischen Jugendwerk dienen, mit 384 043 225 M. Wert an. Nicht weniger als 3552 angestellte Berufsarbeiter sind für die Ausbreitung des Reiches Gottes auf Erden unter der Jugend tätig. Die Mitgliederzahl ist mit 804 747 angegeben, jedoch ist dabei nicht zwischen jugendlichen und älteren Mitgliedern unterschieden, welche letzteren einen bedeutenden Prozentsatz der evangelischen Jünglingsvereine darstellen. Für Deutschland ist der Gesamtwert der 142 Gebäude mit 12 130 000 M. und die Zahl der Berufsarbeiter mit 166 angegeben, die Zahl der Mitglieder mit 228 400. Diese ist insofern auf rund 140 000 getrigen. Mit besonderem Eifer wird die Soldatenmission gepflegt; die Soldatenmission in Deutschland haben einen Wert von 1 500 000 Mark und erfordern allein für die Erhaltung jährlich 85 000 M.

Diese bedeutenden Geldsummen sind natürlich nur zu einem ganz verschwindenden Teil von Beiträgen der evangelischen Jugend aufgebracht. Reist verstehen es die evangelischen Soldaten, das nötige Geld bei Kapitalisten locker zu machen, die sehr genau wissen, was sie an der Erziehung der jungen Arbeiter zur Zufriedenheit und Demut haben.

Soldatenleben und Charakterbildung.

Die Merkelen lassen kein Gebiet der Jugendarbeit unbeachtet. In den letzten beiden Jahren haben sie sich mit besonderem Eifer der Wehrtaufzucht gewidmet. Dieser Arbeit gilt ein im Volkswirtschaftsverlag in R. Stadthaus erschienenen Handbuchen für die Infanterie: „Soldatenleben und Charakterbildung“. Es ist rührend, wie der Verfasser Christoffelsohn, Wehrbauern, Anführer und sonstige Freunde des Soldatenlebens für die Charakterbildung in Anspruch nimmt. Wir müssen uns natürlich mit wenigen Proben seiner Kunst begnügen.

Man vermischt in dem Buchlein zwar das christliche Gebot „Du sollst nicht töten“, aber dafür sind Lobpreisungen der Wehrtaufzucht reichlich vorhanden, wie etwa die folgenden Begründungen:

„Mit Stolz und Freude zugleich umgürtet sich der Soldat mit der blanken Waffe, lieblosend fährt seine Hand über den glattgeöhlten Schaft des raitlichen Gewehres, und sein Auge freut sich an dem dunklen Glanze des Laufes. . . . Deine Waffe aber ist bei dir, kühl und beruhigend schmiegt sich der Schaft an deine Wange, heißen Tod verbietet das schwarze Rohr. Wohl dir, wenn in jenen Stunden deine Hand nicht zittert, dein Herz nicht bebt.“

Biel schlechter wie die Wehrtaufzucht schneidet in dem christlichen Buchlein der liebe Gott ab:

„Mit Gott für König und Vaterland! Das ist die gute Meinung des Soldaten. Das ist sein schönstes Morgengebet, fernig und von militärischer Kürze. Unser Herrgott wird damit zufrieden sein; denn zu einem längeren Gebet wird dem Soldaten regelmäßig die Zeit und die Gelegenheit fehlen.“

Kostbar ist, wie diese militaristischen Christen, die sonst so leicht über „Verrohung“ entrüsten, der Jugend raten, sich mit den Schimpfereien auf dem Kasernenhof abzugeben:

„Das Schimpfen ist eine alte militärische Ueberlieferung. . . . Ueberdies würdet ihr unrecht und unflug handeln, wenn ihr über einige Schimpfworte euch grämen und euren Vorgesetzten jähnen wölltet. Sie meinen es nicht so schlimm. . . . Zudem sind die ärgsten Schimpfer meist die gutmütigsten Menschen. Manchmal schimpfen sie nur um ihr gutes Herz nicht zu verraten.“

sicherlich noch gemeiner. Weich die Polizei auch davon nichts? Dann lese sie die kleinen Anzeigen in der volkstümlichen Presse. Das wäre ein tausendmal verdienstlicherer Zeitvertreib als die Ueberwachung der freien Jugendvereine und Gewerkschaften.

„Wenn er se oder wenn er se nit?“ Den „Münch. R. Nachr.“ wird geschrieben: Dieses Jahr soll ein Mailänderjahr werden. Und in einzelnen Gegenden, z. B. in Württemberg, sind schon Prämien für gefangene Mailänder ausgesetzt worden. Das erinnert mich an das letzte Mailänderjahr. Damals bildeten die Mailänder überall eine große Plage. Strichweise kamen die Schölllinge so stark vor, daß die betreffenden Gemeinden auf den Massenfang der Käfer Geldprämien aussetzten. Auch eine badische Gemeinde an der deutsch-schweizerischen Grenze tat dies und zahlte für eine hundert Liter haltende Maß 5 Mark. Oei, wie da die Wuben und die Nabels gleich auf die rotbraunen Gefellen Jagd machten! Schon am anderen Tage wurde die Landplage in Saden und Asten, in Ahrden und in alten Jästern und was sonst noch für Behältnisse aufgebracht werden konnten, eingeleiert. Für die Prämienempfänger war es eine Lust, für die Stadtstafte eine umangenehme Ausgabe und für die Beamten eine unwohergesehene Arbeitsvermehrung. Der Heizer konnte oft nicht genug lodendes Wasser herbeschaffen für das heiße Mailänderbad. . . .

Wieder stellte ein Bauer drei große Sad voll eingefangener Schölllinge dem mahnehmenden Beamten hin mit den Worten: „So! Jetzt kömme Se und nehme mit mine Käfer ab!“ Verwundert schaute der Beamte auf; der Dialekt hatte ihn stuhig gemacht, denn so spricht kein badischer Bauer. Ganz im Amstöne fragte er: „Woher kommen Sie? Wo haben Sie die Käfer gefangen?“ — „Bei uns!“ lautete die Antwort. Der Beamte: „Woher sind Sie?“ — „Lußem Durgau!“ sagte der Mann. Der Beamte: „Werden nicht abgenommen! Käfer wieder mitnehmen.“ Der Durgau: „In Ihrem Lußkriebe bent se awmer dei Grenz g'fegt! Do sinn die Käferel. Wenn er se oder wenn er se nit? Wenn Sie se nit weent, loh ich's drusse fligel! Mir ich's gliich!“ Vor diese Erklärung gestellt, mußte der badische Beamte die schweizerischen Schölllinge annehmen und bezahlen. . . .

Notizen.

— Zwei neue Schillerdenkmäler. Sowohl in Dresden wie in Leipzig wird ein neues Schillerdenkmal eingeweiht. Das Dresdener zeigt den Dichter in natrem Oberkörper.

— Ein Wörterbuch der Dialekte der Lüneburger Heide. Immer häßlicher werden die deutschen Mundarten durch die alles nivellierende Schriftsprache zuriickgedrängt; desto mehr erwächst der Forschung die Aufgabe, den überaus wertvollen und interessanten Wortschatz der Dialekte zu sammeln und zu erhalten. Den verschiedenen Unternehmungen dieser Art, die von der Berliner Akademie der Wissenschaften geleitet werden, ist jüngst ein ähnlicher Plan zur Seite getreten, der durch die Initiative des hannoverschen Provinziallandtages ausführbar geworden ist. Diese Körperschaft hat nämlich einen größeren Betrag für die Herausgabe eines Lüneburger Wörterbuchs bewilligt, das den gesamten plattdeutschen Wortschatz der Lüneburger Heide festlegen soll.

Mittwoch, den 13. Mai: Zahlabend für Groß-Berlin.

Zur Organisation in Groß-Berlin.

Je größer unsere Organisation geworden ist und je schärfer die Reaktion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens auftritt, desto notwendiger wird für Groß-Berlin eine Fortbildung unserer Organisation. Dieses Gefühl ist allgemein, wie die Diskussion über eine Änderung der Zahlabende, über die Frage der Hauskassierung u. a. m. zeigt. In unserer Organisation fehlt es an einem genügenden Einfluß der einzelnen Mitglieder. Das ist bei einer so großen Organisation erklärlich, wenn auch keineswegs notwendig. Dem Inzucht vom Genossen Stadttagen im „Vorwärts“ ausgeführten Gedanken, „Bindung von unten nach oben, aber keine Bindung von oben nach unten“, stimme ich durchaus zu. Es gilt, unsere Organisation zu demokratisieren und den einzelnen Mitgliedern mehr Einfluß auf das Leben in der Organisation und auf die Politik zu geben. Auch Genosse Eugen Ernst weist in seinem Artikel der „Neuen Zeit“ über das Jubiläum unserer Wahlvereine darauf hin, daß es noch Mängel in der Organisation gibt, die beseitigt werden müssen. Gerade der Erfolg der roten Woche sollte uns veranlassen, unsere Organisationsform schleunigst zu revidieren.

Es gilt einer Vorkaufklärung entgegenzutreten und einen Rahmen zu schaffen, der es den Mitgliedern mehr als heute ermöglicht, bestimmend auf das Vereinsleben und die Politik zu wirken. Das ist zu erreichen, wenn die größeren Wahlkreise ihre Abteilungen selbständiger gestalten und den Abteilungen Einfluß auf den Zentralvorstand gewähren. Dann würden viele Genossen nicht mehr das Gefühl haben, nur noch vor vollendeten Tatsachen zu stehen, und in der Organisation würde freischeres Leben pulsieren. Die von den Abteilungen delegierten, wie überhaupt alle Delegierte müßten bindende Mandate erhalten können. Umgekehrt soll aber die Bindung der Delegierten untereinander aufhören.

Die zur Durchführung dieser Grundzüge erforderliche Statutenänderung würde im wesentlichen die §§ 3, 5, 6, 7 und 13 des jetzigen Verbandsstatuts treffen. Anstelle des jetzigen § 3 würden etwa folgende §§ 3a und 3b zu treten haben:

§ 3a. Mit der Leitung des Verbandes wird ein Verbandsvorstand betraut, der alljährlich zu wählen ist. Der Vorstand besteht aus a) dem 1. und 2. Vorsitzenden, einem Kassierer und einem Schriftführer, die in der Verbandsgeneralversammlung gewählt werden;

b) der Prekominmission, dem Bezirkschiedsgericht, der Lokalkommission, dem Aktionsausschuß und Vertretern der Kreise, die wie folgt delegiert werden: Die sechs Berliner Wahlkreise entsenden außer den Mitgliedern für die Kommissionen für jede Kommunalabteilung einen Vertreter. Die beiden Landkreise entsenden außer den Mitgliedern für die Kommissionen eine Anzahl von Vertretern, die sich nach der Zahl der Parteimitglieder im Verhältnis zu der von den sechs Berliner Kreisen zu entsendenden Zahl von Vertretern richtet.

Außerdem entsendet jeder Kreis eine Vertreterin der Frauen; von diesen Delegierten der Verbandsgeneralversammlung zwei Genossinnen in den Aktionsausschuß und je eine in die Lokalkommission, die Schiedskommission und in die Prekominmission.

Zwecks Durchführung der Delegation aus den sechs Berliner Wahlkreisen werden die sechs Wahlkreise in Bezirke zerlegt, die sich mit den Kommunalbezirken decken. Liegt ein Kommunalbezirk in zwei oder mehreren Wahlkreisen, so werden die einzelnen Teile des Bezirks einem benachbarten Bezirk des Wahlkreises angeschlossen, in dem der Teil liegt. Zählt ein Teil-Kommunalbezirk mindestens 200 Parteimitglieder, so kann aus ihm eine eigene Abteilung gebildet werden. Die Entscheidung darüber steht dem betreffenden Wahlkreis zu. Die einzelnen Wahlkreise regeln alle ihre Parteigeschäfte selbständig.

Die Wahl der Delegierten zum Preussischen Parteitag erfolgt in der Kreisgeneralversammlung. Die Vorschläge dazu erfolgen in den Abteilungsversammlungen. Jede Abteilung hat das Recht, einen Delegierten vorzuschlagen. Die Abteilungen und Kreiswahlvereine sind berechtigt, ihrem Delegierten im Rahmen ihrer Befugnisse bindende Mandate zu erteilen.

§ 3b. Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören:

- 1. Die Führung der laufenden Geschäfte.
2. Einberufung der Verbandsgeneralversammlung und Festsetzung der provisorischen Tagesordnung.
3. Festsetzung der auf jeden Kreis entfallenden Zahl von Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung nach den Bestimmungen des § 12.
4. Verhandlungen mit anderen Körperschaften der Arbeiterbewegung.
5. Entgegennahme von Berichten der einzelnen Kommissionen.
6. Entscheidung über Vorklotts, nachdem darüber die Beschlüsse der Kreise vorliegen.

Der Vorsitzende beruft den Gesamtvorstand mindestens einmal im Monat zu einer Beratung zusammen. Der Verbandsvorstand kann über alle ihm zugehenden und aus seiner Mitte kommenden Anträge beraten und abstimmen. Er hat jedoch nicht das Recht, seine Mitglieder der Verbandsgeneralversammlung und den einzelnen Kreisen gegenüber zu einer bestimmten Stellung bei solchen Anträgen zu verpflichten, die der Beschlussfassung der Verbandsgeneralversammlung unterliegen oder den Kreisen überwiesen werden. Beschlüsse des Verbandsvorstandes, die nicht der Beschlussfassung der Verbandsgeneralversammlung unterliegen und nicht den Kreisen überwiesen werden, sind bindend. Jedoch steht den Verbandsmitgliedern das Recht zu, später in ihren Kreisen und eventuell in der Verbandsgeneralversammlung ihre abweichende Meinung zu vertreten. Alle wichtigen Anträge müssen vorher den Kreisen überwiesen werden.

Die jetzigen §§ 5, 6 und 7 würden etwa durch folgende zu ersetzen sein:

§ 5.

Die Kommissionen werden wie folgt zusammengesetzt: Der Aktionsausschuß besteht aus 19 Mitgliedern: dem 1. und 2. Vorsitzenden, dem Schriftführer, dem Kassierer, je einem Mitgliede des ersten, dritten und fünften Kreises, je zwei Mitgliedern des zweiten, vierten und sechsten Kreises sowie der Kreise Teikow-Beeskow und Niederbarnim, ferner aus zwei Vertreterinnen der Frauen.

Zu den Obliegenheiten des Aktionsausschusses gehört die Leitung der laufenden Geschäfte, soweit sie nicht der Beschlussfassung des Verbandsvorstandes oder der Verbandsgeneralversammlung unterliegen.

§ 6.

(§ 5 und 7 des alten Statuts mit Änderungen.) Die Prekominmission besteht aus 17 Mitgliedern, je einem Mitgliede des ersten, zweiten, dritten und fünften Kreises und je drei Mitgliedern des vierten und sechsten Kreises sowie der Kreise Teikow-Beeskow und Niederbarnim und aus einer Vertreterin der Frauen. Die Funktionen der Prekominmission sind durch das Partei-

statut geregelt. Sie hat ihre Aufgabe in Uebereinstimmung mit den Genossen von Groß-Berlin zu erfüllen.

Das Bezirkschiedsgericht besteht aus 9 Personen, je einem Vertreter der acht Kreise und einer Vertreterin der Frauen.

Die Lokalkommission besteht aus 9 Personen, je einem Vertreter der acht Kreise und einer Vertreterin der Frauen.

Der Lokalkommission obliegt die Beschaffung von Versammlungsräumen zu den von der Arbeiterschaft Groß-Berlins aufgestellten Bedingungen und die Herausgabe der Lokalliste.

Endlich müßten die Obliegenheiten der Verbandsgeneralversammlung (§ 13 des Statuts) erweitert werden. Insbesondere müßten auch Vorschläge über die Befestigung des Parteivorstandes und der Lokalkommission sowie die Wahl der Mitglieder zum Parteiausschuß und der Delegierten zum Internationalen Kongreß der Verbandsgeneralversammlung zufallen. Das Vorschlagsrecht für diese Befestigungen und Wahlen müßten die Kreise haben.

Das sind die Vorschläge, deren Durchführung in der vorgeschlagenen oder einer ähnlichen Form meines Erachtens immer dringender wird.

Gustav Lauffant.

Parteiangelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, finden in den Lokalen „Südost“, Waldemarstr. 75, und in den „Andreas-Festhällen“, Andreasstr. 21, Sektionsversammlungen statt. Tagesordnung: 1. „Ist Kindererziehung Kulturarbeit?“ Referent: Genossin Martha Demming und Genossin Emma Dölk. 2. Diskussion.

Sechster Wahlkreis.

Am Dienstag, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Germania-Sälen, Chausseestrasse 110, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Militarismus und Arbeiterklasse. Referent: Genossin Rosa Luxemburg. 2. Diskussion. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Charlottenburg. 1. Gruppe: Mittwoch, den 13. Mai, im Restaurant Lewandowski (Kochtrappe), Spandauer Chaussee: Gruppenzahlabend. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Döhlof, Wahl der Funktionäre, Verschiedenes. Anfang 8 1/2 Uhr.

2. Gruppe: Gemeinsamer Zahlabend im Volkshaus. Hierzu sind insbesondere die neuen Mitglieder dringend eingeladen.

Tankam. Alle Mitglieder, die bei der Wahl helfen, treffen sich im Schlepplokal bei Gahmann, Kreuzstr. 14.

Grünau. Am Mittwoch, den 13. d. M., im Lokal von Joh. Franz, Köpenicker Straße 55, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag über „Die Erklärung der Gewerkschaften zu politischen Vereinen“. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstraße 112: Gemeinsamer Zahlabend. Vortrag der Genossin Luise Zieg: „Ist Kindererziehung Kulturarbeit?“

Kamowes. Am Mittwoch, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Deutschen Festhällen“, Wilhelmstraße 41/43, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Geschäftliches. Vortrag des Genossen Klüh-Neufuß: „Warum sind wir Sozialdemokraten?“ Wahl von Delegierten zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Berliner Nachrichten. Mai.

Barometer und Thermometer steigen und fallen, kühle und warme Tage, praller Sonnenschein und Regenschauer folgen wechselnd aufeinander, der Frühling aber hat derweilen seinen Weg unaufhaltsam fortgesetzt und im Laub der weifagelbten Kastanienkronen, im Duft der Niederbüsche und Maiglöckchen, vor allem aber im vollentwickelten jungen Grün hat er seinen Höhepunkt erreicht. Man sieht und atmet ihn überall, nicht nur in Gärten und Parks, im Friedrichshain und im Tiergarten, sondern auch im immer weiter verschandelten Grunewald, wo die Kiefern erblühen, das Moor erwocht und im kurzen Graue unter den Bäumen offerhand anpruchshole Blumen sprießen. Aber den Frühling in vollster Entfaltung finden wir erst in den Mischwäldern, wo Kiefern neben Weiß- und Rothbuchen stehen, wo Birfengehölze mit hochragenden Eichenbeständen wechseln, Erlen auf langen Wurzeln wie auf Stelzen über Waldteichen sich erheben und die Begränder von Gräben eingefaßt sind, in deren Wasser sich tausendfältiges Pflanzen- und Tierleben regt. Darunter freilich auch die Rüdenbrut, die im vorigen trocknen Frühjahr kaum zur Entfaltung kam, diesmal aber über Wasser nicht zu klagen hat.

Aus den Baumlöchern und sonstigen Schlupfwinkeln, in denen sie überwintert haben, sind die ersten Zitronenfalter, „Füchse“ und andere Falter hervorgekommen, andere sind aus ihren Puppen geschlüpft, und nun gaukeln sie auf den Waldwegen vor uns her, jagen sich zu zweien, oder sie setzen sich, indem sie die Flügel auf und zu klappen, worauf sich besonders das schöne Frauenaugen mit Recht etwas einzubilden scheint. Kreischend fliegt ein Eichelhäher über den Weg, ein Vogel, der weit schöner ist als seine Stimme, mit der er übrigens alle möglichen Laute nachahmt. Am Gehänge der Gräben tummeln Waldmäuse, in der Wasserlinie Frösche, darunter auch der Laubfrosch, der in dieser Zeit des Jahres behufs der Laichablage an die Gewässer geht, ehe er sich wieder auf grüne Sträucher zurückzieht. Vorausgesetzt, daß ihm und seinen Frostdawettern der Storch nicht gefährlich wird, der über den Waldwiesen kreist oder die Ringelnattern, die gern an den Gräben entlang kriechen und auch das Schwimmen und Tauchen ausgeübt verstehen. Sie räumen nicht wenig unter den Fröschen auf, aber es bleiben immer so viel davon übrig, daß das Gequacke nie ein Ende nimmt.

Eine Reihe von Waldblumen, die nur im Mischwalde, nicht unter Kiefern gedeihen, zieren den Boden. Die Anemonen sind im Verblühen, aber Goldnessel, Sternkraut und Waldveilchen sind an ihre Stelle getreten. An den Gräben und auf den anregenden Waldwiesen schimmert es gelb von Totterblumen, Primeln und Ranunkeln.

Bis tief in die Großstadt dringt der Frühling. Prädigt thronen auf dem Leipziger Platz die alten Linden. Ihre grünen Laubkronen schauen gerichtham auf das hastende Treiben zu ihren Füßen. Ein Treiben, das aber nicht von Menschen allein ausgeht wird. Denn scharenweise tummeln sich auch die Amseln auf dem Grase zu Füßen der mächtigen

Bäume, mit einer Geschäftigkeit, die der der Menschen nichts nachgibt. Auch die Amseln gehen hier irdischen Gütern nach, irdisch in des Wortes eigentlicher Bedeutung, denn es sind Regenwürmer, die sie mit erlautlicher Geschäftigkeit und in fabelhafter Anzahl unaufhörlich dem Schoße der Erde entziehen.

Echte Teutsche.

Der Antisemitismus hat dank der Aufklärung durch die Sozialdemokratie ziemlich abgewirtschaftet. Alle Anstrengungen, ihn neues Leben einzubringen, sind vergeblich geblieben. Der Aktor aller Deutschen — Ahnwardt — ist nicht mehr, Dreischgraf Pädler und Liebermann von Sonnenberg sind längst vergessen und auch die neue Namensaufgabe der verstreuten Teutonen wird die „Deutschvölkische“ nicht mehr auf die Beine bringen; trotz Herrn Bruhn, M. d. R., der noch alle acht Tage in seiner „Wahrheit“ das Sündenregister des Judentums aufzieht. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß unbedingt irgend etwas geschehen muß, um das „wahre Teutschtum“ wieder zu Ehren bringen. Diesem Zwecke dient die sogenannte „Sigfridsgilde Deutschen Ordens“ und die „Deutschvölkische Gemeinde in Berlin“.

Vor kurzem hat die einem „dringenden Bedürfnisse“ entsprechende Gründung den Versuch gemacht, Mitglieder zu werben. Es ergingen Einladungen in großer Zahl zu einer Vorgespräche im Landwehr-Offizier-Kasino, welche mit der Anrede begannen: „Du, Deutschgeborener“ und die Bemerkung enthielten: „Sippenangehörige und sonstige Gasse deutschen Blutes und Willens sind willkommen; zu ihrer Einführung wolle man sich beiliegender Karte bedienen.“ Die beiliegende Karte hatte folgenden Inhalt:

Die werthen Gäste der Sigfridsgilde Deutschen Ordens und der Deutschvölkischen Gemeinde zu Berlin werden gebeten, die nachstehende Erklärung genau und deutlich zu unterschreiben und diese Karte beim ersten Besuch am Eingang abzugeben, wo weitere Vorbrude zur Verfügung stehen. Geladen ist nur, wer mit gutem Gewissen bekennen kann:

Ich versichere an Eidesstatt, daß ich deutscher, d. i. germanischer Abstammung und meines besten Wissens von jüdischem und farbigen Blutestinschlag frei bin, auch meine Nachkommen aus gleichem, reinem Geblüte habe oder haben werde.

Die verlangte Erklärung ist recht belästigend. Sie soll an Eidesstatt abgegeben werden. Ob da jeder „Gefinnungsgenosse“ erst eine Blutuntersuchung an sich wird vornehmen lassen müssen?

Jagow als Doktor juris.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat Herrn Dr. von Jagow durch eine Beschwerde Gelegenheit gegeben, eine neue Probe seiner juristischen Kenntnisse zu geben. Unsere Genossen hatten gegen das Abreichen der Schleifenenden des von ihnen gestifteten Märztranzes Protest erhoben.

Auf der einen Seite der Schleife war zu lesen, daß der Kranz von der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Duma gewidmet sei, auf dem anderen Ende der Schleife stand der Vers aus dem Freilichtspiel Gedicht: „Trojahelem“; er lautete:

Und ob der Reichstag sich blamiert, Professorenkassett trojahelem, Und ob der Teufel reagiert Mit Huf und Horn und alledem, Trojahelem und alledem, Troja Dummheit, list und alledem, Wir wissen doch: die Menschlichkeit Behält den Sieg, trojahelem!

Kein Jurist, kein Staatsanwalt ist bis heute auf den Gedanken gekommen, daß dieser Vers „aufkreuzen“ sei, nur Herrn von Jagow war es vorbehalten, nicht nur das herauszufinden, sondern auch zu — beweisen. Bei dieser ansehnlichen juristischen Leistung kommt er in die sonderbare Lage, den „Deutschen Reichstag“ in Schutz nehmen zu müssen, und auch das Dreilaufenparlament unter seine juristische Obhut zu stellen; man höre, was der gute Mann wörtlich verkündet:

„Die Beschwerde vom 28. v. Monats weise ich hiermit als unbegründet zurück.“

Bei der bekannten sehr geringen Einschätzung der russischen Duma durch die deutsche Sozialdemokratie war in dem Ausdruck „Preussische Duma“ eine gewollte Verächtlichmachung des preussischen Abgeordnetenhauses zu sehen.

Die Aufschrift des zweiten Schleifenbandes enthält eine Beleidigung des Deutschen Reichstages und stellt der Reichsgewalt, als deren Vertreter der Reichstag selbstverständlich die Kräfte gebildet sind, den Teufel, die Dummheit und die List als Sinnbild der Gegnerschaft gegenüber. Die Aufstellung eines solchen Gegenstückes muß aufreizend wirken.

Der diensttuende Polizeioffizier war daher zur Abtrennung beider Schleifenbänder vollst. berechtigt.

Berlin, den 8. April 1914.

gez. Jagow.“

Die Beschwerde und eventuell die Klage geht natürlich weiter und wir werden unsere Leser von weiteren juristischen Geniestreichen unterrichten. Heute wollen wir nur nochmals feststellen, daß es ein überwältigendes Bild ist, Herrn von Jagow in der Pose als Schützer der Parlamente zu sehen. Der Reichstag wird sich das hoffentlich verbitten und dem Landtag ist es — ganz recht! v. Jagow und die preussische Duma — die russische möge uns verzeihen — sie gehören zusammen.

Die rote Denkmalsinschrift.

Sechs Verhaftungen.

Unter dem Verdacht, auf das Kaiser-Friedrich-Denkmal die Worte: „rote Woche!“ mit Anilinfarbe aufgetragen zu haben, sind am Freitag fünf Personen in Charlottenburg verhaftet worden und gestern erfolgte die sechste Verhaftung. Es sind verhaftet: Der Schankwirt Paul Rau, Siedingstr. 39, der Arbeiter Rudolf Vinke, Schlosser Hugo Goepfert, Schlosser Ferdinand Schwioger, Maschinenarbeiter Georg Kubis und Metallarbeiter Paul Rosenfeld. Die Polizei will ermittelt haben, daß im Lokal von Paul Rau in der Siedingstr. 39 der Plan, Aufschriften an dem Denkmal anzubringen, verabredet worden sei. Die polizeiliche Meldung besagt ferner:

„Alle fünf Verhaftungen wurden zu gleicher Zeit ausgeführt, die Wohnungen durchsucht und alle fünf Täter nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium gebracht. Nach anfänglichem Leugnen legten schließlich alle fünf ein Geständnis ab. Sie gaben an, gemeinsam die Denkmalschändung verübt zu haben. Der Arbeiter Rudolf Vinke räumte ein, der Haupttäter zu sein. Er habe zuerst den Plan gefaßt, die übrigen vier in sein Vorhaben einzuwickeln und den Schankwirt Rau drauszuholen, rote Farbe zu be-

loren. Der Wirt habe ihm damit am Abend des 11. März den Kopf mit der roten Anilinfarbe übergeben. Schablonen seien nicht benutzt worden. Während Goeppert den Farbstoff bereitgehalten, habe er — Pina — die Worte rings um das Denkmal angebracht. Die übrigen drei standen während der Tat Schmiere. Die Tat haben sie zwischen 12 und 1 Uhr nachts verübt und dann sofort den Farbstoff und Pinsel in die Spree geworfen. Nachdem sämtliche Verhafteten gleichlautende Aussagen gemacht hatten, wurden sie am Nachmittag ins Charlottenburger Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Die Polizei bemüht sich eifrig, festzustellen, ob die Verhafteten Mitglieder unserer Partei sind und aus welchen Motiven sie die Tat begangen hätten. Nach dem „Lokalanzeiger“ sollen die Verhafteten sämtlich Wahlvereinsmitglieder sein; denn er läßt sich eifertig, anscheinend aus Polizeiquelle, folgendes schreiben:

„Am Tage nach der Tat wurde von sozialdemokratischer Seite behauptet, daß die Verübung des Denkmals wohl auf bestellte Arbeit von Polizeispibeln zurückzuführen sei. Die Ermittlungen haben nun ergeben, daß die gestern verhafteten fünf Verbrecher sämtlich organisierte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind; drei von ihnen besaßen sogar Vertrauensstellungen. Alle fünf sind Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg; der Schankwirt Nau hat eine Zahlstelle der Partei, und Goeppert und Kuhn sind Bezirksführer. Diese Vertrauensstellungen besaßen sie bereits seit einer Reihe von Jahren.“

Wir wissen nicht, woher der „Lokalanzeiger“ seine Feststellungen hat. Aber selbst wenn die Angaben zutreffen sollten, so liegt für uns auch heute kein Anlaß vor, die Aufzählung von Farber und Denkmäler zu rechtfertigen. Wir wiederholen, was wir schon früher gesagt haben, daß Denkmäler Allgemeinut sind und unter dem Schutze der Allgemeinheit stehen. Von diesem Gesichtspunkt qualifiziert sich der Vorgang in Charlottenburg als ein Akt, der nur den Gegnern unserer Bewegung nützt und ihnen zugute kommt. Verstehen bleibt aber auch, daß die Entrüstung, in welche die bürgerliche Presse sich hineinstreckt, ihr sehr schlecht ansteht. Es ist dieselbe Presse, die alle Schandtaten von Angehörigen der besseren Kreise, insbesondere von Studenten, mit dem Mantel der christlichen Liebe zudeckt oder als harmlose Scherze junger Leute hinnimmt. Die Entrüstung der bürgerlichen Presse ist nur zu verstehen aus dem Aerger über die Erfolge unserer Moten, welche die ihr recht unangenehm sind. Im übrigen hat sich erwiesen, daß die Behauptungen über die Verhaftung des Denkmals die ärgsten Übertreibungen enthalten haben. Glücklicherweise ist dem Denkmal nichts geschehen, was einen dauernden Schaden angerichtet hätte, was jeder Nachmann von vornherein wußte.

Die geflederte Leiche.

Eine Schutzmannspatrouille sah um 3/4 Uhr auf der Luiseninsel im Tiergarten, in der Nähe der Luerallee, einen jungen Mann von etwa 23 Jahren mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe tot daliegen. Die Leichenstarre war schon eingetreten. Sie ließ erkennen, daß der Tote schon einige Stunden dort gelegen hat. Bevor die Beamten die Leiche entdeckten, scheinen Flederer sie gefunden und betäubt zu haben. Es fehlten sowohl alle Wertgegenstände wie auch der Revolver, mit dem sich der Lebensmüde erschossen hat. Ein Selbstmord liegt jedoch ohne Zweifel vor. Es geht dies aus einem Brief hervor, den man in den Taschen des jungen Mannes vorfand. Sonst waren diese ganz leer. Aus dem Brief, der an die Eltern des Selbstmörders gerichtet war, ging hervor, daß dieser der Schlosser Franz Kuntze aus Hannover ist, der dort am Weidenbaum 13 wohnt. Kuntze teilte seinen Angehörigen in dem Schreiben mit, daß er sich das Leben nehmen werde, weil er nicht Lust habe, als gewöhnlicher Schlossergehilfe durchs Leben zu gehen, sich vielmehr für etwas Höherem berufen habe, dazu aber keine Gelegenheit finde. Zum Schluß sagt er darin, daß alles, was er noch besitze, die Angehörigen erhalten sollen. Danach scheint er also auch über Wertgegenstände verfügt zu haben, die die Flederer mit dem Revolver an sich genommen haben müssen. Die Leiche des jungen Mannes wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Das tragische Ende zweier Frauen.

Ein trauriges Schicksal ist durch den Tod zweier Schwestern erfüllt worden, die gestern nachmittag in ihrer Wohnung in der Nieser Straße 2 als Leiden aufgefunden wurden. In einer kleinen zweizimmerigen Wohnung des obengenannten Hauses wohnten seit einer Reihe von Jahren die beiden Schwestern Spämann, von denen die ältere, Antonie, das 80. die jüngere, Kinna, das 67. Lebensjahr vollendet hatten. Die beiden Frauen nährten sich kümmerlich durch Anfertigung von Aquarellen nach Vorlagen und Hebermalen von Bildern. Beide erhielten schon seit einer Reihe von Jahren Armenunterstützung, die jedoch kaum ausreichte, um die Miete zu bezahlen. Die beiden Schwestern waren außerdem leidend und vermodeten mitunter ihre Wohnung tagelang nicht zu verlassen. So waren sie auf die Mitleidigkeit der Nachbarn angewiesen. Der Zustand des 80-jährigen Fräulein Spanner verschlechterte sich in letzter Zeit erheblich, doch vermochte die jüngere Schwester infolge ihrer großen Mittellosigkeit keinen Arzt zu rufen. Wiederholt äußerte die alte Dame, daß sie den Tod ihrer Schwester, an der sie mit großer Liebe hing, nicht überleben werde. Seit einigen Tagen war es den Hausbewohnern aufgefallen, daß die beiden Greisinnen sich nicht mehr sehen ließen und es fiel außerdem auf, daß weder die Rechnungen noch die Frühstücksteile von den Schwestern in die Wohnung hineingetragen wurden. Man beschwor sich schließlich die Polizei, die die Wohnung durch zwei Beamte öffnen ließ. An der Türschwelle der gemeinsamen Wohnstube fand man die jüngere Schwester erhängt auf, während die ältere tot in ihrem Bett lag. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß die ältere Frau bereits vor zwei bis drei Tagen verstorben war. Die Schwester hatte das Lager der Toten mit frischen Blumen bedeckt, ihre geringen Habsgüter in Ordnung gebracht und darauf Selbstmord durch Erdürgen verübt. In einem hinterlassenen Brief schrieb die alte Frau, daß sie den Tod ihrer Schwester nicht überleben könne und daß sie nur den einen Wunsch habe, an der Seite der ihr im Tod vorausgegangenem beigesetzt zu werden. Die Polizei ließ die Leiden in das Schauhaus bringen.

„Eva.“

Dieser etwas wunderlichen, gleichwohl beziehungsreichen Namen führt die Erste Varietè-Ausstellung, deren Eröffnung Sonnabend stattfand und deren Schluß auf den 24. Mai festgesetzt ist. Man hat sie inszeniert, um das Interesse des Publikums am Varietè zu beleben. Der Artistenstand ist ja nicht auf Rosen gebettet. Infolge der immensen hohen Besteuerung und manch anderer Ursachen sind viele künstlerischen Kräfte erschüttert, wo nicht gar völlig untergegangen. Dem Glanz der Schauspieler wird sich das noch größere Glanz der Artisten gleichen. Da soll nun eine Zuschau-

stellung in den Ausstellungenshallen am Zoo die Vielgestaltigkeit aller artistischen Künste, die wir unter dem Sammelbegriff „Varietè“ kennen, rechtfertigen. In der Tat, diese Veranstaltung verspricht, jedem etwas zu bringen, obwohl sie in der Hauptsache die Geschäfte des großkapitalistisch-industriellen Unternehmertums wird besorgen müssen. Trotzdem dürfte sie auch für die Kritik selbst von einiger Bedeutung sein. Nun hat das große Publikum Gelegenheit, ihre Entwicklung, ihre Differenzierung vom frühesten Mittelalter her bis zur Gegenwart an reichem Bildmaterial an Geräten usw. mit einigen Augen sehen zu lernen. Es sieht Puppenspiele und Pantomime, es sieht Kinetoscopia lebender Plastik, es sieht die Erzeugnisse der modernsten Beleuchtungstechnik, der es beinahe möglich ist, die Natur zu „übertrumpfen“. Dies alles wird hier geboten.

Es wäre jedoch wenig — wenn es nicht zur toten Materie das volle Varietèleben vor uns hinstellte. Und dies macht gerade den Wert der Ausstellung aus. Da produzieren sich auf dem Marktplay einer altentümlichen Stadt die „Publikumsspieler“ von Anno dazumal. Der Direktor dieses „fabrenden“ Wäldchens hält an die hochwohlwollenden Herrschaften seine Resonanzrede; hernach schlägt er, während der „Produktion“ seiner selbstverständlich weltberühmten Kritikertruppe, die große Pauke; und in der Tracht jener Zeit sitzt die Frau „Direktorin“ an der Kasse. Nur freilich, die Gerätschaften (Drachse usw.) und die Kostüme sind — für armselige Wanderakrobaten seltsam genug — modern und funktionsgeladener. Lieferant: die Firma „G. m. b. H.“ „Soundio“. Das ist der Haken. An ihm hängen auch die Tanzmeister, die alle Volks- und Nationaltänze vorführen. Für eine Mark Eintrittsgeld kann aber der Besucher von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends vieles sehen, hören und genießen.

Die Kindesleiche auf der Straßenbahn.

Als gestern Abend ein Kaufmannslehrling mit einem Straßenbahnwagen der Linie 66 durch die Lühnowstraße fuhr, sah er auf dem Vorderperron des Anhängewagens, auf dem er sich allein befand, einen Pappkarton stehen. Er übergab den Fund der Polizei, die darin die Leiche eines neugeborenen Mädchens entdeckte. Zur Feststellung, ob ein Kindesmord vorliegt, wurde die kleine Leiche zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht. Neuere Verlegungen waren an ihr nicht sichtbar.

Die Säuglingsfürsorgestelle Nr. IV wird am 12. d. Mts. von der Rannysir. 63 nach der Neichenberger Str. 180 verlegt und bleibt wegen des Umzugs vom 11. bis 13. d. Mts. geschlossen.

Einen empfindlichen Verlust hat eine Wienerarbeiterin zu beklagen. Dieselbe verlor auf dem Wege vom Hause Nirsbachstr. 55 durch die Voigt-, Schreiner- bis Bettendorferstraße aus ihrem Lieferpaket 12 elfenbeinfarbene Voilspitzenkragen. Da die Arbeiterin ersahpflichtig ist, wird der Fund gebeten, Mitteilung an Krüger, Nirsbachstr. 55, Duergeb. IV, gelangen zu lassen.

Vorortnachrichten.

Neukölln.

Der Grundbesitz Neuköllns hat sich in den letzten Jahren durch umfangreiche Grundstückskäufe, die teils der Verbesserung der Wohnverhältnisse in den älteren Stadtteilen, teils der Erschließung ungebauten Stadtgebietes dienen sollen, bedeutend vermehrt. Nach den neuesten Feststellungen besitzt die Stadt innerhalb des Stadtgebietes 110 Grundstücke in einer Größe von 155 Hektar 27 Ar 71 Quadratmeter; außerhalb des Stadtgebietes — in Britz, Tempelhof und Treptow — 18 Hektar 7 Ar 9 Quadratmeter. Der Buchwert dieser Grundstücke beträgt 82 103 207 M. Die Einnahmen des Grundstücksvertragsfonds betragen für 1914 6 901 307 M. Davon aus Anleihen 5 000 000 M., 1 988 909 M. aus Ertragssteuern und 612 398 M. aus Kaufgeldern. Die Ausgaben sind 4 312 111 M. für Erwerb von Grundstücken, 411 592 M. für Straßentregulierungen, 632 700 M. Verschönerung und 1 544 908 M. Zuschuß. Die Einnahmen aus Pachten, Mieten usw. betragen rund 254 000 M. Die Unterhaltung und Bewaltung kostet 139 900 M., Hypothekenzinsen erfordern 780 000 M., Anleihezinsen und Verwaltungskosten betragen 824 200 M. Die gesamten laufenden Ausgaben betragen demnach 1 700 100 M., denen 254 000 M. an Einnahmen gegenüber stehen. Die Stadt hat also für Verwaltung und Vergütung ihres Grundbesitzes rund 1 446 000 M. Zuschuß zu leisten. Zu diesem hässlichen Grundbesitz kommen noch die Pieselsgrüner Wohnmannsdorf und Voddinsfelde mit einem Gesamtareal von 1100 Hektar 9 Ar 26 Quadratmeter, rund 4450 Morgen. Der Wert der beiden Güter liegt mit 5 218 000 M. zu Buch.

In der im Hause Bildenbruchstr. 78/80 eröffneten ersten Neuköllner Schulgesundheitsklinik, in der drei Zahnärzte tätig sein werden, sollen die hiesigen Mittel-, Gemeinde- und Hilfsschulen besuchenden Kinder behandelt werden. Die Behandlung von Mundkrankheiten und die Entfernung schlechter Zähne erfolgt völlig kostenlos. Für das Füllen (Blombieren) der Zähne kann nach dem von der Stadtgemeinde mit dem Berliner Lokalsomitee geschlossenen Vertrage von den Eltern der Kinder gefordert werden:

- a) ein Zuschuß zu den Vorauslagen im Betrage von 0,50 M. für je eine Füllung, oder
- b) ein Abonnement.

Das Jahresabonnement (entweder vom 1. April bis 31. März oder 1. Oktober bis 30. September laufend) kostet für ein Kind 1 M. Sind mehr als drei schulpflichtige Kinder einer Familie zu behandeln, so darf für die sämtlichen schulpflichtigen Kinder der Familie nur ein Jahresbeitrag von 3 M. gefordert werden. Für eine örtliche Betäubung können etwa 0,50 M. gefordert werden. Kindern bedürftiger Eltern wird die Behandlung dagegen völlig kostenfrei gewährt. Die Rekrutierung gilt als vorliegend, wenn sie vom Rektor der Schule befohlen ist. Die Abonnementkarten sind in der Klinik zu lösen; die Gelder für die Behandlung werden ebenfalls in der Klinik kassiert.

Die Klinik ist an allen Wochentagen außer Sonnabends von 10—1 und von 3—6 Uhr, Sonnabends aber nur von 10—4 Uhr geöffnet.

Wilmerddorf.

Dem Kampfe entgegen.

Die Stadtverordnetenwahlen finden nach dem Willen der vereinigten Reaktionen erst im Herbst dieses Jahres statt. Mit diesen Wahlen, die für die Sozialdemokratie von großer Bedeutung sind, werden sich unsere Parteigenossen demnächst eingehender zu beschäftigen haben. Seit dem Ausschreiben der beiden Sozialdemokraten Nibel und Schröder ist das Wilmerddorfer Stadtparlament völlig sozialistischer Art, wie die Reaktionen aller Richtungen voller Stolz verkünden. Es muß Aufgabe unserer Genossen sein, der Kleinrentiererei des Kommunallängels und der sprichwörtlich gewordenen sozialpolitischen Rückständigkeit der neuerrichteten Stadt Preußens ein Ende zu bereiten. Wie die Verhältnisse in der vornehmen Stadt liegen, wird ein ernsthafter Kampf nur in der 3. Wählerabteilung stattfinden.

Dies kommen folgende Bezirke in Betracht:

Im ersten Bezirk, der den westlichen Teil von Hakensee bildet, scheidet der Rieger, Tischlermeister Lehmann, aus.

Der zweite Bezirk umfaßt den mittleren Teil von Hakensee. Hier ist das Mandat des Hausbesizers Schulz zu besetzen.

Der fünfte Bezirk, der im sogenannten Bräuhofviertel liegt, ist seit einiger Zeit verwaist. Diesem Bezirk wurde der 1910 mit sozialdemokratischer Hilfe gewählte Demokrat Lazarus über-

wiesen, dessen Hausbesitzerqualität vom Oberverwaltungsgericht verneint wurde.

Der sechste Bezirk, der sich südlich bis zur Stralichsches Straße erstreckt, hat für die ausschließenden Stadtverordneten Rauremeisler Heinrich und Rentier Raach, zwei Hausbesitzer zu wählen.

Von größter Bedeutung für die Arbeiterklasse ist der siebente Bezirk, der sich von der Gänbelstraße bis zum Geopark, von der Augustastrasse bis zur Kaiserallee erstreckt. Hier ist das Mandat des verzogenen Genossen Nibel zu besetzen und das des zum Stadtrat ernannten Hausbesizers Benzel zu erobern.

Der neunte Bezirk endlich hat zwei Riegerkandidaten zu wählen. Diesem Bezirk wurde unser vereideter Genosse Wilhelm Schröder zugewiesen, so daß hier für ihn und den ausschließenden Oberlehrer Prof. Helmske Ersatzwahlen vorzunehmen sind.

Neben diesen neun Stadtverordneten der dritten Abteilung sind noch sechs in der ersten und acht in der zweiten Abteilung zu wählen.

Es wird interessant sein, zu sehen, ob die Fortschrittler, der ganzen politischen Situation zum Trotz, sich in Wilmerddorf wiederum mit Haut und Haar den unter „unpolitischen“ Flagge segelnden Schwarzblauen verkaufen werden. Werden freisinnige es fertigbekommen, nur weil sie trotz eines erheblichen Anhanges Angst vor ihrer eigenen Courage haben, sich mit der schwarzen Reaktion, mit den reichsreichen Männern nach Art des Verbandsgenerals Liebert zu verbünden? Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann werden die Bürgerlichen, mit Ausnahme einiger Demokraten, alle Bedenken zurückstellen und sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammenfinden. Da gilt es beizeiten zu rüsten, um die Schwärze auszuweichen, die wir vor einem Jahre zum Teil durch eigene Fehler veranlaßt haben. Durch rechtzeitige Kleinarbeit, die wesentlich durch persönliche Rücksprache mit den Wählern von unseren Genossen und Genossinnen vorzunehmen ist, können wir die Anstrengungen der vereinigten Reaktionen zunichte machen. Des halb frisch an die Arbeit!

Schöneberg.

Das Anspielen der Freien Elternvereinigung findet heute nachmittag auf dem städtischen Spielplatz Rubensstr. (hinter dem Selmschulhaus) statt. Anfang 3 Uhr. Zum Anspielen stehen die Garderobenräume des Arbeiterturnvereins zur Verfügung. Kaffeepfand ab 2 Uhr bei Mutter Arone. Eltern mit Kindern als Gäste willkommen, auch Nichtmitglieder können an den Spielen teilnehmen.

Steglitz.

Die Erbauung eines eigenen Wasserwerkes wurde am letzten Freitag von der Gemeindevertretung beschlossen. Das Referat in dieser für unsere Gemeinde äußerst wichtigen Angelegenheit erstattete Bürgermeister Dührum. Er führte aus, daß die Sache den Gemeindevorstand schon seit ungefähr 6 Jahren beschäftigt. Der mit den Charlottenburger Wasserwerken bestehende Vertrag erreichte am 1. Januar 1916 sein Ende. Der Vertrag sehe eine dreijährige Kündigungsfrist vor; bei Nichtkündigung eine fünfjährige Verlängerung um weitere 10 Jahre. Auf Antrag des Gemeindevorstandes beschloß der Gemeindevorstand die Kündigung des Vertrages, und der Gemeindevorstand vollzog hierauf rechtzeitig die Kündigung. Die Charlottenburger Wasserwerke forderten im Klagewege die Gültigkeit der Kündigung durch den Gemeindevorstand an, wurden jedoch schließlich durch Reichsgerichtsurteil belehrt, daß die Kündigung rechtskräftig erfolgt sei. Mit dem bisherigen Kontrahenten wurden inzwischen Verhandlungen gepflogen, um Erhöhung der jezt 5 Proz. vom Reingewinn betragenden Abgabe an die Gemeinde. Es wurden auch materielle Zugeständnisse gemacht, jedoch nur unter der Bedingung, den neuen Vertrag bis 1975, eventuell sogar bis zum Jahre 2000 auszuweihen. Das war natürlich unannehmbar. Neben diesen Verhandlungen wurden die Vorarbeiten für ein eigenes Werk weitergeführt. Der ursprüngliche Plan war der, das benötigte Wasser durch Tiefbrunnen aus dem Gölitzal zu entnehmen. Nach eingeholten Gutachten der Geologischen Landesanstalt wurden Bohrversuche bis zu 100 Meter Tiefe ausgeführt und dabei auch brauchbares Wasser in anscheinend genügender Menge angetroffen. Aufgetauchte Bedenken, daß durch diese Tiefbrunnen einer weiten Umgebung das Wasser entzogen werden könne, wofür die Gemeinde schadenersatzpflichtig gemacht werden könne, wurden zwar durch weitere wissenschaftliche Gutachten bekämpft, doch erhob schließlich die Regierung ebenfalls Einspruch. Damit wäre der Plan eines eigenen Wasserwerkes völlig illusorisch geworden, wenn nicht der Gemeindevorstand anderweitig vorgebaut hätte. Ungeachtet der guten Ergebnisse der Bohrversuche hatte er sich eine andere Wasserquelle gesichert, wodurch die Erreichung eines eigenen Wasserwerkes zwar verteuert, aber nicht verhindert werden konnte. Nachdem also die Aufsichtsbehörde gegen die Wasserentnahme aus dem Gölitzal Einspruch erhoben hatte, entschloß sich der Gemeindevorstand, dieses Projekt fallen zu lassen und das Wasserwerk zwischen Caputh und Potsdam zu errichten, wo in bezug auf die Menge des Wassers absolut keine Bedenken bestehen. Das dortige Wasser wird nach Enteisung und Durchfiltration unserm jetzigen an Güte nicht nachstehen, nur daß es etwas weicher sein wird, was übrigens von manchem eher als Vorteil denn als Nachteil angesehen werde. Die Verhandlungen mit den in Frage kommenden Gemeinden und sonstigen Interessenten wegen Durchlegung des Druckrohrs seien zum Teil schon erledigt und der Rest werde sich voraussichtlich ohne Schwierigkeiten erledigen lassen. Voranischlag und Rentabilität seien unter Mitarbeit hervorragender Sachverständiger eingehend geprüft, so daß der Gemeindevorstand und die beteiligten Ausschüsse einstimmig der Gemeindevertretung den Antrag unterbreiten könnten: bei Caputh ein Wasserwerk zu erbauen und die Kosten im Betrage von 4 300 000 M. zu bewilligen. Die Rentabilitätsberechnung lasse bereits für das erste Betriebsjahr einen Heberüberschuss von 130 000 M. erwarten, der sich beim völligen Ausbau unseres Gemeindegebietes, also bei 140—150 000 Einwohnern, auf 500—600 000 M. pro Jahr erhöhen dürfte. — Die gegen den neuen Kommunalbetrieb bisher in der Gemeindevertretung vorhandene Gegnerchaft war bis auf einen einzigen Herrn zusammengeschnitten. Die drohende weitere Erhöhung der Gemeindesteuern hat dieses Wunder vollbracht; die Hausbesitzerpartei fürchtet die leerstehenden Wohnungen, deshalb bis man in den sauren Apfel — hoffentlich zum Wohl der Allgemeinheit.

Wotawes.

Die Frage, nach welchen Plänen das von der Konsumgenossenschaft geplante für Wotawes und Umgebung an der Zufahrtstraße hier selbst gelegene neue Zentrallager erbaut werden soll, wurde u. a. in der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung der genannten Genossenschaft erörtert. In unserer Nummer vom 18. April berichteten wir, daß das neue Zentrallager nach den Plänen des Architekten Arno K e u m a n n erbaut werden soll. Zwei Tage darauf ersuchte uns Herr Architekt K u s c h n e r mitzutheilen, daß die Pläne zu dem Bau von ihm herrühren, wie er ja auch mit der Leitung des Baues betraut worden sei. Wie uns später Herr Arno K e u m a n n mitteilte, stammt der Entwurf des Zentralagers von ihm. Am 13. April 1913 sei er mit der Aufgabe betraut worden, ein Zentrallager für die Genossenschaft zu entwerfen, nachdem ihm ein Grundriß des Somburger Architekten Arno K e u m a n n als Inhalt gegeben war. Daraufhin habe er ein Projekt aufgestellt, das den Beifall der Genossenschaft gefunden habe. Das Projekt sei auf Veranlassung des

Rechenhof.
Allgemeine Ortskrankenkasse Adlershof und Umgegend.
 Nachdem wir wiederholt auf die Verzögerung der Vorstandswahlen zu obiger Kasse vom Versicherungsamt aus aufmerksam gemacht haben, ist die Wahl der Versicherungsvertreter für den Vorstand auf Freitag, den 22. Mai, nachmittags von 4-7 Uhr, im Restaurant Himmel, Treptow, Gröbstr. 28, anberaumt.

Potsdam.
 Die letzte Wahlvereinsversammlung beschloß die Einführung der Hauskassierung. Es sind drei Wahlbezirke eingeteilt, die Kassierung soll von den Bezirkskassierern ausgeführt werden, welche sich ihrerseits Hilfskräfte heranziehen. Für den Bezirk, der bei Hansmann tagt, wurde der Gen. Krüger als Bezirkskassierer gewählt. In einzelnen Bezirken fehlen die Bezirksführer, welche Stellen baldmöglichst wieder besetzt werden müssen. Parteigenossen, die das Amt eines Bezirksführers übernehmen wollen, mögen sich bei dem Gen. Horig, Kreuzstraße, melden. Es wurden vier neue Aufnahmen vollzogen. Die Arbeiter-Abfahrer waren durch ein Versehen nicht mit auf den Reiskarten als Mitwirkende zu der Abendveranstaltung verzeichnet gewesen. Sie fühlten sich dadurch zurückgesetzt und lehnten ihre Mitwirkung ab, außerdem beschwerten sie sich hierüber in der letzten Wahlvereinsversammlung. In einer ausgiebigen Debatte hieüber gaben die Genossen der Ansicht Ausdruck, daß das Verhalten der Abfahrer nicht richtig gewesen sei, da sie persönlich eingeladen worden seien. Wenn ihr Name nicht mit verzeichnet gewesen sei, so wäre dies doch kein Grund, gleich die Platte ins Korn zu werfen. Ferner entspann sich eine Debatte über verschiedene Lokale, welche von Arbeitern stark besucht werden, deren Inhaber der Arbeiterschaft gegenüber aber einen feindseligen Standpunkt eingenommen haben. Es sei Pflicht der Arbeiterschaft, nach Möglichkeit die Parteilokale zu besuchen, um dieselben lebensfähig zu erhalten.

Neuenhagen (Ostbahn).
 Bei der Gemeindevertreterwahl erhielt unser Kandidat der Genosse H. Schumann 79 Stimmen, während die vereinigten Bürgerlichen 108 Stimmen aufbrachten; sie haben mit Hilfe des amtlichen Apparats alle Wahlbeamten, Postbeamten und Bahnarbeiter mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln an den Wahltag gebracht. Diese Niederlage muß unseren Parteigenossen ein Ansporn sein, noch mehr als wie bisher zu agitieren und unsere Reihen zu stärken.

Königs-Wusterhausen.
 Heute Sonntag, nachmittags von 1-5 Uhr, findet in den Wahlbezirken Königs- und Deutsches-Wusterhausen die Ortskrankenkassenwahl statt. Die Bezirke Zeuthen und Groß-Westen sind daran nicht beteiligt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.
Pankow. Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.
Ober-Schönweide. Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Realschulsaal.
Teltow. Mittwoch, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.
Charlottenburg - Schönberg - Wilmersdorf. Die für letzten Donnerstag nach Wilmersdorf eingeordnete Jugendversammlung, in der die Referate gehalten werden durften, ist im Verlaufe der Diskussion recht lebhaft aufgelöst worden. Daher findet am Donnerstag, den 14. Mai, abends 8^{1/2} Uhr, eine neue Versammlung in Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3, statt. Thema: „Arbeiterjugend ermasche!“

Wasserstands-Nachrichten
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	8.5.	7.5.		8.5.	7.5.
	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾
Remel, Mühl	191	0	Saale, Großh.	96	-2
Regel, Ansternburg	27	-2.5	Havel, Spandau ²⁾	50	-2
Weiße Elster, Thorn	156	0	Havel, Rathenow ²⁾	76	-2
Dob, Rathor	131	+11	Spree, Spremberg ²⁾	86	+2
„ „ „ „ „ „ „ „	106	+3	„ „ „ „ „ „ „ „	80	0
„ „ „ „ „ „ „ „	106	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	172	+10
„ „ „ „ „ „ „ „	96	-2	„ „ „ „ „ „ „ „	250	-4
„ „ „ „ „ „ „ „	47	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	538	+20
„ „ „ „ „ „ „ „	22	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	290	+15
„ „ „ „ „ „ „ „	8	+5	„ „ „ „ „ „ „ „	273	+5
„ „ „ „ „ „ „ „	-125	+4	„ „ „ „ „ „ „ „	90	-4
„ „ „ „ „ „ „ „	129	+3	„ „ „ „ „ „ „ „	157	+2
„ „ „ „ „ „ „ „	99	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	113	+21

Witterungsüberblick vom 9. Mai 1914.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
	mm	Stärke	Stärke	in °C		mm	Stärke	Stärke	in °C
Eintriede	755.0	1 wolkig	11	11	Napazanda	755.0	50	2 bedekt	3
Hamburg	755.0	3 heiter	10	10	Petersburg	756.0	1	1 Regen	12
Berlin	756.0	3 bedekt	12	12	Scio	763.0	2	6 halb bb.	5
Frankf. a. M.	758.0	1 Dunst	9	9	Alberdeen	758.0	2	6 Regen	4
München	757.0	2 bedekt	10	10	Paris	760.0	2	2 wolkenl.	9
Wien	758.0	1 halb bb.	13	13					

Wetterprognose für Sonntag, den 10. Mai 1914.
 Zunächst ziemlich kühl, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und möglichen westlichen Winden; später aufklarend und etwas wärmer.
 Berliner Wetterbureau.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag: Umwärts fortschreitende langsame Aufhellung, aber anfangs recht veränderlich und besonders östlich der Oder noch wiederholte leichte Regenschauer. In der Montagnacht überall sehr kühl. Dann ziemlich rasche Erwärmung.

Commerztage

verlangen Sommerkleidung!

Um wieviel besser lassen sich sonnige Tage und schöne Natur genießen, wenn auch das Aeussere sich harmonisch anpasst.

Kommen Sie zu uns! — Und mustern Sie die immense Auswahl von sommerfreudiger Kleidung, die Ihnen bei uns zur Verfügung steht.

Und einerlei, ob Sie ein duftig zartes Kleid, ein elegantes Kostüm, oder einen schicken, farbenfrohen Paletot wählen, stets wird der niedrige Preis Sie überraschen!

C&A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

<p>Königstrasse 33 am Bahnhof Alexanderplatz</p> <p>Chausseestr. 113 beim Stettiner Bahnhof.</p>	<p>Sonntags geschlossen!</p>	<p>Cotelé-Kostüm aus sehr guter Ware, besonders reizvoll durch seinen mit Stickerie verzierten Gürtel und schöne Knöpfe. Auf Seide</p> <p>22.50</p>	<p>Weiss Voilekleid aparte Fassung mit schöner Millefleur-Stickerie und breitem, sehr effektivem belästigtem Seidengürtel</p> <p>25.50</p>	<p>Popeline-Palet. mit sehr schönem pass. Seidenschal und dem modern glücklichen, in Cutawayform angesetzten Volant. Gute Ware in den richtigen Farben</p> <p>16.25</p>
--	------------------------------	---	--	---

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse
Frankfurter Allee
Alexanderplatz

Weisse Damen- und Kinder-Kleidung

Wasch-Röcke
2⁹⁰ 4⁹⁰ 6⁷⁵
8⁷⁵

Wasch-Kostüme
12⁷⁵ 18⁷⁵ 27⁵⁰
36⁰⁰

ca. 10000 Stück: Weisse Waschblusen

Waschblusen aus Waschvolle, nur moderne Fassons	2 ⁹⁰	3 ⁹⁰	4 ⁹⁰
Waschblusen aus Waschvolle, feine Verarbeitung, mit modernem Kragen	5 ⁹⁰	6 ⁹⁰	7 ⁵⁰
Waschblusen aus besticktem Voile, weite Form in reizenden Ausführungen	5 ⁹⁰	8 ⁷⁵	9 ⁷⁵
Waschblusen aus glattem und besticktem Voile, neue Westenform	7 ⁹⁰	9 ⁷⁵	15 ⁷⁵
Waschblusen Lingeriegenre mit handgesticktem Vorderteil	4 ⁷⁵	9 ⁷⁵	11 ⁷⁵

Grosse Posten: Weisse Kinder-Garderobe

Matrosenkleider 50-60 cm	5 ⁷⁵	65-75 cm	6 ⁵⁰	80-90 cm	7 ²⁵
amerik. Form aus weiss. Satin					
Stickereikleider 65-70 cm	8 ²⁵	75-85 cm	9 ⁵⁰	90-100 cm	10 ⁷⁵
aus Voile					
Kittel-Anzüge aus weissen Stoffen, verschied. garniert für 2 bis 4 Jahre	2 ²⁵	4 ²⁵			
Anzüge Prinz-Heinrich 3-5 Jahre	4 ⁵⁰	6-8 Jahre	5 ⁰⁰	9-10 Jahre	5 ⁵⁰
und amerikanische Form					
Sportblusen 5-8 Jahre	2 ⁷⁵	9-11 Jahre	3 ⁰⁰	12-14 Jahre	3 ²⁵
mit Umlegekragen					

Wasch-Kleider
9⁷⁵ 12⁷⁵ 19⁷⁵
29⁵⁰

Backf.-Röcke
2⁷⁵ 4⁷⁵ 6⁷⁵
8⁷⁵

Backf.-Kleider
8⁷⁵ 13⁵⁰ 22⁵⁰
29⁵⁰

Russ.-Kittel
aus weissen Stoffen, verschied. garniert, 45-60 cm lang
95 Pf. 2²⁵
2⁹⁰

Stick.-Kleidchen
in Weiss, 45-65 cm lang
2⁹⁰ 3⁹⁰
5⁹⁰

Gardinenhaus Bernhard Schwartz (früher Wolffstr. 20)
Wolffstr. 23 (Eisenbahnstr.)
Gründliche Spezialfirma für
Gardinen
u. einschlägiges: Portieren, Läufer, Teppiche etc.
Extra-Werkstatt für Polster-Möbel
Grösste Haltbarkeit. — Muster-Eleganz. — Sehr billige, klar lesbare Preise. — Gelegenheits-Lore weit unter Preis.

Konfektion
Paletots von schw. Tuch- und Kammgarnstoffen von 20 M. an
Paletots von engl. Stoffen v. 15 M. an
Kostüme reiche Auswahl in engl. Stoffen, Kammgarn und Tuch v. 18 M. an
Kostüm-Röcke grösste Auswahl v. 4⁵⁰ an
Alpaka-Mäntel v. 12 M. an
Wasserd. Stoffmäntel v. 18 M. an
C. PELZ
Kottbuser Strasse 5

Spezialarzt
i. Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder Art, Ehrlich-Gata-Rufen in u. Co. Lang Laborat. i. Blutuntersuchung, Häden t. Hartum.
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, gegenüber Spt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Gnellsenaustrasse 10,
S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für **Möbel jeder Art.**
Kassa und Teilzahlung.

Saal- und Garten-Etablissement
(Brauerei-Ausgang) im Norden Berlins, umständehalber sofort günstig zu übernehmen. Erforderlich 10 000 M. eigenes Kapital. — Effekten von ersten Reichtanten unter B. V. 9196 an Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W 8, erdten.
Teilzahlung 50 Pf. an
Klappstuhlwagen, Kinderwagen, Herren-Anzüge, Damen-Kostüme, Wäsche, Portieren, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Möbel, Polsterwaren, bunte Küchen, Spiegel, Bilder, Betten, Uhren, Zithern, Grammophone
F. & H. Schmidt, Petersburger Strasse 23, nur 1. Etage.

Die reellsten und solidesten
MÖBEL
Liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger Strasse 5, seit 36 Jahren die äusserst billigen Kassonpreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Grösste Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10 000 M. am Lager.

10 Mark
monatliche Teilzahlung liefert elegante Herren- und Damen-Garderobe nach Mass, eigenes Stofflag. Per Kasse Preisermässigung.
J. Temporowski, Schneidermeister, jenseit SW 47, Dreisbündstr. 47, an der Sellenblanchette u. Tempelhofer Feld, auf Wunsch komme ich mit Muster.

Frank Verleib-Institut
A. Borchardt, Friedrichstr. 110, Grand-Tor, Tel. Str. 10694, dest. Stad., Smoking, Gehrock-Anzüge in verschied. Beschlag, bis z. elegantest. Genre. Sehr große Auswahl. Mäßig Preise.

Lassen Sie sich
durch bisherige Erfahrungen nicht abhalten, nach einem Versuch mit „Alector“ zu machen u. Sie werden **keine graue Haare** von Ihrem blond bis zum tiefsten Schwarz wieder u. naturgetreue, alle Nuancen erhält. H. S. Die Haare **wachsen** gleichmäßig in der Perle nach und erhalten lebhaften, natürlichen Glanz durch **Piantol-Balsam**, fl. 1.25 Otto Reichel, Berlin 13, Eisenbahnstr. 4

EIS
offizieren frei Haus für das laufende Jahr den großen oder ganzen Eimer . . . 35 Pf. den kleinen oder halben Eimer . . . 25 Pf. Bestellungen erbitten
Norddeutsche Eiswerke, Köpenicker Strasse 40/41.

Biesdorf
Station der Stadtbahn
Route 20 Mk. an
Neu-Sadowa
Stal. Sadowa, a.d. Strasse v. Biesdorf
Route 15 Mk. an
Ankunft bei unserem Verleiher Neugebauer, Biesdorf, Karlstrasse 23 und Neu-Sadowa: Restaurant „Waldfrieden“
Nieschalke & Nitsche
Berlin NO 41, Neue Königstr. 16
Fernspr. Amt Königstr. 6076

Wochenraten!
Monatsraten!
Kostüme, Mäntel, Röcke nach Maß ohne Preiserhöhung auf Wochen- und Monatsraten direkt aus der Schneiderwerkstatt. — Adresse: **Postlingerkarte 155, Postamt 54.** Vertreterbesuch unverbindlich, auch Vororte.

Steppdecken
grösste Auswahl, billig, auch Einzelarbeiten aller Steppdecken
Bernhard Strohmandel, Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Auf nach Leipziger Strasse 104
zum **Sensations-Verkauf**
vis-à-vis Kempinski.
(Bitte genau auf Hausnummer achten!)
Nur kurze Zeit!
(Das Haus wird in einigen Tagen umgebaut!)

Staubmäntel . . . früher 18.— bis 28.—, für 12.—	Kostüme . . . früher 51.— bis 103.—, für 33.—
Waschkostüme . . . früher 16.— bis 35.—, für 9.—	Gesellschaftskleid . . . früher 28.— bis 42.—, für 15.—
Plüschmäntel . . . früher 66.— bis 88.—, für 36.—	Sportjackets . . . früher 12.— bis 17.—, für 8.50
Pelzmäntel . . . früher 92.— bis 126.—, für 62.—	Blusen früher 6.— bis 9.50, für 4.75
Kostüme früher 26.— bis 41.—, für 15.—	Röcke früher 8.— bis 17.—, für 6.—

Abendmäntel früher 29.— bis 64.— für **20.—**
Sonnabend geöffnet bis 9 Uhr abends, Sonntags von 8-10 vormittags.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Paletots, Elegante Anzüge in jeder Preislage.
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung.
Billigste, feste Preise.

Billige Parzellen!
direkt am Bahnhof, weislicher Vorort, zum Bau von Eigenheimen besonders geeignet. Kleine Anzahlung. Geringe jährliche Teilzahlung. Guter Boden. Bauparzellen v. 2000 M. inkl. Straßenplaster, Prospekt, Pläne etc. kostenlos. Schreiben Sie sofort, da nie wiederkehrende Gelegenheit.
M. F. Buchholz, Berlin NO, Kniprodstr. 19. [39132]

Damen sparen Geld!
Engros-Lager „Einzel-Verkauf“ Export-Lager

Ulster Staubmäntel	6	Kostüme engl. Art	9
Kindermäntel	Mark	Sport-Paletots	Mark
Sport-Paletots	Mark	Popeline-Mäntel	Mark
		Kimonos	Mark

Hochelegante Modelle — Kostüme u. Mäntel.
Tuch, Etilenne, Etamine und Wolle bedeutend unter Herstellungspreis.
Spezialität: Extraweiten für starke Damen.

Popeline-Mäntel	12	Tuch-Mäntel	15
Kostüme auf Seide	Mark	Kostüme-Kimonos	Mark
Alpaka-Mäntel	Mark	Colonne-Mäntel	Mark
Noiré-Blusen	Mark	Seiden-Paletots	Mark

Max Mosczytz, Berlin C, Landsberger Str. 59, eine Treppe, am Alexanderplatz.
Einzel-Verkauf nur in der 1. Etage.
Achten Sie in Ihrem eigenen Interesse auf die Hausnummer.

So wird seitenslang über die „Blüten- und Bilderreiche Sprache“ des Kasernenhofes phantasiert. Leider fehlt aber der Hinweis darauf, was dem Soldaten passieren würde, wenn sein „gutes Herz“ sich einmal seinem vorgefertigten Rittmeister in Ohnmacht gegenüber dieser vielgerühmten bilderreichen Sprache begeben würde.

Der Verschönerung des Kasernenhofes entspricht die Lobpreisung des Kadavergehorsams. Bezeichnend dafür sind die Sätze:

„Ja, was noch mehr ist, du sollst nicht nur dein Gesicht und deine Zunge im Zaum halten, sondern du sollst auch dein Herz in der Gewalt haben, damit kein Gedanke an Widerspruch und Unzufriedenheit sich in ihm regen kann. Erst dadurch wird dein Gehoriam zu einem wahrhaft freiwilligen und freudigen, erst dadurch schöpft du reiches Ausen aus der Übung des Gehorsams für deinen Charakter und dein späteres Leben.“

„Für dein späteres Leben.“ Das ist es, worauf es bei der Aufgabe des Willens auf dem Kasernenhofe ankommt. Der dort gelernt hat, sich widerspruchslos jeder Autorität zu fügen, ist später für die hierischen Führer der erwünschte gehorsame Parteimann und der Sklave des Kapitalismus.

Aus aller Welt.

Deutsche Millionen, die in Monaco bleiben.

Vor kurzem ist der Verwaltungsrat des Casinos von Monte Carlo zusammengetreten, um die Bilanz für die abgelaufene Saison zur Kenntnis zu nehmen. Die Bruttoeinnahmen des Casinos sollen im vorliegenden „Spieljahr“ die stolze Höhe von 47 Millionen Frank erreicht haben. Davon sind nicht weniger als 35 Millionen deutsches Geld, das heißt verloren von Spielern aus Deutschland. Diese Betrag ist aus der Zahl der in den Hotels an der Riviera abgestellten Deutschen sowie aus der Zahl der Eintrittskarten für das Casino ermittelt worden. Das Komitee des Verwaltungsrates ist bei den Behörden von Monaco um die Konzession eingekommen, im ersten Stock des Casinos mehrere neue Spieltische einzurichten zu dürfen.

Es ist in Deutschland noch mehr Geld, das in der Spielhölle von Monte Carlo zum Teufel gehen will. In den vorhandenen Spieltischen ist nicht mehr Raum genug für alle die Spieler, die aus dem

gefügneten Deutschland kommen. Es müssen einige neue errichtet werden. Nun, da der Fürst von Monaco seine Einkünfte aus der Spielbank bezieht, werden sich die Behörden hüten, die Konzession zu erteilen. Es ist gottlos viel Geld und Arbeitslosigkeit im Lande, fast täglich liegt man von Selbstmorden aus, aber es werden Millionen und abermals Millionen nach Monaco geschleppt. Millionen, die aus der Kraft des Proletariats gepreht werden, Millionen, die das Produkt einer Gesellschaftsordnung sind, die mit dem Arbeiter ihr Spiel treibt und ihm das halbe Leben zur Hölle macht.

Todessturz zweier Militärflieger.

Ein schweres Fliegerunglück hat sich am Sonnabend mittag auf dem Aredower Exerzierplatz bei Stettin zugetragen. Die beiden Militärflieger Leutnant Haber vom Infanterieregiment Nr. 19 und Leutnant Kurlow vom Infanterieregiment Nr. 156 waren am Morgen in Schwerin zu einem Übungsflug nach Posen aufgestiegen und beabsichtigten auf dem Aredower Exerzierplatz eine Zwischenlandung vorzunehmen. Die auf dem Platz anwesenden Zuschauer bemerkten, wie plötzlich aus dem in etwa 200 Meter Höhe befindlichen Flugzeug ein Feuerstrahl hochschoss; im selben Augenblick sauste der Apparat zur Erde nieder. Die beiden Verunglückten wurden tot unter dem vollständig zertrümmerten Flugzeug herangezogen.

Der Staatsanwalt als Finanzmann.

Die Breslauer Innungsbank befindet sich, dank einer unglaublich leichtfertigen Geschäftsführung, wie bereits gemeldet, in recht bedrängter Lage. Statt die erhofften Gewinne einzuzuführen, mühten die Aktionäre recht tief in den Sackel greifen, um das Institut vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Einen Trost in ihrem Schmerz werden die Aktionäre vielleicht darin finden, daß sie ihre Gelder hergeben müssen, weil neben anderen Schuldnern auch ein hervorragendes staatsrechtliches Element, der Staatsanwalt Gajzer vom Breslauer Landgericht, bei der Bank mit 100.000 Mark hoffnungslos in der Kreide steht. Ein so schneidiger Staatsanwalt Herr Gajzer ist, ein ebenso schlechter Finanzmann ist er. Schon im Mai d. J. wurde ihm vom Vorstand der Bank

ein Zahlungsausschub zur Regelung seiner Verbindlichkeiten der Bank gegenüber gemacht. Dabei sollte ihm eine Villa in Bad Nienbrunn schuldlos bleiben. Wenige Wochen später gehörte die Villa nicht mehr ihm, sondern seiner Frau. Wieder einige Zeit später wurde Gajzer und Frau vor den Vorstand der Bank geladen und nach ihren Vermögensobjekten gefragt. Beide hatten nichts und doch konnte dem Herrn Staatsanwalt sofort nachgewiesen werden, daß er noch eine Hypothek von 30.000 Mark auf einem Grundstück besaß. Eine spätere Aufforderung zur Regelung seiner Schulden, vergaß der Herr Staatsanwalt zu beantworten.

Diese Vergeßlichkeit ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß er seinen Kopf voll Sorgen über die böse Sozialdemokratie hatte, gegen die er in zahlreichen Prozessen gegen die „Breslauer Volkswacht“ als objektive Behörde der Welt auftrat und schwere Freiheits- und Geldstrafen beantragte und durchsetzte.

Unwetter in Thüringen.

Im Berratal und in ganz Westthüringen herrschten in der Nacht zum Sonnabend nach vorausgehenden starken Gewittern wolkbruchartige Regengüsse, die allenthalben großen Schäden anrichteten. Von den Bergen herab ergossen sich reißende Wildbäche in die Talniederungen. Die Felder wurden teilweise durch die Wassermengen verwüstet. Die Obstbaumblüte gilt als vernichtet. Der Wasserstand in den Flüssen ist bedeutend gestiegen.

Meine Notizen.

Auch die Amerikaner sind reicher. Neulich wie der Multimillionär Rockefeller ist nunmehr auch die reichste Frau der Welt, die Multimillionärin Getty Green, mit den amerikanischen Steuereinsparungsbehörden in einen Konflikt geraten. Sie wurde von der Kommission wegen falscher Abgabe der Vermögenserklärung mit 5 Dollar in Strafe genommen. Ihre Rechtsbeistand weigerte sich jedoch im Auftrag seiner Klientin, diese Summe zu bezahlen, und hat gerichtliche Entscheidung beantragt.

Arbeitererfahrungen. Ein schweres Unwetter ereignete sich Freitagabend in der Schrammenhalle in München, wo 2 Arbeiter von einer umstürzenden Mauer begraben wurden. Der 45jährige Tagelöhner Hartmann war sofort tot, sein Arbeitskollege wurde schwer verletzt.

Inserem Freund u. Genossen nebst Wilhelm Sponholz Gattin d. herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Der Herr u. die Stammmutter von Drescher Familien.

Inserem lieben Kollegen nebst Wilhelm Sponholz Gattin zur heutigen Silberhochzeit ein dreifach donnerndes Hoch!!!

Die Kollegen der Firma Lindström Abteilung Lucke, Klem.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler und Berufsgenossen. Ortsgruppe Hamburg. Verwaltungsstelle Berlin A. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Theodor Grape am 8. Mai gestorben ist. 39/3. Einäscherung Montag, nachmittags 4 Uhr, im städtischen Krematorium, Verichstraße. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. 18. Abt., Bezirk N. Am Donnerstag, den 7. Mai, verstarb unser Genosse, der Schantheit

Adolf Walter Goldiner Str. 31. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes in der Freudenwalder Straße aus statt.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter

Emilie Affeldt verwitw. Falkenthal nach kurzem Leiden verstorben ist. Franz und Max Falkenthal. Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 100a

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres einjährigen Sohnes, des Heiligers [Name] [Name]

Erich Klewitz sagen wir hierdurch vor allem dem Wahlverein des 6. Wahlkreises sowie allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe **Elisabeth Klewitz** geb. Sebröther und Eltern, Lindenorder Straße 21.

Dankagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und den vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Bekannten, dem Wahlverein, Sängern, insbesondere dem Genossen Wella für die tröstlichen Worte am Sarge des Entschlafenen unsern besten Dank.

Martha Weilandt nebst Sohn. 130a

Innungs-Krankenkassener-Schuhmacher-Innung zu Berlin. Gemäß § 46 der Satzung machen wir hierdurch bekannt, daß der Vorstand sich wie folgt konstituiert hat:

Karl Eckstein, 1. Vorsitz: Arbeitgeber, Karl Blaffer, 2. Vorsitz: Arbeitnehmer, Helm. Schenk, 1. Schriftf., Heinrich Holzgrube, 2. Schriftf., E. Wilmann, Beisitzer, Arbeitgeber, E. Gage, Beisitzer, Arbeitnehmer, Karl Pallas, Schriftf., Karl Klingebrot, Schriftf., Berlin, den 10. Mai 1914.

Der Vorstand. Karl Eckstein, R. Schenk, Vorsitzender, Schriftföhrer.

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg. Nachdem das Versicherungsmittel die Wahl der Vorstandsmitglieder der Gruppe der Arbeitgeber durch Beschluß vom 23. April 1914 für ungültig erklärt hat, ist die Bornahme einer Neuwahl erforderlich. Diese Wahl wird in der am Montag, den 8. Juni 1914 im Schwarzen Adler, Hauptstr. 111, in der Zeit von 8-9 Uhr abends stattfinden. Die Wahlberechtigten sind durch besondere Briefe hierzu eingeladen worden. Die Wahlberechtigten müssen sich durch diese Einladung ausweisen. 27/13 H. Kratoch, Vorsitzender.

Feinfarbige Teppiche fraise, creme, blau, rot, ganz dickes, smyrnartiges Gewebe, von den echten Inderteppichen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 7,50 130x195 . . . 11,25 160x225 . . . 16,50 190x295 . . . 24,50 250x350 . . . 37,50 290x400 . . . 47,50 300x400 . . . 53,50

Passende Bett- und Pult-Teppiche Stek. M. 3,25, 4,50 u. 7,50. Nach auswärtig per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstraße 158. Spezial-Katalog mit bunten Teppichmustern 650 Abbildungen gratis u. franko. Frankoversand Waren v. 20 an

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. Bez. 183 I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gattin

Albert Kalms gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

Theodor Grape (Kaufler Straße 18) am 8. Mai an Lungenerkrankung gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Montag, den 11. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Verichstraße, statt. Ferner hat unser Mitglied, der Drechsler

Emil Zimmermann (Oranienstr. 66) am 6. Mai an Typhus. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 11. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung erwartet 118/3 Die Ortsverwaltung.

10. Abt. Bezirk 620. Am Freitag, den 8. Mai er., verstarb unser Genosse, der Schriftföhrer

Artur Albrecht Straßburger Str. 9. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Montag, den 11. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes in der Dolkaustraße 66 aus statt. Um rege Beteiligung erucht 227/12 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Adolf Walter Goldiner Straße 31 (Bezirk 2) verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 10. Mai, nachm. 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes in der Freudenwalder Straße aus statt. Um rege Beteiligung erucht Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Friedenau, Rheinstraße 9. Berlin-Friedenau, den 10. Mai 1914. Einladung zur ordentlichen Ausschusssitzung am Freitag, den 22. Mai d. J., abends 8 1/2 Uhr im Rassenhof, Rheinstraße 9, d. I. Tagesordnung: 1. Wahl des Ausschus-Vorsitzenden; 2. Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1913; 3. Festsetzung des Voranschlags für das Jahr 1914; 4. Beschlußfassung über die vom Vorstand aufgestellte Dienstordnung; 5. Verschiedenes. 27/16 H. Bauer, Vorsitzender.

Wanderkarten hält stets vorrätig Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Coblen)

Großer Preissturz 9 Pfd. Ia Schweinefleisch . . . M. 2,45 9 Pfd. Ia Holsteiner Holländer-Käse . . . 2,65 9 Pfd. Ia Thüringer Rohwurst . . . 4,70 9 Pfd. Ia Landfleisch . . . 4,95 9 Pfd. Ia geräuch. Rippenspeck . . . 4,75 9 Pfd. Ia Schweinebacken o. Knoch. M. 3,95 9 Pfd. Ia Ruter-Rauchfleisch o. Abfall 3,15 liefert in feinsten Qualität unter Nachb. Heinrich Krogmann, Norderl. (Holl.) Nr. 104

Görlitzer Viertel. Bezirk 158. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gürtler

Theodor Grape Kaufler Straße 18, gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Montag, den 11. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Verichstraße, statt.

Petersburger Viertel. Bez. 346 I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Ernst Rogge Weidenweg 42, gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung erucht 213/9 Der Vorstand.

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend. Den Mitgliedern die Trauerrachricht, daß unser Kollege

Bernhard Frommholz nach schwerem Leiden im 27. Lebensjahr verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Drehtaligleits-Kirchhofes, Mariendorfer, Eisenacher Straße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung erucht 28/8 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

Erich Wendt am 7. Mai sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefbeträbt an Die Familie Wendt Postener Straße. Die Beerdigung findet Montag, den 11. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Straus-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

R. v. M. 6.- an Petershagen 7 Min. v. Bahnh. Froedersdorf. Kostentfrei Auskunft beim Vertreter Puhle im Verkaufsvillan am Bahnh. Froedersdorf. Nieschulke & Nitsche Berlin, Neue Köningstr. 10. Exped.-Amt: Könlgt. 6276.

Feuerbestattung mit allem Zubehör u. Gebühren 105 Mark. Institut „Flamme“ Mantouffelftrasse 111. Broschüre gratis. Fernspr.: Moritzpl. 5522.

Verband der Gastwirtsgehilfen Bureau: Amt Norden, 1474. Berlin N. 24, Gr. Hamburger Str. 18/19. Arbeitsnachweis: Amt Norden, 1813.

Ortsverwaltung I für Kellner, Köche, Köchinnen, Büfettiers usw. Zur Legitimation sind die Mitglieder des Verbandes mit einer Mitgliedskarte versehen, die für das laufende Quartal von blauer Farbe ist und im Taschabend zur Ansicht ausliegt. Zur Beachtung diene, daß von Hirsch-Tandemher und Schriftlicher Organisation ähnliche Legitimationskarten verlangt werden; man lasse sich dadurch nicht täuschen. Im übrigen bitten wir die Partei- und Gewerkschaftsgehilfen, unseren Mitgliedskarten Beachtung zu schenken, da unser Vorhaben gegen den Kostwanz, an dessen Stelle eine Darentschädigung gefordert wird, erfolgreicher Unterföhrung bedarf.

In Freien Stunden Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentl. 1 Heft für 10 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Ernst Rogge im Alter von 54 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung erucht 87/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur

Eduard Dürr am 5. Mai im Alter von 29 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Nachruf. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Müßelpecker

Christian Jachmann am 6. Mai im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Bezirksverwaltung. 84/15

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Cäcilie Krug geb. Samol am 8. Mai im Alter von 42 Jahren sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefbeträbt an Paul Krug nebst Kindern. Die Beerdigung findet Montag, den 11. Mai, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause Kornweger Str. 6, am 19. Ufer von der Kapelle des St. Hippolyt-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45 nach dem städtischen Friedhof, Müllerstr. Ecke Seestr. statt.

Bad Reinerz Dr. Stern.

Ortsverwaltung II Abteilung für das Hüßpersonat: Portiers, Hausdiener, Zapfer, Desinfektionsgehilfen usw. Zur Legitimation sind die Mitglieder des Verbandes mit einer Mitgliedskarte versehen, die für das laufende Quartal von blauer Farbe ist und im Taschabend zur Ansicht ausliegt. Zur Beachtung diene, daß von Hirsch-Tandemher und Schriftlicher Organisation ähnliche Legitimationskarten verlangt werden; man lasse sich dadurch nicht täuschen. Im übrigen bitten wir die Partei- und Gewerkschaftsgehilfen, unseren Mitgliedskarten Beachtung zu schenken, da unser Vorhaben gegen den Kostwanz, an dessen Stelle eine Darentschädigung gefordert wird, erfolgreicher Unterföhrung bedarf.

Ortsverwaltung III Abteilung für Bierabzieher.

Fresche Neuheiten

zu außergewöhnlich billigen Preisen

Moderne Capes aus einfarbigen Tuchen u. modern karierter Stoffen
M. 19⁵⁰ 29,- 39⁵⁰ 48,- 66,-

Staub-Mäntel und Paletots aus Doppellin- und Mohair-Stoffen
M. 12⁵⁰ 15⁵⁰ 22⁵⁰ 29,- 34,-

Seid. Jacken aparte Fassons aus Meire, Eolienne, Kaschmir u. Taflet
M. 14⁵⁰ 21,- 27⁵⁰ 45,- 59,-

Sport-Paletots aus modernen Fantasiestoffen u. gerippt. Velvet
M. 11⁵⁰ 14⁵⁰ 18⁵⁰ 25⁵⁰ 38,-

Der neue **Covert-coat-Paletot**
in vielen modernen Fassons und Preislagen
Besonders Covert-coat-Paletots, moderne Glockenform mit Raglan-Aermeln M. **25.-**

Mod. Kostüme a. aparten neuesten Stoffen in vorzögl. Verarbeitung
M. 22⁵⁰ 29,- 42,- 56,- 78,-

Voile-Kleid mit reicher Relief-Stickerei, Valenciennes-Linens und Schürchen-Garnierung . . . M. 16⁵⁰
Musslinkleid reine Welle in modernem Punkteur mit Satin-Garnierung, Turtleneck . . . M. 14⁵⁰

Im Parterre unserer beiden Häuser: **Großer Blusen-Verkauf**
Damen-Pyjamas • Jupons • Morgenröcke

Illustr. Modenberichte kostenlos

Maaassen G.m. b.H.

Oranienstr. 165 • BERLIN • Leipzigerstr. 42.



Tuch-Cape
Fresche Form mit Capuchon u. Seidenkragen
M. 19⁵⁰

Genossenschaft Berl. Bandagisten
80 16. Köpenicker Str. 98 b
zwischen Neander- und Neue Jakobstraße)
Gegr. am 1. Juli 1907 von organisierten Bandagisten-Gehilfen.

Bruchbandagen, Leibbinden, Plattfüßeinlagen, Gummiwaren,
Artikel zur Krankenpflege u. dergl.

• • • Lieferung aller Krankenkassen Berlins und Vororte. • • •
des Verbandes der Hausarztvereine und der Konsum-Genossenschaft Berlins und Umgegend. 104/9*

Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.
Für Damen weibliche Bedienung.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger

Anzüge

Sommer-Paletots,
Bozener Mäntel,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u.
der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.
Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.
Tel. Amt Norden 1901. 102/1*

Garbáty

Cigaretten

für
Qualitätsraucher

Persil bleibt Persil

Der grosse Erfolg!
Das beste selbsttätige

Waschmittel für Weiss- und Wollwäsche!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der beliebtesten Henkel's Bleich-Soda.

Kein anderer Waschmittel erforderlich, da hierdurch die Wirkung beeinträchtigt und der Gebrauch verweigert wird.

Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

Reichstag.

253. Sitzung. Sonnabend, den 9. Mai, vormittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Falkenhahn.

Die Beratung des

Militär-Etats

wird fortgesetzt beim Kapitel Militärjustizverwaltung.

Abg. Kunert (Soz.):

General v. Langemann hat gestern behauptet, die Zahl der Soldatenmishandlungen habe abgenommen. Das ist ganz irrig. Die zur Aburteilung kommenden Fälle haben sich vermehrt, nicht aber die Mishandlungsfälle selbst. Das beweisen gerade auch die zahlreichen Fälle von Fahnenflucht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kern des Hebeles ist, daß eine besondere Militärgerichtsbarkeit existiert, die nach ganz anderen Gesetzen, nach ganz anderen Maßstäben und in ganz anderer Zusammenfassung urteilt, als die Zivilgerichtsbarkeit, und anderer Zusammenfassung urteilt, als die Zivilgerichtsbarkeit, und anderer Zusammenfassung urteilt, als die Zivilgerichtsbarkeit.

Man darf sich unter diesen Umständen nicht wundern, wenn der Kampf gegen die Soldatenmishandlungen, den der Reichstag seit Jahrzehnten führt, so lächerlich geringe Erfolge gezeitigt hat. Herr Erzberger trat nämlich hier als

Beiwichtigungshofrat

auf und meinte in Bezug auf die vom Reichstag bei der Beratung der Wehrvorlage angenommenen Resolutionen: man könne doch nicht erwarten, daß in neun Monaten eine volle Umgestaltung des Systems erreicht werde. Die Resolutionen gegen Soldatenmishandlungen sind doch nicht erst vor neun oder zehn Monaten angenommen worden. Ich erinnere daran, wie schon vor Jahren der Abg. Eröber eine Motion vor mir erweiterter Resolution durchsetzte, die die Vorlegung einer genauen Statistik über Zahl, Strafmaß und Verurteilungen für Soldatenmishandlungen verlangte. Selbst dieses doch wahrhaftig beschiedene Verlangen ist von der Militärverwaltung in der schändlichsten Weise unersüßlich gelassen. (Präsident Dr. Kaempf rügt den Ausdruck „schändlich“.)

Über die Reformbedürftigkeit des ganzen Militärstrafrechts existiert außerhalb eines kleinen Kreises militärischer Schornmacher keine Meinungsverschiedenheit. Trotzdem soll mit der Reform des Militärstrafrechts gewartet werden bis zur Reform des bürgerlichen Strafrechts und wir sollen uns zufrieden geben mit der kleinen Verbesserung, die infolge des Erfurter Schredensurteils erreicht worden ist. Auch das Beschwerderecht ist dringend reformbedürftig. Daß eine Beschwerde erst nach vollendetem Strafvolzug eingebracht werden darf, ist doch geradezu standlos. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An dem guten Willen der Herren Kriegsminister und der Soldatenmishandlungen zu beteiligen, zweifelt ich nicht. Aber man bestreife die Mishandlungen strenger und räume den Soldaten ein wirkliches Korwehrecht ein; dann wird man die Mishandlungen wirksam begegnen. Bei den Disziplinarstrafen ist der Militär Ankläger, Juge und Richter in einer Person, und dabei geht seine Disziplinbefugnis, durch die er auch die barbarische Strafe des strengen Arrests verhängen darf, weit über die der Offiziere anderer Länder, selbst Rußlands hinaus. — Daß die Vollstreckung dieser ungeheuerlichen Strafe die Gesundheit schädigen muß, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Ohne Licht, bei Wasser und Brot, ohne Arbeit, untätig durch den betreffenden Tage und Wochen hindringen. Der strenge Arrest kann auch, wie es bei der Marine üblich ist, in Fesselung und Knebelung umgewandelt werden. All das sind entehrende Strafen, entehrend nicht für den Bestraften, sondern für ehrende Strafen verhängt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der militärischen Kriminalstatistik sollte man das Motto vorsetzen: „Oh, welche Lust, Soldat zu sein!“ Wir wünschen, daß in diese Kriminalstatistik mehr hineingeleuchtet wird. Der Wehrdienst lehnt das aber ab, er wünscht auf diesem Gebiet kein helles Licht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es zeugt von unglaublich niedriger Gesinnung, dem deutschen Volke zuzumuten, auf die Dauer die ausnahmsweise gefesselte Militärjustiz aufrecht zu erhalten. Dazu gehört eine niedrigere und Gemeinenschädlichkeit der Gesinnung, die selber bei den amtlichen Organen der Regierung vorhanden ist. Das Verhalten der Regierung, die die Militärjustiz aufrechterhalten will, ist geradezu gemeingefährlich.

Vizepräsident Baasche

ruft den Redner für diese Aeußerung zur Ordnung.

Abg. Kunert (fortfahrend):

Ich halte es deshalb für meine Pflicht und die des Reichstags, dieser Infamie entgegenzutreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor v. Langemann:

Wenn fortwährend, wie es von dem Redner geschehen ist, die Ziffern unserer amtlichen Statistik als wertlos bezeichnet werden, welchen Wert hat es denn überhaupt, eine Statistik zu veranlassen? Die Reform des Militärstrafrechts darf nicht überreilt werden, denn das würde nur auf Kosten der Gesundheit geschehen. Die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit würde der Disziplinlosigkeit Vorschub leisten. Sämtliche Generalkommandos haben sich gegen die Abschaffung des strengen Arrests erklärt. Selbiges kommt, wie hier schon mehrfach ausgeführt worden ist, niemand in strengen Arrest, der nicht zuvor auf seinen Gesundheitszustand untersucht worden ist.

Abg. Weinhausen (Fortich. Sp.):

Bespricht den Fall eines Soldaten vom ostasiatischen Expeditionskorps, der zu einer leichten Gefängnisstrafe verurteilt wurde, von der er einen Teil absah, worauf er wegen schwerer Krankheit entlassen wurde. Neun Jahre sind seit der Entlassung des Mannes verstrichen und immer noch erhält der Mann alle Briefe, Zustellungen usw. von der Militärverwaltung unter der Adresse: „An den Militärgefangenen“. (Hört! hört! links.) Ich bitte um Mitteilung, ob es sich hierbei um ein allgemeines in solchen Fällen beobachtetes Verfahren handelt.

Kriegsminister v. Falkenhahn

erklärt, daß er auf das entschiedenste den Fall mißbilligt und für Abhilfe sorgen werde.

Abg. Kunert (Soz.):

Es ist unbegreiflich, wie ein gebildeter und unterrichteter Mann — und das ist doch der Generalmajor v. Langemann — und das ist doch der Generalmajor v. Langemann — die Auffassung vertreten kann, daß der strenge Arrest zweifelsohne — die Auffassung vertreten kann, daß der strenge Arrest nicht gesundheitschädlich ist. Die Wissenschaft steht auf einem anderen Standpunkt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Meißner (Soz.):

Stimmte hier im Reichstag über den Militärboykott gefaßt worden. Von der Militärverwaltung wurde auf die keineswegs nur von unserer Seite erhobenen Klagen immer geantwortet:

Der Boykott werde nicht aus politischen, sondern nur aus Gründen der Disziplin verhängt. (Sachen bei den Sozialdemokraten.) Mehrfach wurde dabei auf Sachien verwiesen und die Zustände in Sachien als geradezu ideal gegenüber den preussischen hingestellt. Leider muß ich diese Legende zerstreuen. Ich habe hier eine Liste von ein paar Hundert Lokalen und anderen Geschäften aller Art aus meinem Wahlkreis, über die der Boykott verhängt worden ist. Man hat rühmend hervorgehoben, daß in Sachien der Boykott meist nur für die Tage der betreffenden als sozialdemokratisch bezeichneten Versammlungen ausgehängt wird. Aber man stelle sich einmal vor, was für Schläge dieser Militärboykott auf 24 Stunden im Gefolge hat. Die halbtägige Sitzung eines Gewerkschaftsvorstandes, ein Konzert, das der Bildungsausschuss veranstaltet, das Auftreten der Lautensängerin Käthe Hyan: alles das genügt, um den Inhaber zu erlöchen, überall an allen Lokaleingängen das Plakat anzubringen: Bier- und zwanzig Stunden Militärverbot. (Vizepräsident Dr. Baasche bittet den Redner, sich möglichst kurz zu fassen, da bereits 49 Redner für die heutige Sitzung eingetragen sind.) Einige Fälle muß ich schon zur Illustration des Systems noch anführen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) Barbieri wurden boykottiert, weil sie ihrer Kundschaft wegen sozialdemokratische Zeitungen halten. Wenn ein Bürgermeister irgendeinen Geschäftsmann inkantieren will, dann sagt er für die Verhängung des Militärboykotts. Der Militärboykott ist schon verhängt worden, weil ein Wirt den Gemeindevorstand beleidigt habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es sind schon Lokale boykottiert worden, in denen gar keine sozialdemokratischen Versammlungen abgehalten wurden, bloß weil anzunehmen sei, daß die Mehrzahl der dort verkehrenden Gäste Sozialdemokraten sei. Es ist doch schließlich niemand an der Kasse abzusehen, ob er konjunktur oder sozialdemokratisch stimmt. (Heiterkeit.) Man sieht also, daß es oft die Zivilbehörden sind, von denen der Militärboykott ausgeht. (Lach des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Baasche:

Wenn Sie selbst sagen, daß die Boykottverhängung von den Zivilbehörden ausgeht, so ist das doch um so mehr ein Grund, die Angelegenheit beim Militärretat nicht so ausführlich zu behandeln.

Abg. Schmidt-Meißner (fortfahrend):

Einige Fälle muß ich aber doch zur Illustration auführen. Redner führt eine Reihe von Fällen an und fährt fort: Kriegsminister v. Geeringen sagte im vorigen Jahr, der Militärboykott wird verhängt wegen sozialdemokratischer Verkehr und Verkehrs von Zubehältern. In der Praxis wird aber ganz anders verfahren. Daß das Militärverbot mit der gefährdeten Disziplin nichts zu tun hat, geht auch daraus hervor, daß es in Orten verhängt wird, wo gar kein Militär steht. Es werden dann dort keine Kontrollversammlungen abgehalten. Die Wirtse weisen oft gar nicht, weswegen sie das Militärverbot bekommen. Auf ihre Anfrage werden sie von der Zivilbehörde an das Generalkommando gewiesen, von diesem wieder an die Zivilbehörde. Daß der

Militärboykott aus politischen Gründen

verhängt wird, wird hier Jahr für Jahr bestritten, trotzdem er offensichtlich Tatsache ist. Er trifft nicht uns, — die Bevölkerung Sachiens ist zum größten Teil sozialdemokratisch und die Wirtse müssen uns die Lokale geben, wenn sie nicht wirtschaftlich zugrunde gehen wollen. Der Militärboykott trifft die Sozialdemokraten, die meistens konjunktur sind. Mit welchem Gefühl werden diese Leute den Wehrbeitrag zahlen! Die Militärbehörde sollte den Boykott ganz fallen lassen; sie würde in den Augen jedes anständigen Menschen nur an Achtung gewinnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Militärbevollmächtigter General Leutnant v. Weisdorf:

Das Militärverbot wird nur im Interesse der Disziplin erlassen, die wirtschaftlichen Interessen des betreffenden Wirts werden dabei berücksichtigt. Im übrigen gehören die sehr lang vorgetragenen Beschwerden zum größten Teil zum Ressort des sächsischen Ministeriums des Innern.

Abg. Reil (Soz.):

beschwert sich über ein Militärverbot in Ludwigsburg, das verhängt wurde, weil ein Arbeitergefangener dort ein Fest veranstaltete. In der Begründung wurde der Verein sozialdemokratisch genannt und angeführt, daß aus disziplinären Gründen die Soldaten vor der Berührung mit Sozialdemokraten bewahrt werden müssen. Dann sollte man doch alle Sozialdemokraten vom Heere ausschließen. Will man die Disziplin haben, so sollte man für Befreiung der Mishandlungen, für Befreiung unsinniger Befehle durch Vorgesetzte, so behandle man den Soldaten als Mensch. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Mit der Handhabung des Militärboykotts geht man in Württemberg fast ebenso vor wie in Sachien.

Württembergischer Militärbevollmächtigter Generalmajor v. Gravenitz

sucht das Ludwigsburger Verbot zu rechtfertigen; ob der betreffende Verein ein sozialdemokratischer ist, untersucht nicht die Militärbehörde, sie muß sich da auf die Polizei verlassen.

Abg. Schöpfkin (Soz.):

Wir müssen es uns sehr entschieden verbitten, daß der sächsische Militärbevollmächtigte sich herausnimmt, die Länge unserer Reden zu kritisieren. Die lange wir sprechen, beurteilen wir, das geht ihn gar nichts an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von dem Kriegsminister möchte ich Auskunft haben, ob er mit den kommandierenden Generälen ein Einverständnis über eine mildere Handhabung des Militärverbotes herbeiführen will. Eine völlige Aufhebung wird ja nicht zu erreichen sein. Wie kommt man übrigens dazu, jeden Soldaten vor jeder Verührung mit einem Sozialdemokraten zu bewahren, nachdem erst jetzt wieder der oberste Kriegsherr einem Sozialdemokraten freundschaftlich die Hand geschüttelt hat, dem Zugführer nämlich, der ihn über den Gotthard gefahren hat. Unsere Beschwerden gehören nicht ins Ministerium des Innern, denn die Militärbehörde erläßt das Militärverbot. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

General Leutnant v. Weisdorf:

Gewiß; aber der Abg. Schmidt brachte auch andere Fälle vor. Auf seinen Wunsch habe ich ihn über einen Fall, den er hier vorgebracht hat, selbst informiert.

Abg. Schmidt-Meißner (Soz.):

Das stimmt nicht; im Gegenteil habe ich Ihnen im vorigen Jahr auf Ihren Wunsch das Material zur Einsicht überlassen. Das Militärverbot fallen zu lassen, liegt nur im Ansehen der Militärbehörde selbst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

General Wild v. Hohensborn:

Ich nehme gern zur Kenntnis, daß Herr Schöpfkin nur eine Milderung, nicht eine Aufhebung des Militärverbotes verlangt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das stimmt ja nicht! Eine milde Handhabung ist bereits eingetreten, eine weitere Milderung kann nicht in Aussicht gestellt werden.

General Leutnant v. Weisdorf:

Was ich gesagt habe in bezug auf die Informierung, entspricht den Tatsachen. (Abg. Schmidt-Meißner [Soz.]: Das ist nicht wahr.)

Abg. Schöpfkin (Soz.):

Daß ich das ausnahmsweise Militärverbot gänzlich beseitigt zu sehen wünsche, ist doch selbstverständlich. Die Handhabung ist nicht milde, sondern sehr rigoros; Konzessionen macht die Militärbehörde nur da, wo sie muß, nämlich in Orten, wo sie wegen der Stärke ihrer Bewegung sonst überhaupt kein Lokal bekommt. Bei einer Reihe von Statistiken werden zahlreiche Einzelwünsche geäußert.

Beim Titel Spielzeuge usw. ergreift das Wort

Abg. Zubeil (Soz.):

Fortgesetzt machen die Militärmusiker den Zivilmusikern eine Konkurrenz, die man eine lautere nicht nennen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ohne weiteres klar, daß mit den aus Mitteln der Steuerzahler besoldeten Militärmusikern die Zivilmusiker den Wettbewerb nicht aufnehmen können, daß sie fortwährend unterboten und Schritt für Schritt zurückgedrängt werden. Überall, bis zum Kino und zum Schmeiweischafsfest (Große Heiterkeit) drängt sich die Militärmusik heran. Es ist auch nicht wahr, daß die Militärverwaltung die ehrende Absicht hat, hier Wandel zu schaffen. Der Beweis dafür liegt auf der Hand. Zweifellos würde die Einführung eines Mindesttarifs immerhin eine beträchtliche Wendung zum Besseren bedeuten. Als nun aber Unterhandlungen darüber eingeleitet werden sollten, verweigerte das Berliner Generalkommando die Zuziehung eines Vertreters des Zentralverbandes der Zivilmusiker zu den Verhandlungen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Einzelheiten dieser Verhandlungen kann ich nicht eingehen. Allerdings nicht wegen der Geschäftsfrage des Hauses. Diese ist so günstig wie nie. Wir haben noch drei Wochen bis Pfingsten und könnten also diese wichtigen Dinge in aller Ruhe und mit der gebührenden Ausgiebigkeit behandeln, wenn nicht die Feriensehnsucht der Mitglieder wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Allerorts hört man von Stadt- und sonstigen Zivilkapellen, die sich auflösen müssen, weil die Militärkapellen billiger spielen. Eben wird erst wieder aus Kolberg gemeldet, daß die dortige Stadtgesellschaft sich auflösen muß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was aus den Zivilmusikern und ihren Familien wird, danach fragt kein Mann. Die Begünstigung der Militärmusik bedeutet geradezu eine Plünderung der Gassenhauerliteratur.

Es gibt ja auch Militärkapellmeister, die selbst komponieren, und außerdem auch Dichter. (Zorniger Zuruf des Abg. Schulz-Bromberg [Soz.]: Unerbötlich! Nun, ich will Ihnen einige Proben dieser „Dichtkunst“ geben:

„Ihr lieben kleinen Fingerchen,

Ich wick' euch um die Fingerchen —

(Stürmische Heiterkeit.) Oder

„Unter die Linden, unter die Linden,

Da komme ich, mein Schatz,

Ich werde dich dort finden,

Dicht am Pariser Platz.“

(Stürmische Heiterkeit.) Oder

„In der Nacht, in der Nacht,

meint Regardein,

da möchte ich gern bei dir sein.“

(Minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause.)

Dem Scherz wollen wir uns wieder zum Ernst wenden. Es ist wahrhaftig bitterster Ernst, daß durch die

schmutzige Konkurrenz

der amtlich geschätzten und begünstigten Militärmusiker Tausende von braven Familienältern heillos werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Gegenstück zum Elend der Zivilmusikern ist die gerichtlich festgestellte Tatsache, daß gewohnheitsmäßig 500 bis 2000 M. für die „Büchse“ bei Bewerbungen um freigewordene Militärkapellmeisterstellen bezahlt werden. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und vielleicht noch bezeichnender als diese Tatsache ist die Entscheidung des hiesigen Gerichts, daß der Empfang oder die Annahme von solchen Sammelgeldern kein militärisches Vergehen darstellt. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Widestens sollte doch der Reichstag sich dafür einsetzen, daß die Militärverwaltung ein paar Mindestwünsche der lächer um ihre Existenz ringenden Zivilmusikern erfüllt. Dazu gehört das Verbot des Spielens der Militärkapellen nach 12 Uhr nachts, Verbot des Spielens in einer Stärke von weniger als 15 Mann, des Auftretens bei Kinoproduktionen usw. Mit Erfüllung dieser Wünsche wäre wenigstens etwas erreicht. Wir werden im Laufe der nächsten Jahre mit bestimmten Anträgen kommen, um das Haus zu einer entschiedenen Stellungnahme zu nötigen. Damit wird man auch nicht wieder die Ausrede von der Geschäftsfrage gebrauchen können.

Sie (nach rechts), meine Herren, erklären doch immer für den nockelenden Mittelstand einzutreten. Hier haben Sie Gelegenheit, etwas für den Mittelstand zu tun und selbständige Existenzen vor Vernichtung durch unläutere Konkurrenz zu schützen. Wirten Sie mit und dahin, daß der unlautere Wettbewerb, den die Militär- der Zivilmusik macht, beseitigt oder doch wenigstens eingeschränkt wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor Wild v. Hohensborn:

Ein warmes Herz für die Zivilmusikern haben wir auch. Es sind auch bereits zahlreiche einflussreiche Bestimmungen erlassen, die Zahl der Köpfe der Musiker ist auch verringert worden. Weiter können wir nicht mehr gehen. Daß unter den Zivilmusikern große Not und Elend herrscht, ist richtig; aber davon ist nicht die schon sehr eingeschränkte Konkurrenz der Militärmusiker schuld, sondern es scheint eine gewisse Ueberproduktion an Musikern vorhanden zu sein. Einen Tarif und Frieden zwischen Militär- und Zivilmusikern wünschen auch wir; aber die letzten Verhandlungen scheiterten daran, daß unter den Zivilmusikern verschiedene Parteien waren, die sich nicht einigen konnten und wollten. (Abgeordneter Zubeil: Das stimmt nicht!) Nun ist auch bezweifelt worden, daß die Militärmusik ein Kulturfaktor sei. Daß nur Oratorien gespielt werden, kann schließlich kein Mensch verlangen. Herr Zubeil hat in formvollendeter Weise einige Gedichte vorgelesen. (Große Heiterkeit.) Das eine stammte von einer Hofnachtsfeier, und ich gebe zu, der Kulturfaktor ist dabei etwas unter den Tisch gefallen. (Heiterkeit.) Aber im Ernst kann doch nicht bezweifelt werden, daß die preussische und deutsche Militärmusik ein Kulturfaktor ist. Das zeigen ja auch die vielen Gesuche aus kleinen Städten um Militärkapellen. —

Sehr ernst ist der zur Sprache gebrachte Fall der Stellenvermittlung durch einen Kapellmeister. Es ist das zum ersten Male zu unserer Kenntnis gekommen und sofort eingegriffen worden; derartige darf sich nicht wiederholen. — Ich hoffe aber, daß Sie nichts gegen die Militärmusik beschließen werden. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Vonschab (3.):

Man muß verlangen, daß die Tarife der Militärmusiker denen der Zivilmusikern gleich sind. Die etatsmäßigen Stellen der Militärmusiker sollte man erhöhen; den lange gedienten Musikern sollte man eine Rangserhöhung zu teil werden lassen.

Abg. Günster (Sp.):

Ein generelles Verbot für die private Tätigkeit der Militärmusiker ist eine viel zu weit gehende Forderung. Es würde das geradezu zu einer Verödung des Musiklebens in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande führen. (Sehr richtig! bei den

Volkspartei.) Die Vorliebe für die Militärmusik ist weit verbreitet, bis in die Reihen der äußersten Linken. Im „Hofjäger“ habe ich selbst mit Herren der äußersten Linken bei Militärmusik gefessen, auch Herr Zubeil war dabei. (Weiterkeit.) Ich weiß nicht, ob er dort Material sammelte.

Abg. Zubeil (Soz.):

Wir wollen keine Befestigung der Militärmusik, wir wollen sie nur nicht da haben, wo sie nicht hingehört, sie soll nicht im Umkreis der Zivilmusikern Konkurrenz machen. Daß die Witte sie gern nehmen, erklärt sich daraus, daß sie dadurch die Beiträge zur Reichsversicherungsordnung sparen. Wenn die Musiker des Alexander-Regiments jeden Abend von 7 Uhr bis nach Mitternacht spielen, so geht daraus hervor, daß die Leute am Tage keinen Dienst machen; sonst würden sie abends nicht so frisch aussehcn. Würden Sie den Militärmusikern die Uniform ausziehen, so würden sie ihre Anziehungskraft auf das Publikum verlieren. Dann würde sich zeigen, wer wirklich Kulturarbeit verrichtet, die Militärmusik oder die Zivilmusik. Daß Städte um Militärmusikern petitionieren, erklärt sich daraus, daß sie billiger sind als die Zivilmusik; das hat sich deutlich bei Kolberg gezeigt. Gerade diese unlaute Konkurrenz der Militärmusik muß unterdrückt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

General Wild v. Hohenborn:

Aus Kolberg ist 1911 die Militärmusik zurückgezogen worden. Aber die Forderungen der Zivilmusikern steigen derart, daß die Stadt wieder um die Militärmusik bat, und dieser Witte wurde entsprochen. Daß in Berlin die Lage der Zivilmusik schlecht ist, liegt auch an der starken ausländischen Konkurrenz; die „Kulturzeitung“ schreibt, in Berlin ist eine Hochflut von Ausländern. (Abg. Zubeil: Auch eine Hochflut von Militärmusikern.)

Abg. Welzer (Z.) bittet nach Hechingen eine Garnison zu legen. General Wild von Hohenborn sagt wohlwollende Erwägung zu.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung. Sonnabend, den 9. Mai 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trost zu Solz.

Die Volksschule.

Abg. v. Ditfurth (L.):

Auf die geistige Rede des Abg. Reinert gehe ich nicht ein. Er hat zwei Stunden gesprochen, während wir alle die Arbeiten des Hauses fördern wollen. (Jurnale der Sozialdemokraten, die sich gegen diesen Vorwurf wehren.) Die Anträge zur Schulunterhaltung in Posen und Westpreußen wollen wir der Unterrichtscommission überweisen. Der Redner tabelte dann einen Schultat Kolbe oder so ähnlich, der das Lied „Heil Dir im Siegerkranz“ als nur zum Singen bestimmt, jedoch nicht als Aufsatzthema geeignet erklärt hat. Dagegen müßte im Interesse der Königstreue usw. flammender Protest erhoben werden. (Vorbauer: Weis! recht!) In der Schule muß mehr gutes Deutsch gelehrt werden; auch die Behörden müssen sich richtiger und verständlicher ausdrücken. Schließlich fordert der Redner Ausmerzung der Fremdwörter, vom Präsidenten hierbei an die Sache gemahnt.

Minister Dr. v. Trost zu Solz:

Die Bemühungen des Deutschen Sprachvereins finden bei den Behörden immer mehr Beachtung. Für manche Fremdwörter gibt es allerdings keine gute Verdeutschung. Den Seminarunterricht bin ich beschränkt, nicht nach der Breite, sondern nach der Tiefe zu verbessern. — Es war v. u. g. s. i. c. h. die Nationalökonomie als Aufsatzthema in einem Seminar zu geben und ihre poetische Form zu erörtern zu lassen; der dem Vorredner feststehende Bescheid ist aber ungewisslich Königstreue, Vaterlandsliebe und tüchtig. — In den Klagen des Abg. Ernst über den Schulinspektor Wasklow in Bromberg kann ich nichts sehen, denn der deswegen gegen Ernst eingeleitete Verleumdungsprozess schwebt noch. — Die gemeinschaftliche Erziehung beider Geschlechter fördere ich im allgemeinen nicht, aber wenn dadurch (in den unteren Klassen) das Schulsystem verbessert wird, so ist dagegen nichts einzuwenden. Schule und Elternhaus sollen in naher Beziehung stehen, das wird zum Segen der Schule sein. Die Gleichsetzung der Ferien der Volksschulen mit denen der Höheren in den Städten ist aus Rücksicht auf die Eltern erfolgt; auf dem Lande wird den örtlichen Interessen möglichst Rechnung getragen. Die Schulen sollen keine Burgengebäude, sondern hübsch und zweckmäßig sein. Die Staatsregierung wird darauf achten, wenn der richtige Zeitpunkt für die Einführung des Volksschulunterrichtsgesetzes in Posen und Westpreußen gekommen sein wird; sie ist bereit, auf der Grundlage des freikonserativen Antrags (Entlastung der Beamten, Geistlichen usw.) einer Lösung der Frage näherzutreten. Schließlich spricht der Minister dem Abg. v. Campe die Objektivität und Sachkenntnis gegenüber dem Landesverwaltungsgegenstand ab, dem Abg. v. Campe nachgeholt hatte, daß es die Recht der Verwaltung über die Schule vergrößere. Gegenüber einer Warnung des Abg. Ernst bemerke ich, daß ich sehr geneigt bin, an bewährten Traditionen festzuhalten, ohne jedoch berechtigten Fortschritten zu widerstehen. Vor allem halte ich fest an der bewährten preussischen Tradition, daß in der Volksschule Gotteshurch, Königstreue und Vaterlandsliebe gelehrt wird.

Abg. Dr. Heß (Z.):

schließt sich den Bemerkungen v. Campe über das Landesverwaltungsrecht an, das die Schule unter die zentralisierte Bürokratie stellen will. Dann greift der Redner wieder den Deutschen Lehrerverein an und fordert schließlich Verrechnung der als hauptamtliche Kreis- und Schulinspektoren angestellten katholischen Geistlichen.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen, für den auch das Zentrum stimmt. Hieran schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

in der von den Abgg. Pannicke (Sp.) und Dr. Friedberg (All.) dieser Debatte als Bruch einer ihnen vorher gegebenen Zusage und der Abmachungen der Parteien erklärt wird, wogegen sich der konservative Abg. v. Pappenheim wendet, der von Vizepräsident der Sozialdemokraten und Fortschrittler spricht. Der Präsident Graf v. Schwerin-Löwis greift in diese Debatte mit dem Hinweis darauf ein, daß die Geschäftsordnung von Jahr zu Jahr länger dauere und daß irgend etwas geschehen müsse, um die schwere Schädigung des Landes zu verhindern, die darin läge, wenn der Etat von beiden Häusern des Landtags nicht bis Pfingsten verabschiedet sei. Abg. Dr. Pannicke (Sp.) zollt dem Präsidenten Anerkennung für sein höchstens maßvolles Vorgehen, kündigt aber energischen Widerstand für den Fall an, daß man die ohnehin überlasteten Abgeordneten auch noch zu Abendstunden zwingen wollte.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Die langen Reden sind grade dadurch hervorgerufen, daß Sie immer wieder ein neues System einführen wollen. Mit Recht hat Dr. Pannicke dafür die Abschaffung der Scherensäge beantragt, woraufhin gemacht, die die Parteien veranlaßt, ihre Anträge als Anträge zum Etat zu stellen. Solange übrigens wir im Hause sind, ist bis zum 1. April ein Etat nie fertig geworden. (Große Heiterkeit rechts.) Dieses Lachen habe ich vorausgesehen. Sie sind wirklich auf die Leimrutze gebufft! Aber auch schon vor unserem Eintritt in dieses Haus ist der Etat nie rechtzeitig fertig geworden. Die Hauptschuld trägt die Regierung, die den Landtag zu spät einberuft. Die an den Arbeiten des Hauses teilnehmen-

den Abgeordneten haben infolge Faktions-, Kommissions- und Ausschuss-sitzungen eine sehr lange Arbeitszeit. Die Konservativen aber kommen nur, wenn Dietrich Hahn oder Dr. Roesicke tagelang Reden halten, die gar nicht zur Sache gehören. Die Diäten- (Hahn) und der leistungsfähigen Arbeit. (Weiterkeit.) Wenn aber über den Etat länger geredet wird, so deshalb, weil die Kritik wieder schärfer eintritt, weil sich das preussische Volk wieder mehr von diesem Haus lümmelt und ein vernünftiges Wahlrecht durchsetzen will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor einiger Zeit hat man angefangen, uns von der Beratung über die Geschäftsordnung auszuscheiden. Jetzt müssen sich auch schon die Nationalliberalen darüber beklagen. Als Herr v. Pappenheim vorhin von der Redebauer pro Kopf sprach und von der Linken gefragt wurde „pro Kopf?“, da sagte er darauf: „ja, womit reden Sie denn sonst?“. Ein solcher „Witz“ mag vielleicht in Ostpreußen das donnernde Gewitter aller Stühle hervorrufen (Weiterkeit links), aber rechnen Sie doch auch einmal nach, im Namen wievieler Wähler jeder Abgeordnete hier spricht! Natürlich haben die Vertreter der breiten Massen mehr Anlaß zum Reden, als diejenigen, die die Regierung an der Strippe haben! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Anträge über die Schulunterhaltungspflicht in Posen und Westpreußen gehen an die Subcommission.

Zu dem nun folgenden Kapitel Schulaufsicht fordern Anträge der Volkspartei und der Freikonserativen Ersetzung der nebenamtlichen durch die hauptamtliche Kreis- und Schulinspektion unter Berufung von Lehrern, während ein Zentrumsantrag sich gegen die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter wendet und die geistliche Schulaufsicht im weitesten Umfange wünscht.

Abg. Ditrich (Z.):

Der Liberalismus will religionslose Schulen, die Kirche aber ist nach dem Willen ihres Stifters die große Erzieherin aller Menschen, daraus ergibt sich ihr Recht auf die Schulaufsicht. Wir lehnen auch eine gemeinsame Erziehung beider Geschlechter entschieden ab.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (All.):

bestreitet ein Recht der Kirche auf die Schulaufsicht, das vielmehr die preussische Volksschule zurückzuführen würde.

Abg. Granc (Sp.):

gedenkt des verstorbenen Abg. Dr. Dakenberg, der sonst immer zu diesem Thema gedankenvolle Ausführungen gemacht hat, und bedauert dann, daß die Konservativen sich vom Zentrum ins Schlepptau nehmen lassen. Er tritt entschieden für die Befestigung der geistlichen Schulaufsicht ein.

Abg. v. Pappenheim (L.):

spielt auf den Vortragsberuf des Vorredners an und spricht von der sympathischen Selbstkenntnis mancher Geistlichen, daß sie sich nicht zur Schulaufsicht eignen. Entrüstet wendet er sich gegen den Vorwurf, daß die Konservativen sich vom Zentrum ins Schlepptau nehmen ließen. Ob geistliche Schulinspektoren werden sollen, ist eine reine Zweckmäßigkeitfrage. Wir lehnen die Anträge des Zentrums und der Fortschrittler ab.

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

wünscht eine Beschleunigung der Einführung der sachmännischen Schulaufsicht. Wir stimmen zunächst für den fortschrittlichen Antrag, eventuell für den freikonserativen. Allerdings soll man bewährte Geisteskräfte nicht mit rauher Hand aus ihrem Amt entfernen. Die Kirche hat keinen Rechtsanspruch auf die Schulaufsicht.

Abg. Dr. Liebkecht (Soz.):

Weder bei den Nationalliberalen noch bei den Freikonserativen sehen wir den ernstlichen Willen zum Kampf gegen die Schulverfassung, diese Parteien und selbst viele Fortschrittler betonen ja auch sonst immer den hohen Wert des Religionsunterrichts. Es handelt sich einfach darum, daß die Freikonserativen die Staatsraison und das Zentrum die Kirchenraison in der Schule herrschen lassen wollen. Herr v. Pappenheim erklärte, daß die Schulaufsicht die Lehrer auf dem rechten Wege erhalten solle, sie soll also ein Handbuch für die Lehrer sein und ist in diesem Sinn annehmbar. Es wird ja in Preußen jeder Mensch von der Bioge bis zum Grade von Vorgesetzten verfolgt, warum aber soll der Lehrer noch einen ganz speziellen Vorgesetzten und Inspektor haben? So wenig wie die Aufsicht über die Kommunalverwaltung den falschen Alexander verhäutet hat, so wenig kann die Schulaufsicht ähnliche Vorkommnisse unter den Lehrern verhüten! Ueberhaupt ist der Kampf der Nationalliberalen um die hauptamtliche Schulinspektion nur ein Kampf darum, ob der Inspektor ein Geistlicher mit oder ohne staatliche Approbation sein soll, denn auch die neuen hauptamtlichen Stellen werden fast ausschließlich wieder mit Geistlichen besetzt. (Hört! hört! links.) Der fortschrittliche Antrag könnte eine gewisse Besserung gegenüber dem jetzigen Zustand bedeuten, deshalb stimmen wir für ihn. Der Vorwurf des Abg. Graue gegen die Konservativen war ganz berechtigt. Das blau-schwarze Bündnis hat die Konservativen in ungemessen harte Abhängigkeit vom Zentrum gebracht. (Widerspruch bei den Konservativen.) Wie sind Sie bei der Vortragsanweisung zum Protokoll hingekommen? (Sehr wahr! links.)

Nun einen Einzelfall: Wegen irgendeiner burschikosen Rede-wendung hat irgendeiner geringfügigen Anlaß wurde ein höchst verdienstvoller Hauptlehrer Weber, der seit 23 Jahren in Weichensee, Provinz Sachsen, tätig war, von dem Schulinspektor rückwärtslos verfolgt und schließlich vor die Entscheidung gestellt, entweder in einen Waldort zu gehen, dessen Lehrerstelle seit einem Jahr ausgeschrieben war, ohne daß sich jemand meldete, oder die Schul-leitung an einen jüngeren Kollegen zu übergeben — also eine Degradierung! Weber regte sich über diese Behandlung furchtbar auf, erlitt einen Schlaganfall und starb daran. In dem Nachruf auf ihn spricht der Lehrerverein Strauburg von Weichensee unterliegen im Kampf gegen die geistliche Schulaufsicht (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und davon, daß er, wie der Verein an seinem Grabe befunde, ein prächtiger Lehrer und großer, aufrechter, seit seinem Ausscheiden aus dem Amte aber leider ein gebrochener Mann gewesen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einen ganz ähnlichen Nachruf erließ auch der Zentralvorstand des Pädagogik-Vereins für die Provinz Sachsen, und dies beweist wohl, welche Qualen die geistliche Schulaufsicht denjenigen Lehrern zufügt, denen es erst um ihren Beruf ist und die seine Bürde hochhalten! In früheren Jahren habe ich wiederholt über die völlige

Rechtslosigkeit der Bevölkern

gegenüber den Schulaufsichtsverfügungen gesprochen. Es liegt uns nun ein vom Herrenhaus bereits angenommenes Gesetz vor, das angebliche Abhilfe schaffen soll, das aber nur für Fragen der Schulunterhaltungspflicht, also für Geldfragen, das Verwaltungsverfahren einführt, während in Schulaufsichtssachen nur gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten die Revision an das Verwaltungsgericht zugelassen wird, das aber an die Verfügungen des Oberpräsidenten gebunden sein wird. Eine solche „Reform“ ist eine Verhöhnung des Bundes nach Rechtsgrundsätzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und auf die Provinz Posen soll selbst diese Scheinreform keine Anwendung finden!

In Schleswig, Prov. Sachsen, ist in der Fortbildungsschule eine politische Zeitschrift „Wir sind Deutschlands Jugend“, die etwa die Richtung des Jungdeutschlandbundes hat, als Lernmittel obligatorisch eingeführt worden und als sich einige Eltern weigerten, für ihre Söhne dieses Blatt zu abonnieren, wurden sie bestraft. (Vizepräsident Dr. v. Krause: Das gehört doch nicht zur Schulaufsicht!) Die Zeitschrift wurde auf Veranlassung der Regierung, Abteilung für Schulen und Schulsachen, also der Schulaufsichtsbehörde eingeführt. Das Amtsgericht bejaugte die Be-

strafungen, das Landgericht Halle hob sie auf, indem es ausführte, daß der Regierungspräsident zur Einführung einer solchen Zeitschrift als Lernmittel nicht berechtigt sei. (Vizepräsident Dr. v. Krause: Die Fortbildungsschulen gehören zum Handelsministerium und der Regierungspräsident gehört auch nicht zu diesem Etat.) Es war doch die Schulaufsichtsbehörde im Namen des Regierungspräsidenten tätig! Das Landgericht stellte ausdrücklich fest, daß die Zeitschrift politisch sei, literarisch aber auf niedriger Stufe stehe. In einer sehr widerspruchsvollen Entscheidung hat das Kammergericht jedoch die Freisprechung aufgehoben, das Landgericht mußte also verurteilen, brachte jedoch seinen Protest durch Verhängung der niedrigsten zulässigen Strafe von 1 W. zum Ausdruck. Es ist doch geradezu unerhört, eine vom Gericht als politisch erklärte und für literarisch und wissenschaftlich wertlos bezeichnete Zeitschrift als Lernmittel einzuführen. (Vizepräsident v. Krause ruft den Redner zur Sache.) Ich spreche doch über die politische Ausnutzung unserer Schulen mit Billigung der Schulaufsichtsbehörde! (Abg. v. Pappenheim (L.): Zur Sache!) So wie Sie zur Sache geredet haben, rede ich auch noch dazu, freilich. Sie dürfen sich ja alles herausnehmen! (Vizepräsident Dr. v. Krause: Diese Kritik des Präsidiums muß ich zurückweisen.) Die Schulaufsichtsbehörden hätten die Pflicht, gegen einen derartigen

politischen Mißbrauch der Schulen

einzuschreiten, sie denken aber nicht daran, wenn der Mißbrauch im Sinn der herrschenden Klassen getrieben wird; da darf schon die Jugend politisiert werden! (Vizepräsident Dr. v. Krause: Sie dürfen gewiß über diese politische Frage reden, aber nicht an dieser Stelle, ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Sache!) Ich bin bei der Sache und stelle fest, daß ich über ein Symptom geredet habe, welches die politische Ausnutzung unserer Schulen beweist und dieser Beweis scheint mir lückenlos geführt zu sein, trotz des Skandals der Rechten und der wiederholten Unterbrechung durch den Präsidenten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Sp.):

Wie oft werfen uns die Konservativen vor, daß wir uns im Schlepptau der Sozialdemokratie befänden. Es fällt uns aber gar nicht ein, deswegen das törende Pathos anzuschlagen, mit dem sich Abg. v. Pappenheim gegen eine sachlich gar nicht unberechtigte Behauptung des Abg. Graue gewandt hat. (Sehr gut! links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, die Anträge gehen an die Unterrichtscommission.

Montag 11 Uhr: Weiterberatung des Kulturbudgets. Schluß 5 Uhr.

Außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hielt gestern in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich in erster Reihe mit dem

Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen hatte. Den Vorsitz führte Staatsminister Freiherr v. Verlovich. Die Wichtigkeit des Themas und die von Professor Delbrück vertretene Rückständigkeit der Auffassung rechtfertigen einen ausführlichen Bericht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung

Koalitionsrecht für Arbeiter und Angestellte, sprach Professor Dr. Köster-Jena: Es herrscht gegenwärtig eine sozialpolitische Müdigkeit. Aber auf einem Gebiet der Sozialpolitik ist diese Müdigkeit nicht vorhanden, auf dem Gebiet des Koalitionsrechts. Auf der einen Seite ruft man nach mehr Freiheit für die Koalitionen und auf der anderen Seite ruft man nach weniger Koalitionszwang. Auf der einen Seite erwartet man eine Abschätzung des Wirtschaftslebens von einer Verhärtung zur Koalitionsfreiheit, auf der anderen Seite bekämpft man diese vergessene Freiheit mit Beschränkungen für Fortentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Man denkt immer nur an das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten und nicht an das Koalitionsrecht der Unternehmer, obgleich seine Rechtslage die gleiche ist wie die Rechtslage des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Aber die Machtstellung der Unternehmungsköalitionen ist eben eine andere. Und es ist auch nicht zu bestreiten, daß das Verhalten von Justiz und Verwaltung zu den Arbeitgeberverbänden durchaus anders ist wie das Verhalten zu den Koalitionen der Arbeiter und Angestellten. (Sehr richtig!) Auch wir beschäftigen uns daher ausschließlich mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten. Woher kommen die heftigen Kämpfe um dieses Koalitionsrecht in der gegenwärtigen Zeit? Die Kämpfe werden immer schärfer, ja, sie müssen immer schärfer werden. Das liegt einmal daran, daß die rechtliche Basis der Koalitionen der Arbeiter und Angestellten veraltet ist, und daran, daß das sittliche Fundament des Koalitionswesens, die Freiheit der Persönlichkeit, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Persönlichkeit und die Möglichkeit, außerhalb des Betriebes über sich selbst zu entscheiden, noch nicht überall bei uns anerkannt sind. Die rechtliche Regelung des Koalitionswesens in Deutschland ist nur provisorisch erfolgt. Gewaltige Umwälzungen haben sich vollzogen, ohne daß die provisorische Regelung des Koalitionsrechtes sich selber mit entwidelt hätte. Für die Landarbeiter und das Gefinde fehlt das Koalitionsrecht in den größten Teilen Deutschlands noch heute vollständig. Ich kann diesen Zustand auch deswegen als provisorisch bezeichnen, weil 1868 die preussische Regierung versucht hat, durch eine Vorlage beim Abgeordnetenhaus auch den Landarbeitern und dem Gefinde in Preußen das Koalitionsrecht zu geben.

Rechtlich die Vorgänge von 1868 haben eine Verabschiebung des Entwurfs verhindert, der dann nicht wieder auf der politischen Bühne erschienen ist.

Für das Koalitionsrecht des Gewerbes bilden die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung die Grundlage. Die Gewerbeordnung ist seit ihrem Bestehen 36 mal geändert worden; diese beiden Paragraphen aber sind nicht geändert worden, obwohl sie offensichtlich nur einen Uebergangscharakter tragen. Die deutschen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten umfassen heute fast 4 Millionen Mitglieder. Sie sind weit über die Grenzen Deutschlands hinaus vorbildlich geworden durch die Straffheit ihres Aufbaues, durch die Gewissenhaftigkeit ihrer Verwaltung, durch die unermüdete Tätigkeit in der Fürsorge für ihre Mitglieder, durch die Erziehung ihrer Mitglieder auch auf dem Gebiet der staatsbürgerlichen Erziehung. Sie haben die deutschen Arbeiter beherrscht vor dem Sozialismus, den wir in Frankreich sehen, sie haben das deutsche Gewerbe beherrscht vor dem Anflug der Sabotage und der direkten Aktion. Sie haben in Deutschland das beste Tarifwesen der Welt ausgebildet. Sie haben eine Kulturarbeit ersten Ranges geleistet und leisten sie, ohne daß ihnen jemand dafür dankt. Und trotzdem schweben sie rechtlich in der Luft, sie haben rechtlich schlechter als jeder kleine Verein oder Beranigungsverein. Sie werden von der Rechtsprechung — vorwiegend angeht — hart angefaßt. Denken Sie nur an die Versuche, diese Organisations der deutschen Arbeitererschaft unter den Gewerkschaftsparagraphen zu bringen. Sie werden von der Verwaltung schikaniert. Sie werden von den mächtigen Unternehmerverbänden verfolgt. Sie werden in ihrer Arbeit gehindert durch die künstliche Züchtung von gelben Gewerkschaften, über deren Größenscherzhaftigkeit sich streiten ließe, wenn sie überall ohne die Hilfe der Unternehmer entständen. (Sehr richtig!) Angesichts dieser Bedeutung der Koalitionen für unser ganzes Volks-, Wirtschafts- und Kulturlieben und dieser kühnen Stellung, die sie in der Rechtsprechung und der Verwaltung gegenüber der Unternehmerschaft tatsächlich haben, braucht man sich nicht zu wundern, wenn im Lager dieser

Wirtschaftlicher Wochenbericht.
Elektrizitätsindustrie und gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen.

Bei der Frage der Verstaatlichung der Berliner Elektrizitäts-Werke kann es sich unmöglich darum allein handeln, ob die Konsumenten von einem städtischen oder privaten Werk die elektrische Kraft um einige Pfennige billiger oder teurer erhalten werden.

Es ist bekannt, daß die junge, erst in den achtziger Jahren entstandene Elektrizitätsindustrie sich sehr rasch entwickelt hat, daß diese fruchtvolle Erweiterung des Umfangs begleitet wurde durch eine immer stärkere Konzentration des inneren Aufbaues.

Die Tatsache, daß die großen Elektrizitätskongerne (die sich auf die Produktion von elektrotechnischen Erzeugnissen werfen) auch die Gründung von Elektrizitätswerken in die Hand nehmen, erklärt sich daraus, daß das mit ihnen eng verbundene Bankkapital neben den Kommunen allein die Finanzierung der Werke in die Hand nehmen kann.

Für die großen Elektrizitätskongerne liegt ein weiterer Anreiz zum Erwerb oder zur Beherrschung von Elektrizitätswerken darin, daß die Lieferung von elektrischer Energie es gestattet, auch einen Einfluß auf die Konsumenten auszuüben.

Zuweilen müssen die von den großen Elektrizitätskongernen gegründeten Lieferungswerke auch als Träger zum Teil im Werte recht scharfer Effekten dienen.

Die Vorteile, die den großen Elektrizitätskongernen aus dem Besitz von Elektrizitätslieferungswerken entspringen, gehen auch dann zum großen Teil nicht verloren, wenn der Konzern den Betrieb des Werkes gemeinsam mit einer Kommunalverwaltung führen muß.

Von den bürgerlichen Vertretern der durch das Dreiklassenwahlrecht geschützten Gemeindeparlamente werden gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen empfohlen, weil sie angeblich billiger arbeiten und in ihnen die Erfahrungen der Privatunternehmungen verwertet werden können.

Der Betrieb des Kraftwerkes ist verhältnismäßig einfach. Er bedarf keines großen Personals; rasche Entscheidungen zur Aus-

nutzung der Konjunktur, wie sie beim Betrieb von Fabriken oder Handelsgeschäften erforderlich sind, kommen beim Betrieb elektrischer Unternehmungen weniger in Betracht.

Was endlich den Absatz der elektrischen Energie aus dem Kraftwerk betrifft, so stößt gerade die Ueberlastung dieses Teils des Unternehmens an eine Aktiengesellschaft auch dann auf Bedenken, wenn der Staat sich an der Aktiengesellschaft durch Uebernahme eines die Hälfte der Aktien überschreitenden Betrages beteiligen würde.

In diesen Sätzen der Denkschrift sind die Vorteile des reinen Regiebetriebes klar hervorgehoben: der Regiebetrieb arbeitet nicht teurer, sondern billiger. Er begegnet keinen technischen und kaufmännischen Schwierigkeiten, denn die Elektrizitätslieferung kann mit ziemlich gleichbleibendem Bedarf — und auch stabilen Einnahmen — rechnen.

Während die Gemeinden und Konsumenten also bei den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen schlechter fahren als bei dem öffentlichen Betrieb, bietet die genannte Unternehmensform den Elektrizitätskongernen große Vorteile. In erster Reihe steht dabei die Erleichterung der Kapitalbeschaffung. Ein Unternehmen an dem der Staat oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften beteiligt sind, genießt größeren Kredit als ein bloßes Privatunternehmen.

Von anderen Vorteilen, die den Privatunternehmungen aus der gleichzeitigen Beteiligung von öffentlichen Körperschaften erwachsen, sei noch erwähnt, daß z. B. die durch die Stromanlagen notwendig werdende Verlegung von Telegraphen- und Telefonleitungen nach dem Reichstelegraphenwege von der Telegraphenverwaltung kostenlos ausgeführt werden muß, wenn eine Kommune (als Wegeunterhaltungspflichtiger) an dem Elektrizitätsunternehmen beteiligt ist.

Ein Hauptvorteil für die beteiligten Elektrizitätskongerne liegt bei den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen aber wieder darin, daß dem beteiligten privaten Unternehmen die Lieferung der von dem Werk gebrauchten Maschinen, Leitungen für die vorbehaltene Einrichtung und für die dauernde Unterhaltung des Betriebes wiederholt die Zusicherung, daß die Mehrheit der Aktien und des Aufsichtsrates in den Händen der Kommune bleibt, schützt nicht davor, daß die privaten Beteiligten den Haupteinfluß ausüben.

Selbst die Zusicherung, daß die Mehrheit der Aktien und des Aufsichtsrates in den Händen der Kommune bleibt, schützt nicht davor, daß die privaten Beteiligten den Haupteinfluß ausüben.

Gewiß besteht die Möglichkeit, einige Schäden von vornherein auszuschließen und andere Bestimmungen in die Verträge zu bringen, die das gemischt-wirtschaftliche Unternehmen vorteilhafter erscheinen lassen, als den reinen Privatbetrieb. So enthalten einige Satzungen zugunsten der Angestellten Paragraphen, die sozialpolitisch wirksam werden können.

Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte neben der sonstigen Tätigkeit der Kommission eine Fülle von Arbeit, die durch das Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung bedingt war. Bei den neu gebildeten Krankenkassen herrschten zunächst eine Menge Unklarheiten, die manche Inzuträglichkeiten für die Mitglieder brachten.

Die Zentralkommission der Krankenkassen

veranfaßte am Freitag eine Versammlung der Vorstände der Verwaltungsbeamten, durch die 80 Krankenkassen vertreten waren. Simanowski erläuterte den

Zusammenhang der Zentralkommission.

Der neuen Reichsversicherungsordnung bedingt war. Bei den neu gebildeten Krankenkassen herrschten zunächst eine Menge Unklarheiten, die manche Inzuträglichkeiten für die Mitglieder brachten. Ganz besonders war das bei der Ortskrankenkasse für Niederbarnim der Fall. In Berlin hat sich die Umwandlung in die neuen Verhältnisse im allgemeinen ohne Störung vollzogen.

Die Versammlung hatte gegen die Tätigkeit der Zentralkommission nichts einzuwenden.

Neben die

Heilanstalt und das Röntgeninstitut der Zentralkommission

Berichte Dr. Kaiserling: Die Anstalt besteht drei Jahre. Sie bewegt sich in bewährten Bahnen. Die mediko-mechanische und hydrotherapeutische Abteilung ist im Geschäftsjahre von 6046 Personen in Anspruch genommen worden.

Geheimrat Professor Dr. Brieger bemerkte: Die Anstalt sei kürzlich in der Budgetkommission, als die Frage der Errichtung eines Lehrstuhls für Hydrotherapie behandelt wurde, als eine Musteranstalt bezeichnet worden.

Im Anschluß an die Berichte der Ärzte teilte Simanowski mit, daß die Ausgaben für das Röntgeninstitut die Einnahmen bedeutend übersteigen. Es wird sich deshalb eine kleine Erhöhung der Preise für Röntgenaufnahmen notwendig machen.

Nachdem auch dieser Teil des Berichts erledigt war, teilte Simanowski mit, daß die Zentralkommission beim Handelsminister beantragt hat, er möge ihr die in

§ 407 der Reichsversicherungsordnung

angegebenen Befugnisse erteilen. Der Handelsminister hat das abgelehnt mit der Begründung, es müsse grundsätzlich daran festgehalten werden, daß sich die Krankenkassen, wo es angängig ist, zu Verbänden, aber nicht zu Vereinigungen der gedachten Art zusammenschließen.

Die Zentralkommission steht auf dem Standpunkt, daß es nicht im Interesse der Krankenkassen liegt, einen Verband zu bilden, da ihnen die gegenwärtige Form des losen Zusammenhanges durch die Zentralkommission weit mehr Vorteile bietet als ein Verband im Sinne der §§ 406-418.

Die Versammlung beschloß einstimmig, daß die Krankenkassen Berlins und der Vororte an ihrem Zusammenschluß durch die Zentralkommission nach wie vor festhalten.

Die Kommission hat eine Änderung ihrer Satzungen vorgelegt, wodurch jedoch grundsätzliche Änderungen des bestehenden Zustandes nicht herbeigeführt werden. Der Entwurf wird von den Kassenvorständen beraten und einer Versammlung am 22. Mai zur Beschlußfassung vorgelegt.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Meistersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Carmen. Dienstag: Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Cavalleria rusticana. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Samstag: Die Fledermaus. Sonntag: Der Rosenkavalier. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Der Günstling. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Der Strenge. Dienstag: Peter Gant. (Anfang 7 Uhr.) Mittwoch: Die Luftschiffahrt. Donnerstag: Die Venus mit dem Papagei. Freitag: Peter Gant. (Anfang 7 Uhr.) Samstag: Wilhelm Tell. Sonntag: Peter Gant. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Die Journalisten. (Anfang 7 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Der Kaufmann von Venedig. Mittwoch: Das ihr wollt. Donnerstag: Romeo und Julia. Freitag: Was ihr wollt. Samstag: Die Fledermaus. Sonntag: Der Günstling.
Kammerspiele. Sonntag und Montag: Der Enob. Dienstag: Bürger Schappel. Mittwoch: Scheiterhaufen. Donnerstag: Wetterleuchten. Freitag: Scheiterhaufen. Samstag: Der Enob. Sonntag: Wetterleuchten.
Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Professor Bernhardt. Abendlich 8 Uhr: Die einst im Reich.
Theater in der Königsgraben Straße. Abendlich 8 Uhr: Dr. Wu.
Deutsches Künstler-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Überwältigte. Abends: Schneider Bibbel. Montag: Erziehung zur Liebe. Dienstag: Kitzmoor. Donnerstag: Schneider Bibbel. Freitag: Der Hund der Cabinenrinnen. Samstag, Sonntag, Montag: Schneider Bibbel.
Römisches Haus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die fünf Fronknechte. Abendlich: Kammermusik. (Anfang 8 Uhr.)
Theater an der Weidenbaumstraße. Sonntagnachmittag 3 Uhr und abendlich: Der müde Theodor. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Deutsches Opernhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Figaro's Hochzeit. Abends: Der Troubadour. Montag: Parsifal. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Die Meistersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Mittwoch: Das Rheingold. Donnerstag: Die Königin von Saba. Freitag: Das Rheingold. Samstag: Parsifal. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Das Rheingold. Montag: Die Meistersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)
Schauspielhaus. Abendlich 8 Uhr: Die spanische Flöte. Theater des Westens. Abendlich: Colombine. (Anfang 8 Uhr.) Thalia-Theater. Abendlich: Wenn der Frühling kommt. (Anfang 8 Uhr.)
Reigen-Theater. Abendlich: Ein Bolzer von Chopin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Trianon-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr und abendlich 8 Uhr: Die Koldbilde.
Kleines Theater. Sonntag, Montag: Mars großes Herz. Dienstag: Nesten Geber. Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Mars großes Herz. Samstag: Nesten Geber. Sonntag, Montag: Mars großes Herz.
Schauspielhaus O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Geißel in Geißel. Abends: Nellenwals. Montag: Wenn wir allein. Liebe, Lottechen

Schürdig, Dienstag: Jugendfreunde. Mittwoch: Die beiden Leonoren. Donnerstag: Das große Licht. Freitag: Heiligenwald. Sonnabend: Das große Licht. Sonntag: Die Wäldchenbauer. Montag: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Rosenmontag. Abends: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. Montag: Des Meeres und der Liebe Wellen. Dienstag: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. Mittwoch: Ich dem, der liegt. Donnerstag: Klein-Eva. Freitag: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. Sonnabend, Sonntag: Klein-Eva. Montag: Heiligenwald. (Anfang 8 Uhr.)

Wallhalla-Theater. Abends 8 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Duisen-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Dollarprinzessin. Abends: Ein seltsamer Fall. Sonnabend: Die Frau vom Meer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Volks-Theater. (Neue Freie Volksbühne.) Sonntagnachmittag 3 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Abends: Maria Friedhammer. Montag: Charles Lanté. Dienstag: Die Hausbesitzer. Mittwoch: Maria Friedhammer. Donnerstag: Die Hausbesitzer. Sonnabend: Frau Warrens Gewerbe. Sonntag: Maria Friedhammer. Montag: Frau Warrens Gewerbe. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 1/2 Uhr: Die Schiller-Oper.

Montis Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Jung-England. (Anfang 8 Uhr.)

Reise-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Tochter des Heimgekehrten. Sonntagabend, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag: Die Kino-Königin. Montag: Philippine Decker. (Anfang 7 1/2 Uhr.) (Anfang 8 Uhr.)

Theater am Kollendorfsplatz. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ophéus in der Unterwelt. Abends 8 Uhr: Der Juxbaron.

Metropol. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ein Blümmel. Abends: Die Welt um die Welt in 40 Tagen. (Anfang 7.55 Uhr.)

Polka. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Otto Reutter. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr und abends: Steffiner Säger. (Anfang 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.)

Gebr. Herrnsfeld-Theater. Abends: Ein Reinfall. Gest. 11. Abends: (Anfang 8 Uhr.)

Admiralspalast. Am Langgub. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Berliner Eisballet. Eisballet: Amos auf Urlaub. (Anf. 9 Uhr.)

Palast am Zoo. Das Mirakel. (Anf. 8 Uhr, Sonntag 8 Uhr.)

Eines Kollendorfs-Theater. Histoire d'un Pierrot. (6 1/2 und 9 Uhr.)

Urania-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Mit dem „Imperator“ nach New York. Abends: Zum Hörsen der Jungfrau. (Anfang 8 Uhr.)

Ballage-Theater. Abends 8 Uhr: Kino-Parade.

Kaffee-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Krubdens Sommerreise. Abends: Wo die Liebe hinfällt. (Anfang 8 Uhr.)

Folies Caprice. Abends: Der Luftturner. Das Rarmidel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Virtus Circus. Abends: Das Mirakel. (Anfang 8 Uhr.)

Marktpreise von Berlin am 8. Mai 1914, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. Weizen (mitgeb.), Roggen 00/00—00/00, Domou 0,00—0,00. Weizen (runder), gute Sorte 15,10—15,30. Weizen 5,00. Gerst 7,30—8,30.

Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Speisebohnen, weiße 35,00—36,00. Linsen 40,00—42,00. Kartoffeln (Reinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 0,00—0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Hammelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,30—2,20. Hühner 1,60—3,30. Gänse 1,00—3,40. Gänse 1,40—2,80. Enten 1,00—2,90. Schafe 1,40—3,30. Steir 0,80—1,00. 60 Stück Rebhühner 3,00—24,00.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister

Wir betreten direkt an Privats als Spezialität: **gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen** in erstklassiger Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen.

10 Jahre Garantie. Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 326, 428, 532, 640, 814, 992, 1088 bis 3500. Beste Verarbeitung. Speisezimmer: M. 298, 333, 426, 505, 622, 781 bis 4000. Wohnsalons: M. 242, 369, 429, 543, 738, 850 bis 2500. Herrenzimmer: M. 209, 328, 487, 550, 627, 752 bis 3000. Neuzelt. Küchen: M. 51, 58, 75, 93, 125, 169, 249, 450. Ständiges Lager von ca. 500 Einrichtungen. Enorme Auswahl bis zum Ausverkauften. Illust. Katalog m. Befreiungsbefreiung gratis. Frankfurter durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude. Bis 150 km durch eigene Möbelautos. Einzelverkauf.

Albert Gleiser G.M.B.H. Berlin C. 33 Alexanderplatz Alexanderstrasse 42

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volksbühne.
Sonntag, den 10. Mai, nachm. 3 Uhr:
Schiller-Theater O.: Geschäft ist Geschäft.
Künstler-Theater: Der Biberpelz.
Reisinger-Theater: Professor Bernhardt.
Kollendorfsplatz-Theater: Operette: Ophéus in der Unterwelt.

Neue Freie Volksbühne.
Sonntag, 10. Mai 1914, nachm. 3 1/2 Uhr:
Deutsches Theater: Emilia Galotti.
Kammertheater: Die Fingerringe von Berg- u. Baum.
Nachm. 3 Uhr:
Neues Volks-Theater: Frau Warrens Gewerbe.
Deutsches Opernhaus: Fingerringe.
Schiller-Theater Charlottenburg: Rosenmontag.
Wallhalla-Theater: Vater und Sohn.
Metropol-Theater: Ein Blümmel.
Berliner Theater: Große Kapellen.
Montis Operetten-Theater: Die Fledermaus.
Trianon-Theater: Die Notbrücke.
Theater in der Königgrätzer Straße: Das Lebensfest.
Abends 8 Uhr:
Neues Volks-Theater: Maria Friedhammer.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Mit dem „Imperator“ nach New York.
8 Uhr:
Zum Hochflur d. Jungfrau.
Montag 8 Uhr:
Zum Hochflur d. Jungfrau.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: Heute 50 Pf.
Aquarium: 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Neu! Neu! AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Zirkus Busch
Gastspiel des Deutschen Theaters
Direktion: Max Reinhardt.
Das Mirakel
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1—10 M.

Kochkunstausstellung
„Die Küche im Mai“
Heute:
Konditorei, Gelees, Torten und Kuchen.
Täglich 10—9 Uhr. . . Eintritt 1 Mark. . . Konzert 4—8 Uhr.

Clou

Schloß Weißensee
Welt-Etablissement.
Heute Sonntag, den 10. Mai 1914:
Gr. Eröffnungs-Konzert
ausgeführt von dem Neuen Orchester unter Leitung des Herrn Direktors Friedrich Römmling.
Entree 30 Pf. Kinder unter 14 Jahren in Begleitung der Eltern frei.

Jeden Donnerstag: **FREITANZ.** Nach dem 1. Juni jeden Dienstag: **Leipziger Sänger.**
Bestgepflegte Biere. Weine erster Firmen.
Gute Küche.
— Beste Fahrverbindung von allen Richtungen. —
Zu regem Besuch ladet ergebenst ein
Johannes Schilling.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Die Förster-Chrißl.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 192.
Nachm. 3 Uhr (Halbe Weile):
Die Tochter des Heimgekehrten.
Abends 8 Uhr, zum ersten Male:
Die Kino-Königin.

Volgt-Theater
Badstraße 38.
Sonntag, 10. Mai 1914, nachm. 3 Uhr:
Der Holze Heinrich.
Abends 7 Uhr:
Prinz und Bettlerin.

Passage-Panoptikum.
Lebend:
Die letzten weiblichen Azteken!
Der unfesselbare Rappo, der König der Ausbrecher. Aga, die schwabende Jungfrau. Buddha Geisterhafte.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Metropol-Theater.
Nachmittags 3 Uhr: Ein Blümmel.
Abends 7 1/2 Uhr 55 präzis:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Reichshallen-Theater.
Steffiner Säger.
Herr Direktor Kublicke
Zurückste von Regel.
Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.

Luna-Park
Täglich großes Doppel-Konzert.
= Neue Attraktionen. =
Wirtschaftsbetrieb: Bernhard Hoffmann.
Entree 50 Pf.

Erste Variété-Ausstellung
Ausstellungshallen am Zoo

EVA
ERSTE VARIÉTÉ AUSSTELLUNG
BERLIN: 9-24 MAI 1914
AUSSTELLUNGSMALLE AM ZOO

Geöffnet 11 Uhr vorm. bis 11 Uhr abends
Eintritt M. 1.— ohne Sonder-Entrée

Täglich ununterbrochene Vorstellungen auf 5 Bühnen von 3 Uhr nachm. bis 11 Uhr abds.

Schiller-Theater O. Wäldchen-Theater.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heiligenwald.
Montag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. (Gierauf: Liebe, Nachher: Lotichens Geburtstag.)

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Rosenmontag.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (1. Teil).
Montag, abends 8 Uhr:
Des Meeres und der Liebe Wellen.

Theater am Kollendorfsplatz 5.
3 Uhr: Ophéus in der Unterwelt.
8 Uhr: **Der Juxbaron.**

Deutsches Künstlertheater
Theater-Societät.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Kollendorfsplatz 1583.
Sonntag 3 Uhr: Der Biberpelz.
8 : **Schneider Wibbel**
Montag 8 Uhr:
Erziehung zur Liebe.

Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermuff“.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater an der Weidendammerbrücke.
Heute 3 (keine Preise) und 8 1/2 Uhr.
Unde 10 1/2 : **Der müde Theodor**
mit Henry Bender als Gast.
Residenz-Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sin Walzer von Chopin.
Schmerz in 3 Akten von Henri Rezac und Albert Barré.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Brauerei Friedrichshain.
Sonnabend, den 10. Mai 1914, abends 8 Uhr:
III. Sinfonie-Konzert.
Ausführende:
Blüthner-Orchester, Dir. Erich Ochs,
und der **Berliner Liederkreis.**
Solisten: **Therese Gindra, Gesang.**
Felix Robert Mendelssohn, Cello-Virtuose.
Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 30 Pf.

Emil Büttners Festsäle
N 37, Schwedter Str. 23/24. Tel. Nord No. 33.
Säle von 100 bis 400 Personen mit Bühne empfehle zu Versammlungen u. Festlichkeiten unter kulanten Bedingungen.
Prachtvoller Naturgarten mit Bühne.
Zwei verdeckte Kegelbahnen.
Jeden Donnerstag:
Soirée der beliebten **Paul Mantheys Lustigen Säger.**
Sonnabends Auftreten der berühmten **Hoffmanns Säger.**

Mentes Volksgarten
Berlin, an der Landsberger Allee, Röderstr. 28/29

Heute Sonntag sowie jeden Sonntag:
□ Gr. Konzert □ Spezialitäten □ Ball □
Stille Gewerkschaften, Vereinen Konzert. Spezialitäten an allen Tagen, auch Sonntags, bei Abhaltung von Festen selbständiges Programm gratis!
Anschneiden! Bereiter dieses Getränk erhalten an der Kasse 4 verleierte Plätze gratis!
Kaffeehäuser, Volksbelustigungen, 3 Bühnen, 20 000 Sitzplätze.

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
3 1/2 und 8 Uhr:
Otto Reutter
u. das große Mai-Variétéprogramm.
Nachmittags kleine Preise.
Rauchen gestattet!

Casino-Theater
Lötzhofstraße 37. Täglich 8 Uhr.
Litke Carlsen in „Der Glückspilz“.
Juana, 3 Tauberts, Mile, Lolitta.
Gierzu der große Lustspiel-Schlager
Wo die Liebe hinfällt.
Ehrwürdiger Nachfolger.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Rajah
in ihren Tannen
Johnson u. Dean Jeannette Denarber
Ragtime mit ihrem
Sextett Ballon
und eine Anzahl
hervorragender Kunstkräfte!
Entreeplatz wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Walhalla-Theater
Weißbergweg 19/20.
Gastspiel des Operetten-Ensembles v. Hofe-Theater. Direkt. Bernhard Hofe.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Neue Welt
Arnold Scholz, Polenstraße 108/114.
Heute Sonntag:
Großes Extra-Konzert u. Variété-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Im Riesen-Hesshaus:
= **Großer Ball.** =

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die Novität **„Im Tangoklub“**
und zum 251. Male das effektvolle Eisballett **„Die lustige Puppe“.** Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.

Alhambra
Wäldchen-Theater-Straße 15.
Jeden Sonntag:
Großer Ball.
Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr.
A. Zameltat.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Luftturner.
Das Karnikel.
Das Erdbeben.
Berliner Prater-Theater
Rastanien-Wiese 7/9.
Während der Woche
jeden Sonntag:
Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Im Saale: **Großer Ball.**

Elysium
Landsberger Allee 40/41.
Heute sowie täglich:
Vorstellung, Konzert, Ball.
Anfang 3 Uhr. Entree 10 Pf.
Kais! Sonnabende für Vereine frei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 12. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Volksversammlungen

in den Lokalen „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75 und „Andreas-Festsäle“, Andreasstr. 21.

Ist Kindererziehung Kulturarbeit?

Referentinnen Genossinnen **Martha Demming** und **Emma Döltz**.
Diskussion.

Der Einberufer: **P. Hoffmann**, Königsberger Straße 28.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. politische Versammlung

in den „Germania-Sälen“, Chausseest. 110.

Tagesordnung:

1. „Militarismus und Arbeiterklasse“.
2. Diskussion.

Referentin: Genossin **Rosa Luxemburg**.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen.

Der Einberufer: **Friedrich Stäffler**, Panikstr. 65.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Kmit Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 11. Mai 1914:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden:** Pharussäle, Wälderstr. 142, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen **H. Breitscheid**.
- Norden:** Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen **W. Siering**.
- Norden:** Ballschmieders Festsäle, Badstr. 16, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen **Gustav Link**.
- Moabit:** Frachtsäle Nordwest, Wickestr. 24, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Brey**.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Rosenthalstr. 3, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen **Dr. Borchardt** über „Machtmittel und andere Straßungen“.
- Tegel:** Müllers Festsäle, Berliner Str. 81, abends 6 Uhr.
- Westen und Schöneberg:** Vereinshaus, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen **Max Horn**.
- Osten:** Comeniusäle, Wenzler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag über „Jugendbeschäftigung“.
- Lichtenberg:** Restaurant Kurkowiak, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen **Gustav Scharf**.
- Stralau-Rummelsburg:** Café Bellevue, Hauptstraße 3, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen **Alfred John** über „Technische Umwälzungen“.
- Weißensee:** Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
- Südenbezirke:** Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 4), abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen **Erwin Neumann** über „Die Maschine im Wirtschaftsleben“.
- Neukölln:** Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen **Wilhelm Patzel**.
- Steglitz:** Schellhases Festsäle, Hübnerstr. 15a, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen:** Restaurant Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 71, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen **Tarnow** über „Die Geschichte der Koalitionsverfolgungen“.
- Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.:** Restaurant George, Oberschöneweide, Wilhelmstr. 44a, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen **Fritz Carl**.
- Spandau:** Restaurant Dertz, Spandau, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Dienstag, den 12. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der in den Buchstabenbetrieben beschäftigten Klempner

in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstraße 21.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Zahlreiches Erscheinen erwartet!

Die Ortsverwaltung.

Innungs-Krankenkasse

der Schuhmacher - Innung zu Berlin.

Bekanntmachung.

Bei der am 29. April 1914 stattgefundenen Wahl der Arbeiter zum Vorstand wurden 15 Stimmen abgegeben. Derselben entfielen auf Liste I 4 und auf Liste II 11 Stimmen. Es sind somit gewählt: von Liste I als ordentliches Vorstandsmitglied Herr **Jacob Ege**, Hohlstraße 31

als Ersatzmänner die Herren:
1. **H. Buchs**, Bellermannstraße 15
2. **D. Feldmann**, Brunnenstraße 17.
Von Liste II als ordentliche Vorstandsmitglieder die Herren:
1. **H. Wilmann**, Brunnengasse 42
2. **E. Osterlein**, Alt-Moabit 183

als Ersatzmänner die Herren:
1. **H. D. Schmidt**, Französischer 59
2. **H. Hohmann**, Blumenstraße 99
3. **Heidenreich**, Kaiserstraße 13
4. **H. Oster**, Calowstraße 1

Einträge gegen die Gültigkeit der Wahl sind bis zum 30. Mai 1914 beim Kassenvorstande oder dem Versicherungsausschusse einzureichen.

Von den Versicherten gelten als ordentliche Vorstandsmitglieder die Herren:
1. **H. Burger**, Bienenstraße 14
2. **H. Schenck**, Kommandantenstr. 35
3. **H. Waffert**, Stallweidenstr. 47
4. **H. Holzgrube**, Stallweidenstr. 62
5. **H. Dally**, Engelauer 14/15, v. d. 8
6. **H. Angelwitt**, Beustelstraße 84

Als Ersatzmänner die Herren:
1. **G. Walter**, Glatzer Str. 25a.
2. **Kob. Hörs**, Schiffbauerdamm 13, Hof II.
3. **Hr. Junf.** Wäldchen, Junfstr. 31.
4. **Hr. Schöninger**, Berlin, Bogenstraße 45.
5. **H. Straube**, Lichtenberg, Grünbergstraße 4.
6. **H. Heier**, Panfote, Odeonsstr. 18.
7. **H. Berner**, Berlin, Glatzer Str. 47, bei Zerkeln.
8. **Hr. Gebhe**, Berlin, Glatzer Str. 47, bei Zerkeln.
9. **Eilo Boltmann**, Kreslowstr. 51.
10. **H. Haml**, Luisenstr. 65, bei Gobrecht.
11. **Thomasheid**, Marienstr. 6.
12. **H. Lehaha**, Drantienstr. 100, Berlin, den 10. Mai 1914.

Der Vorstand.

Jacob Ege, Vorsitzender.
H. Schenck, Schriftführer.

Kartoffel-Flocken

sind gedämpfte, getrocknete Kartoffelstücken, bestes Futter für Geflügel, Klein- u. Großvieh, von 1/2, 3/4, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Kaulsdorf

Stadt- u. Verortl. 20-Pf.-Teur 12 neu erschlossen 12 bis 25 Minuten vom Bahnh. Q.-R. von M. 12.- an Anknüpfung bei W. Lehmann, Lichtenberg, Leopoldstr. 2. Sonntags auf dem Gelände, Nieschalle & Nitsche, Berlin NO, Neue Köpenicker Str. 16 Fernspr. Kyst 6316.

Achtung!

Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter!

Sie wissen ausdrücklich daran hin, daß am Montag, den 11. Mai d. J., abends 6 1/2 Uhr, in den „Kammerfälen“, Zeltower Str. 1,

die Ersatzwahlen zum Gesellenausschuß und die

Neuwahlen zum Innungs-Schiedsgericht der Berliner Innung: Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister

stattfinden. Wählen zum Gesellenausschuß kann jeder Maurer und Zimmerer im Alter von 21 Jahren, zum Innungs-Schiedsgericht jeder Geselle und Arbeiter im Alter von 25 Jahren, der zurzeit bei einem Mitglied der Innung beschäftigt ist. Als Wahllegitimation dient eine vom Meister ausgestellte Bescheinigung über die Beschäftigung bei demselben, wozu die Mitglieder der Innung von dieser selbst Formulare geliefert bekommen. Lasse ich daher jeder eine derartige Bescheinigung ausstellen, und verweigere niemand die Wahl. Für Mitglieder der Ortskrankenkasse genügt das mit dem Firmenstempel abgestempelte Ortskrankenscheinbuch. Da von den Berliner Bauarbeitern rund 300 Mitglieder der Innung sind, darunter die größten Wirtschaften, und bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in solchen Fällen nicht das Gewerbegericht, sondern das Innungs-Schiedsgericht zuständig ist, ist es besonders auch Pflicht der **Wahler**, sich an der Wahl zu beteiligen.

Die Vorstände der Verbände der Bauarbeiter und Zimmerer.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Dienstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal II), Engelauer 15:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Zustände in unserem Beruf. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Achtung! Gruppe der Putzerträger. Morgen Sonntag, den 10. Mai, vormittags 11 Uhr, im Saal II des Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Gruppen-Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Zentralverband der Hausangestellten

(Ortsgruppe Berlin). Sonntag, den 10. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Wille, Schaftstr. 30:

Öffentliche Versammlung.

Vortrag des Herrn **Davidsohn** über: „Die Kostfrage“. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Gäste willkommen. 48/9 Die Ortsleitung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Achtung! Verbandstagswahl! Achtung! Sonntag, den 10. Mai, finden die Wahlen der Delegierten zum 12. Verbandstag (Stuttgart) in untenstehenden Lokalen statt. Gewählt wird von 10-11 Uhr vormittags. Mitgliedsbuch oder Karte ist mitzubringen. Mit mehr als 8 Beiragsresten darf niemand wählen. Die Ortsverwaltung.

- Wahllokale:**
- | | |
|--|--|
| Bezirk Norden:
1. Döhling, Brunnenstr. 79
2. Hoffmann, Rosenthaler Str. 8 | Bezirk Tegel:
18. Correr, Schillerstr. 80
19. Schulze, Borsigwalde, Schubartstr. 39
20. Schmiedehaus, Waldmannslust, Dianastraße |
| Bezirk Schönehauser Vorstadt:
3. Gliese, Kopenhagener Str. 74 | Bezirk Reinickendorf:
21. Lünig, Schornmeyerstr. 37 |
| Bezirk Nord-Ost:
4. Bürgerläde, Beustelstr. 9
5. Schröder, Stromstr. 36 | Bezirk Spandau:
22. Darr, Kurstr. 21
23. Hind, Bismarckstr. 5
24. Gubbig, Staaten, Berliner Str. 41 |
| Bezirk Ost:
6. Kott, Strahlmannstr. 29
7. Schmidt, Gubener Str. 19 | Bezirk Köpenick:
25. Riel, Grünauer Str. 7
26. Schröder, Friedrichshagen, Seestraße 103 |
| Bezirk Süd-Ost und Süden:
8. Schulze, Forster Str. 17
9. Reiche, Borsigstr. 67
10. Kleinke, Krenzstr. 85 | Bezirk Wilmersdorf:
27. Tempel, Kronprinzenstr. 46
28. Häre, Kühlenstr. 9
29. Händel, Borsigstr. 9 |
| Bezirk Lichtenberg:
11. Ritter, Lichtenberg, Schillerstr. 26
12. Berner, Wilhelmstr. 89 | Bezirk Niederlehme:
30. Koch, Niederlehme, Jägerstr. 31
31. Knorr, Jägerstr. |
| Bezirk Oberschöneweide:
13. Rabe, Wilhelmstr. 43 | Bezirk Teltow:
32. Bonow, Berliner Str. 15 |
| Bezirk Johannisthal:
14. Gobin, Kossstr. 2 | Bezirk Blankenfelde:
33. Staab, Blankenfelde |
| Bezirk Neukölln:
15. Belgel, Steinmühlstr. 93 | Bezirk Gröden:
34. Degebrodt's Gesellschaftshaus |
| Bezirk Charlottenburg:
16. Bollshaus, Kollnseebr. 3 | |
| Bezirk Weißensee:
17. Peufert, Berliner Allee, Ecke Strenstraße | |

Brauerei-Handwerker

von Berlin und Umgegend. Dienstag, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal IV:

Versammlung sämtl. Handwerker aller Brauereien

Tagesordnung:
Der neue Tarif.

Das vollständige Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich. Soweit die Organisationen die Tarife noch nicht abgegeben haben, erfolgt die Ausgabe derselben in dieser Versammlung gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. Die Vertrauensleute bitten wir um Verbreitung dieser Einladung. 117/20 Die Organisationen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. Branchen-Versammlungen!

Kisten- und Koffermacher.

Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:
Unsere augenblickliche Lage. Zahlreiches Besuch erwartet. Die Kommission.

Bautischler.

Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, bei Voetel, Weberstr. 17.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen betreffs des Nachtrages zum Tarif.
2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Diskussion. 4. Wahl des Beiratsleiters. Da in dieser Versammlung der Nachtrag zum Tarif herausgegeben wird, ist es Pflicht, daß sämtliche Kollegen bestimmt erscheinen.

Einseker.

Donnerstag, den 14. Mai, abends 8 Uhr: Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen: 87/11

1. Bezirk bei **Brinkmann**, Andreasstr. 26.
2. „**Gliese**“, Kopenhagener Str. 74.
3. „**Lausch**“, Bredow- u. Gde Wickestr.
4. „**Schenk**“, Neukölln, Kollnseebr.
5. „**Wiemers**“, Blüthstr. 57.
6. „**Mix**“, Ebnitzer Str. 29a.
7. „**Tanack**“, Charlottenburg, Bismarckstr. 4.
8. „**Ulrich**“, Ralpinquellstraße 33.

Tagesordnung:
Bericht der Bezirksleiter. — Bericht von der Generalversammlung, Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

Gegr. 1906. Sitz Berlin. Montag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Sophienhöfen“, Sophienstr. 17/181

Außerordentliche Protest-Versammlung

gegen die letzten Beschlüsse des Vorstandes und deren unhaltbare Durchführung. Einmütiges Erscheinen — besonders der noch nicht bezugsberechtigten Mitglieder — dringend erforderlich. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Einberufer: J. K.: **A. Krampe**, Borsigstr. 22.

Gewerkschaften radikale Stimmungen und radikale Töne ausstauen. Man sollte sich auch nicht wundern darüber, daß die schlichten Arbeiter der großen Bewegung unter Umständen bei Erregung im Einzelfall Erzeße begehen, die die Führer nicht billigen. Ich glaube, daß die Behörden, die diese Koalitionen in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigen, sowohl gegen das Interesse von Staat wie gegen das Interesse von Industrie handeln. Ein Staat, der eine organisiert gewerbliche Bürgerchaft und keinen atomisierten Haufen von Steuerzahlern haben will, ein Gewerbe, das eine disziplinierte Arbeiterchaft haben will, sollten eigentlich an starken Verbänden interessiert sein. Aber es scheint, als daß man sich nicht dazu entschließen könnte, diesen starken Verbänden eine feste Grundlage zu geben. Die Gesetzgebung muß ein Arbeiterrecht schaffen und dazu gehören auch Bestimmungen über das Koalitionsrecht, das ohne Zwang nicht möglich ist und der bei den Gewerkschaften ein Hindernis ist gegenüber dem Zwang, den die Unternehmer ausüben. Die Strafbestimmungen im § 153 dürfen nicht aufrecht erhalten werden. Dann muß für die Koalitionen selbst mehr Freiheit geschaffen werden. Heute ist kein Arbeitgeber durch das Gesetz verhindert, organisierte Angestellte zu entlassen oder gar nicht erst einzustellen. Hierzu gehört aber nicht die Nichteinstellung von Mitgliedern des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes durch jüdische Firmen. Diese Nichteinstellung wird erklärt durch den antisemitischen Charakter des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Auch muß es zulässig sein, daß private Versicherungs-gesellschaften Angestellte entlassen, die im Zentralverband der Handlungsgehilfen organisiert sind. Denn als Mitglieder des Zentralverbandes müssen sie für die Volkspflege tätig sein und da muß es zu Konflikten kommen, niemand kann zweien Herren dienen.

Neuerdings haben Bestimmungen von Bankbeamten die Öffentlichkeit beschäftigt. Das muß verblüffen gegenüber dem sonst im Bankgewerbe herrschenden freizeithlichen Geist. (Sehr richtig!) Es muß erhorchen, daß der Leiter der größten deutschen Bank seine Gegenseite gegen den Vertreter eines Bankbeamtenverbandes dadurch schmälerte, daß er diesen Vertreter als „bezahltes Vorstandsmitglied“ bezeichnete. Als ob „bezahltes Vorstandsmitglied“ zu sein, etwas Entehrendes wäre! (Sehr gut!) Immerhin, die Angriffe gegen die Zugehörigkeit der Handlungsgehilfen zu einer Koalition sind heftiger als die Angriffe gegen Techniker. Das erklärt sich nicht nur durch die radikalere Haltung z. B. des Steigerverbandes oder des Bundes der technisch-industriellen Beamten, vielmehr liegt es daran, daß die Techniker weniger Aussicht haben aufzusteigen, als der Handlungsgehilfe immer noch hat. Dann erklärt es sich auch durch die mangelhafte Rechtsbasis, die der Techniker heute im Gegensatz zum Handlungsgehilfen besitzt. Der Techniker steht der Arbeiterschaft näher als der Handlungsgehilfe. Man hat sogar bei den Technikern versucht, durch „Ehrentitel“ nicht nur den Austritt aus dem Bund der technisch-industriellen Beamten zu erreichen, sondern auch den Eintritt in eine gelbe Gewerkschaft. Die Verträge gegen das Koalitionsrecht der Handlungsgehilfen scheitern immer nur gelegentlich. Bei den Technikern aber haben wir es mit einem System zu tun. (Sehr richtig!) Hat man doch sogar in einem Betrieb eine Kartell der Techniker angelegt, um das Austrücken von Mitgliedern des Bundes der technisch-industriellen Beamten in höhere Stellen zu vermeiden. (Hört! hört.) Auch schwarze Listen werden herumgeschickt.

Was soll nun gegen diese koalitionsfeindlichen Bestrebungen geschehen? Nach dem Staatsanwalt zu rufen, ist unter den heutigen Rechtsverhältnissen natürlich unmöglich. Sollte es aber nicht möglich sein, nach dem öffentlichen Gewissen zu rufen, und eine gewisse Rechtsbesserung zu schaffen, und Inzuarbeiten auf ein wirkliches uneingeschränktes Koalitionsrecht? Den Koalitionen muß die Rechtsfähigkeit gewährt werden und nicht nur der § 153 mit seinen Strafbestimmungen, sondern auch der § 152 der Gewerbeordnung müssen fallen. Man braucht keine Befürchtungen zu hegen, denn die großen Koalitionen der Arbeiter und Angestellten sind wohl diszipliniert und ihre Disziplin läßt sich durchaus vergleichen mit der Disziplin in unserer Armee. Auch die Freiheit der Persönlichkeit leidet bei starken Organisationen nicht, wird vielmehr gerade unterdrückt von den gelben Gewerkschaften. Die freiheitliche Grundhaltung der Unternehmer erforschen. Wenn für die ausbreitende rechtliche Grundlagen gesorgt wird, dann werden auch alle unerwünschten Begleiterscheinungen wegfallen. Schaffen auch eine Koalitionsfreiheit, die dieses Wort verdient, und es wird möglich sein, die Arbeiter und Angestellten in die bürgerliche Gesellschaft einzualiefern und andererseits werden Arbeiter und Angestellte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und auf dem Boden der Gesellschaft sich wohlfühlen. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte wies zunächst Schweitzer-Berlin vom Allgemeinen Verein der Bankbeamten darauf hin, daß heute schwere Strafen verhängt werden bei Eigentumsvergehen. Angriffe aber gegen den Charakter und die persönliche Ehrenhaftigkeit, die sich nicht gegen die Anmütung, aus einer Organisation auszutreten, werden vom Staatsanwalt nicht geahndet. Das ist ein Zeichen für die soziale Minderwertigkeit des heutigen Rechts. (Beifall.)

Geheimrat Professor Hans Delbrück: Mit vielem, was der Referent gesagt hat, bin ich einverstanden. Insbesondere hat mir gefallen, was er über die Leistungen der großen Arbeiterkoalitionen und in ehrender Beziehung gesagt hat. Aber ich muß außerordentlich harte Einwendungen machen gegen die ganze Tendenz seines Vortrags. Er hat die Disziplin in der Arbeitergewerkschaft verglichen mit der Disziplin in unserer Armee. Da muß ich doch sagen: die Disziplin in der Armee ist der Ausfluß des Fahren-eides, geleistet zur Verteidigung des Vaterlandes. Die Disziplin in der Gewerkschaft aber beruht auf dem Terrorismus. Der Terrorismus ist etwas, was unter Umständen entschuldigt werden kann, aber was auch sehr leicht eine gewisse moralische Anrüchlichkeit annimmt. (Unruhe.) Deshalb hat mich dieser Vergleich verblüßt und ich weise ihn zurück. (Beifall und Unruhe.) Professor Kehler hat eins vergessen: wenn die Koalitionsfreiheit so durchgesetzt wird, wie er will, dann werden große Gefahren für unser Wirtschaftsleben entstehen und unser ganzes soziales Dasein wird in Frage gestellt. (Widerpruch.) Den Terrorismus hat Professor Kehler viel zu leicht genommen. Auch er hat gesprochen von der Freiheit der Persönlichkeit. Gerade die Gewerkschaften von der Freiheit der Persönlichkeit. (Widerpruch.) Wir kennen doch beeinträchtigen diese Freiheit. (Widerpruch.) Wir kennen doch alle die Drohungen und den Terrorismus natürlich auch bei den Unternehmern. Daß die Schaffung einer rechtlichen Grundlage vom Terrorismus befreit würde, halte ich für eine optimistische Illusion. (Sehr richtig! Widerpruch.) Im Gegenteil: der Terrorismus würde noch gefährlicher werden. Wir stehen also vor einem gewissen Dilemma. Auf der einen Seite schaffen diese Koalitionen sicher Gutes in wirtschaftlicher, ethischer und sozialer Beziehung. Sie haben das Selbstbewußtsein, den Charakter, den Gesellschaftssinn und vieles andere mehr. Auch wirtschaftlich haben sie zweifellos weite Kreise unseres Volkes gehoben. Aber ebenso liegt in ihnen der Keim zu einem wirtschaftlichen und sozialen Kampf, der verberberlich und vernichtend wirkt. (Unruhe und Widerspruch.) Auch ein hartes politisches Moment spielt dabei mit. Wir sehen, daß die Koalitionen immer in einem sehr engen Verhältnis zu politischen Parteien stehen. Wenn die Regierung die freien Gewerkschaften hart und ungerade behandelt, dann nicht deshalb, weil sie im Dienste der Unternehmer steht, und weil sie nur im Interesse der herrschenden Klasse handelt, sondern weil diese Gewerkschaften in enger Beziehung zu einer Partei stehen, die unseren Staat unterwühlen will. (Große Unruhe.) Daraus erklärt sich die Antipathie der Regierung und wenn die Gegenseite erst einmal da sind, dann geht das immer weiter. Sind die Koalitionen erst einmal groß und hart geworden, so treiben sie naturgemäß zum wirtschaftlichen Kampf. (Widerpruch.) In solchen harten wirtschaftlichen Vereinigungen liegt nun einmal der Zug zum Kampf und zum Extrem. (Erneuter Widerspruch.) Die Welcher sind da, ein Vorwand ist auch da. Woju ist der Vorstand da, wenn nicht gekämpft wird? (Unruhe.) So kommt man zum Kampf bloß aus Machttrieb. (Große Unruhe und lebhafter Zurufe.) Dennoch, das ist eine alte Erfahrung, nicht nur aus unserer Zeit. (Zurufe: Die

reine Theorie!) Die Koalitionen der Arbeiter haben dann die Koalitionen der Unternehmer hervorgerufen. Als die einen sich fest zusammenschlossen, taten es die anderen auch. Die Koalitionen der Unternehmer sind erst durch die Koalitionen der Arbeiter hervorgerufen. (Lebhafter Widerspruch.) Die Unternehmer sind dabei viel schwerer zusammenzubringen, weil sie Konkurrenten sind. (Lachen. Zurufe: Das Umgekehrte ist richtig! Solche Unzufriedenheit!) Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden die Gegenseite immer härter und dann kommt der wirtschaftliche Krieg mit seinen fürchterlich verheerenden Wirkungen. Die soziale Verbitterung wird immer größer und viele Familien werden in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen ruiniert und Tausende kommen in Hunger, Not und Elend. Vielleicht ist das Redel unermesslich, aber man sollte es möglichst einschränken. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Eine Labilung des wirtschaftlichen Daseins der Nation muß vermieden werden. (Große Unruhe.) Gewiß ist das schwer, denn der Klassenkampf ist die Parole unserer Zeit. Natürlich, wenn man selbst den Frieden nicht will, darf man ihn aus der Gegenseite nicht erwarten. Wie ist es nun zu machen, damit die Macht der Koalitionen der Arbeiter und Unternehmer nicht zu groß wird und nicht zum Nachteil führt? (Unruhe.) Man wird mir einwenden, daß von einer einheitlichen Zusammenfassung der Arbeiter noch lange nicht die Rede sein kann. Das ist richtig und darin sehe ich ein Glück. (Lachen.) Die Zerstückelung der Arbeiterbewegung ist tatsächlich eine starke Abschwächung des Koalitionsgedankens, die mehr nützt als schadet. (Ausrufe.) Gewiß, wenn besonders große Kräfte vorhanden sind, dann tun sich auch einmal die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zusammen. Aber große gemeinsame Kämpfe werden durch die Zerstückelung erschwert. Deshalb kann ich mich dem verdammen Urteil über die gelben Gewerkschaften durchaus nicht anschließen. (Lachen und Zurufe: Immer besser!) Die gelben Gewerkschaften haben eine innerliche Berechtigung genau so, wie jede andere Richtung. (Zurufe: Unerbört!) Vorhin haben Sie die Toleranz verlangt und sind für die Freiheit der Persönlichkeit eingetreten. Sehen Sie sich doch mit solchen Zwischenrufen nicht selbst in einen Widerspruch zu Ihren Forderungen.

Vorsitzender Dr. Freilich v. Verleiw: Ich bitte dringend, alle Zwischenrufe zu unterlassen.

Geheimrat Professor Hans Delbrück: Man hat gesagt, die gelben Gewerkschaften seien nur Produkte der Unternehmer, sie würden nur von den Unternehmern gezüchtet und ausgehalten, ihre Mitglieder seien Dummköpfe, Arierer und dergl. mehr. Das eine oder das andere mag davon richtig sein. Aber in der Gesamtheit ist es ebenjowenig richtig, als wenn die Gegenseite behauptet, die anderen seien nur Heher und Demagogen und verleiteten die Arbeiter, ihre Eripornisse falsch anzulegen usw. Man darf eben auf beiden Seiten nicht übertrieben. Wie ist dem Terrorismus entgegenzuwirken? Mit Gesetzgebung, Verwaltung und Polizei ist das nichts zu machen. Wenn eine solche Gewerkschaft erst einmal stark geworden ist, hat sie über ihre Mitglieder eine solche Gewalt, daß äußere Maßnahmen da wenig helfen. Deshalb sind ja gerade einige von den gelben Gewerkschaften entstanden, weil sie in einen Streit hineingetrieben wurden, den sie für unrichtig hielten, und weil sie an ihrem eigenen Leide schädliche Erfahrungen machten. Daß das den Unternehmern natürlich angenehm ist und daß sie diese Leute unterdrücken, ist erklärlich. Aber woher kommt es, daß so viele Unternehmer die gelben Gewerkschaften gar nicht lieben? Ich habe gehört, daß ein Unternehmer sagte: Wenn die Gelben erst stark sind, dann kommen sie auch mit ihren Ansprüchen. (Sehr richtig!) Das ist auch richtig, und darum sind eben die Gelben nicht so ohne weiteres abzulehnen. Manche Unternehmer hat mir gesagt, er hätte die Noten viel lieber als die Gelben. Wenn die Noten etwas verlangten, so könnte er es ihnen rundweg abschlagen. Aber den Gelben, seinen Freunden, könnte er nichts abschlagen. (Weiterkeit.) Man muß sich in alle diese Fragen nur vertiefen. (Lachen.) Die Berliner Richtung der Gelben ist manchem Unternehmer schon recht verdaulich. Dagegen sind die rheinischen Verbände zweifellos abhängig von den Unternehmern, denn sogar ihre Geschäftsführer wird von den Unternehmern bezahlt. Nun wird man sehr leicht sagen: diese Richtung ist doch abhängig, und das ist zu verwerten, denn in unserer Zeit hat eine derartige Nachblüte des Patriarchalismus nichts mehr zu suchen. Ich kann da nicht mit einstimmen, vielleicht weil ich Historiker bin. Ich weiß, welche schöne Wälder das patriarchalische System früher tatsächlich gezeitigt hat. Ich wiederhole also zum Schluß: die Vorstellung, mit bloßen Verbesserungen des Koalitionsrechts eine Befundung unseres sozialen Lebens herbeizuführen, ist eine optimistische Illusion. (Vereinzelter Beifall.)

Director Dörsch-Berlin vom Deutschen Technikerverband: Der Kampf gegen das Koalitionsrecht erstreckt sich heute nicht nur auf die Arbeiter, sondern auf alle Angestellten und auch auf die Staatsbeamten. Die Gesamtheit der Arbeiter wird heute von diesen Kämpfen berührt. Der Vortrager meinte, der Organisationsgedanke vernichte die Freiheit der Persönlichkeit. Das sind Nachklänge eines längst überwundenen Liberalismus. (Sehr richtig!) Die Gelben sind tatsächlich nur eine Züchtung der Unternehmer. Wo die Unternehmer ihre Unterstützung zurückziehen, bricht die gelbe Bewegung zusammen. (Sehr richtig!) Und bei den Gelben kann man wahrhaftig nicht von freien Persönlichkeiten sprechen. (Sehr richtig!) Ich kenne eine Fabrik mit 8000 Arbeitern, von denen 5000 in gelben Vereinen organisiert sind. Bei den Wahlen aber werden ausschließlich sozialdemokratische Stimmen abgegeben. (Hört! hört!) Das sind solche Gewissenskonflikte, in die man die Arbeiter hineintreibt. Um terroristische Akte zu verhindern, genügt die heutige Gesetzgebung. Und wenn Geheimrat Delbrück vom Klassenkampf sprach, so übertrug er, daß große Teile der Arbeiter und Angestellten das Prinzip des Klassenkampfes ablehnen. (Sehr richtig!) Ganz falsch ist, daß die Leiter der großen Verbände Kämpfe künstlich produzieren. Wer das Organisationsleben auch nur einigermaßen kennt, weiß, wie schwer sich die Führer zum Kampf entschließen. (Lebhafter Zustimmung.) Je härter eine Organisation wird, desto härter wird das Gefühl der Verantwortlichkeit. (Sehr richtig!) Wir verlangen die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechts. An dem Wälen und Gebilden unserer Technik und des deutschen Wirtschaftslebens haben Angestellte und Arbeiter dasselbe Interesse wie die Arbeitgeber. Aber nach der sozialwirtschaftlichen Seite bestehen Differenzen, und diese Differenzen müssen ausgesprochen werden auf dem Boden der Gleichberechtigung durch gegenseitiges Verhandeln. Seitdem sich der Deutsche Technikerverband auf dieses gewerkschaftliche Prinzip besonnen hat, seitdem wird er genau so bekämpft wie jede Arbeitergewerkschaft. Bedauerlich ist, daß die Behörden sich ebenso gegen uns stellen wie die Privatindustrie. Der preussische Eisenbahnminister ist ebenso gegen uns vorgegangen wie die Militär- und Marineverwaltung. (Hört! hört!) Kögen endlich auch die Behörden das sittliche Recht der Angestellten, sich zu koalieren, anzuerkennen. Man hat von uns verlangt, wir sollten Streikarbeit leisten. Wir haben das rundweg abgelehnt. Das ist die selbstverständliche Pflicht jedes Angestelltenverbandes. Wir verlangen ein Reichseinigungsamt und den Verhandlungszwang. Dann wird die Kampflust von selber schwinden, und terroristische Akte werden immer seltener werden. (Beifall.)

Werner-Jochum vom Deutschen Steiger-Verband: Dem Geheimrat Delbrück wünsche ich, er möge einmal eine Woche auf einer Reide bei Stinnes oder Thoben Steiger sein und Erfahrungen sammeln über Arbeitsrecht und gelbe Gewerkschaften. (Weiterkeit.) Dann wird er eine solche Reide nicht wieder halten. Wir können ja ein Lied singen. Unsere Gründungsversammlung wurde mit einem Kaiserhoch begonnen und mit einem Kaiserhoch geschlossen. (Weiterkeit.) Trotzdem wurde dem Einberufer der Versammlung schon am nächsten Tage der Zutritt zum Saal verboten. (Hört, hört!) Die Gewerkschaften erklären: „Wir leiden prinzipiell keine Organisation unserer Beamten.“ (Hört, hört! und Zurufe: So sieht es in der Praxis aus!) Es sind Leute entlassen worden, die im Arbeiter- und Marineverein waren. (Hört, hört!) Also politische Momente spielen da gar keine Rolle. (Sehr richtig!)

Seit einiger Zeit stautiert man Exempel. Man entläßt besonders diejenigen, die viele Kinder haben. (Hört, hört!) Deshalb geht die Kinderzahl in den Familien der Grundbesitzer zurück, weil die Beamten sich sagen, daß ein Vater vieler Kinder für sie mehr gefallen lassen muß. (Hört, hört! Zurufe: Das ist Terrorismus!) Die Eisen-Folizei beim Unterkingen vom Bergbauischen Verein, damit dieser die Mitgliedsliste unseres Verbandes bekam. (Hört, hört!) Besonders interessant ist das Verhalten der Staatsbehörden. Ein Gendarm, der sich von Buchmachern bestochen ließ, bekam ein Jahr Gefängnis. Ein Polizeioberst, der viele Tausende von Mark von den Beamten erhalten hatte, bekam 90 Mark Disziplinarstrafe. (Hört, hört!) Sie können es sich gar nicht vorstellen, wie man gegen unsren Verband vorgeht. Von einer Freiheit der Persönlichkeit kann man da wirklich nicht mehr sprechen. (Beifall.)

Kary vom Allgemeinen Verband der Bankbeamten bespricht die Abregelungen von Mitgliedern seines Verbandes. Ein Bankbeamter, der sich zum Fürsprecher von 1500 Kollegen machte, wurde einfach auf die Straße geschickt. (Hört, hört!) 12 Direktoren der Deutschen Bank beziehen 5 Millionen und 7000 Angestellte müssen sich mit 4 Millionen begnügen. (Hört, hört!)

Dr. Werner-Düffeldorf vom Wertmeiherverband: Jeder Arbeitnehmer ist ein Tor, der von seinem Koalitionsrecht keinen Gebrauch macht. (Sehr richtig!)

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin: Die Auffassungen Dr. Delbrücks sind rein theoretisch. Es wäre ihm dringend zu raten, als Historiker einmal die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung zu studieren. Dann würde er finden, daß die englischen Gewerkschaften, solange ihnen eine rechtliche Grundlage fehlte, vom schlimmsten Terrorismus Gebrauch gemacht haben. Sie haben Maschinen zerstört und anderes mehr. Das alles verdammt in dem Moment, in dem den englischen Gewerkschaften ihr Recht wurde. Der Herr Professor und Historiker sollte doch eigentlich so viel Vertrauen zum deutschen Volke haben, daß es dem alten Beispiel des englischen Volkes folgen wird. (Beifall.) Und noch ein Argument gegen Professor Delbrück: bei den Buchdruckern, der stärksten Organisation gewerkschaftlicher Art, sehen wir keinen Kampf. Das beweist eben, wie falsch es ist zu behaupten, mit der Stärke einer Gewerkschaft wachse der Nachteil ihrer Führer. (Lebhafter Zustimmung.)

Schick-Berlin vom Bund der technisch-industriellen Beamten: Die Gelben sind Antigerwerkschaften und verdienen das Wort Gewerkschaft überhaupt nicht. Sie sind Kampfmittel der Arbeitgeber. Das ganze öffentliche Leben ist auf dem Terrorismus aufgebaut. Selbst die Professoren untereinander üben Terrorismus aus und was dessen Ton anbelangt, so ist er nicht um ein Haar besser als der Ton unter den Arbeitern. (Zustimmung.)

Streiter-Berlin vom dem Verband christlicher Krankenspfleger schildert die Schwierigkeiten, die in den verschiedenen Provinzen einer Organisierung der Krankenspfleger in den Weg gelegt werden.

Generalsekretär Steigerwald-Böln vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften: Durch die Organisationen werden die Einzelkämpfe vermieden und es spielt sich nun alles unter der Kontrolle der Öffentlichkeit ab. Dabei fährt die Gesamtheit viel besser. (Zustimmung.)

In seinem Schlusswort führte Professor Kehler noch aus: Die Entwicklung der Gewerkschaften zu einer Großmacht vollzieht sich im gleichen Sinne wie die Bildung der Großmächte auf politischem Gebiet. Der Kleinkrieg verschwindet und die großen Kriege sind kürzer geworden. Den gelben Gewerkschaften muß tatsächlich aus moralischen Gründen die Erstzueberechtigung abgesprochen werden. Letzten Endes wird der Sieg auf der Seite der Gruppe sein, die den höchsten Idealismus aufzuweisen hat. (Beifall.)

Damit war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Nachdem dann noch der Erfinderklub und einige dringende Einzelanfragen (für Gasthausangestellte, für Vergarbeiter, für Krankenspfleger, für Bureaubeamte, für die Zivilmilitär und für die Bühnengestellten) besprochen waren, gab in seinem Schlusswort der Vorsitzende Staatsminister a. D. Dr. Freilich v. Verleiw seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß er auch seinerseits die gelben Gewerkschaften nicht als Arbeiterorganisationen anerkennen könne. Die Verhandlungen über das Koalitionsrecht und die im Anschluß daran aufgestellten Forderungen würden hoffentlich alle maßgebenden Anstalten zu der Ueberzeugung bringen, daß von einem sozialpolitischen Stillstand in Deutschland keine Rede sein darf.

Wie Arbeiter wohnen.

Für schlechte Wohnungen müssen hohe Preise gezahlt werden. In Reichshäusern sind die Wohnungen fast durchweg erheblich teurer als in Genossenschaftswohnungen. Die Werkwohnungen erhöhen die Abhängigkeit der Arbeiter. Dies alles lassen die nachfolgenden Zitate und Tatsachenangaben aus den Berichten der preussischen Gewerbeinspektion erkennen. Weiter aber auch, daß die kommunale Wohnungsfürsorge bisher so gut wie gänzlich versagte.

Wielprisse. Potsdam: Nach einer 1600 Arbeiter umfassenden Erhebung betragen die Wohnmieten in Oberschöneweide 216 bis 390 M. Ungelernte Arbeiter zahlen im Durchschnitt 28 M. für eine Stube mit Kammer und Küche im Hinterhaus, 35 Proz. der Arbeiter vermieten noch einen Raum der höchstens zwei Stuben und Küche umfassenden Wohnung. Eine andere Erhebung gab folgende Mietpreise: In Vororten von Berlin für Zweizimmerwohnungen 18 bis 55 M., in Berlin 20 bis 45 M. pro Monat. In Spandau sind die Werkwohnungen sehr begehrt, da sie erheblich billiger sind als es ortsüblich ist. Zwei bis drei Stuben mit Küche kosten 140 bis 240 M. Die Preise von Werkwohnungen in Brandenburg sind um 15 bis 40 M. jährlich niedriger als die ähnlichen noch so gut eingerichteten in der Nähe. Der Spar- und Bauverein in Brandenburg vermietet Zweizimmerwohnungen zum Preise von 195 bis 205 M. Der Arbeiterbauverein in Potsdam vermietet um 5 bis 10 Proz. billiger als private Besitzer, deren Wohnungen weniger gut eingerichtet sind.

Frankfurt a. O.: Die Mietpreise der Wohnungen des Bauvereins in Landsberg a. W. betragen etwa 25 bis 30 Proz. unter der ortsüblichen Höhe. Die Hartfasse von Kirchhain hat Ländereien für Rentengüter gekauft und erzielt aus dem Ertrag Zinsen, die um 25 bis 30 Proz. höher sind als die früheren Pachtenträge.

Berlin: Eine Erhebung bei 53 Häusern ergab folgende Preise. In Häusern, die vor 1875 erbaut worden waren, kostete jeder Raum (Küche als Wohnraum gerechnet) 114 bis 130 M., in den 1875 bis 1906 erbauten Häusern 133 bis 148 M. und in den neueren Wohngebäuden 151 bis 170 M. Die neueren Kleinwohnungen, 1 Stube und Küche, sind meistens mit Bad versehen, die älteren Wohnungen haben das nicht, außerdem liegt bei ihnen noch der Abort auf der Treppe oder im Hof.

Bromberg: Ein Zimmer kostet im Durchschnitt 90 M., eine Wohnung aus kleiner Stube und kleiner Küche bestehend 120 M.

Breslau: Ein Raum nebst dunkler Küche kostet durchschnittlich 171 M., zwei Räume mit heller Küche 292 M. In der Nähe von Breslau werden für Stube und Küche 190 bis 216 M. gezahlt. In Waldenburg kosten einräumige Wohnungen durchschnittlich 195 M., zweiräumige 275 M.

Wiesbaden: Zweizimmerwohnungen einer Baugenossenschaft kosten 16 bis 23 M. monatlich, gleichwertige Wohnungen in Privathäusern sind etwa 10 M. teurer.

Düsseldorf: Dem Wohnungsmangel entsprechend sind die Mieten hoch. Sie schwanken für einen Raum je nach Ort und Lage von 70 bis 135 M. jährlich.

Aachen: Wohnungen mit zwei Räumen kosten durchschnittlich 15,45 M. monatlich in Privathäusern, in den von den Baugenossenschaften errichteten 8,60 M. In Düren kosten Genossenschaftswohnungen von 3 und 4 Räumen 15 bis 18 M.

In mehreren Artikeln hatte der „Vorwärts“ sich mit dem Verhalten der Remontekommission in Ostpreußen beim Verkauf von Pferden zu Militärzwecken beschäftigt. In der Kritik war auf die schwere Schädigung von kleineren Besitzern hingewiesen. Der Ankauf der Pferde von den Besitzern wurde nach Befichtigung der Pferde bei den Besitzern abgelehnt, weil nach Ansicht der Remontekommission die Pferde für die Militärzwecke nicht taugten. Dieselben Pferde wurden aber von derselben Remontekommission für tauglich erachtet und angekauft, nachdem der Besitzer sie an einen Pferdehändler verkauft hatte. Unsere Kritik gegen dies Verhalten, das auch im Abgeordnetenhaus besprochen wurde, hat — zur Erhebung einer Anklage wegen angeblicher Verleumdung des Remontekommissars, Majors v. Kundstedt, geführt. Angeklagt sind unsere Genossen Veid, Bernutz und Wielepp, die die betreffenden Nummern des „Vorwärts“ als verantwortliche Redakteure gezeichnet hatten. Termin ist auf den 4. Juni anberaumt. In diesem soll eine große Zahl von Zeugen und Sachverständigen vernommen werden. Wir würden gern sehen, daß auch die Pferde des Gerichts in photographischer Treue vorgeführt würden, und zwar erstens aus der Zeit, in der sie sich beim Pferdebesitzer befanden und als

unbrauchbar

befunden und dann aus der Zeit einige Stunden darauf, in der sie beim Händler standen und nunmehr für

brauchbar

erklärt wurden. Unfasslich erscheint wohl nicht nur und weshalb unsere der Wahrheit entsprechende Schilderung des Pferdeankaufs eine Verleumdung des Remontekommissars sein soll. Fälschlicher wäre es, wenn das zunächst für unbrauchbar erklärte Pferd als durch die Zurückweisung beleidigt erachtet würde.

Mißhandlung eines Kindes

Wurde einem Buchdrucker Max Louis und seiner Ehefrau Elise Louis zur Last gelegt. Das Schöffengericht Tempelhof verurteilte im März d. J. beide zu je 6 Wochen Gefängnis. Die Urteilsbegründung nannte die dem Kinde widerfahrte Behandlung hart und grausam, aber den Angeklagten wurden wegen ihrer Jugend mildernde Umstände bewilligt. Beide beruhigten sich bei dem Urteil, die Staatsanwaltschaft aber legte Berufung ein, weil die Strafe viel zu milde erschien. Gestern hatte das Landgericht Berlin II (Strafkammer 3) darüber zu entscheiden.

Das Opfer der Erziehungsmethode des Louisischen Ehepaars war eine außerordentlich geborene Tochter der Angeklagten Louis, die jetzt neunjährige Käthe Stier, die er nach seiner Verurteilung aus der Obhut der außerordentlichen Mutter weggenommen und sich untergebracht hatte. Die Mißhandlungen wurden verübt in der Zeit von Mitte 1912 bis in das Jahr 1913 hinein, wo das junge Ehepaar — Frau Louis hatte damals eben erst das 19. Lebensjahr vollendet — in Mariendorf im Hause Eichenader Str. 6 wohnte. Eine bei dem Ehepaar wohnende Frau Stolberg, mehrere Mitbewohnerinnen des Hauses nahmen sich des Kindes an, und durch einen Brief wurde dann die Sache weiterverfolgt.

Die Anklage stützte sich auf Beobachtungen dieser Frauen, die Augenzeugin Frau Stolberg und der anderen, die von Mißhandlungen aus mit Schlägen und Geknecht gehört hatten. Nach ihren Behauptungen hat das damals siebenjährige Kind es von Anfang an recht hart bei Frau Louis gehabt. Sie ließ sich nicht „Mutter“, sondern „Tante“ nennen, auch den eigenen Vater mußte das Kind als „Lutz“ anreden, und Frau Stolberg durfte zu der Kleinen nicht „Kätzchen“, sondern Käthe sagen. Frau Louis schickte Käthe aus geringfügigen Anlässen mit einer lebendkräftigen Klappstiche, und oft hörte man Wehgeschrei, das durch Wände und Fußboden der Louisischen Wohnung in die daneben und darunter liegenden Wohnungen drang. Auch Geräusche wurden vernommen, die darauf schließen ließen, daß Frau Louis das Kind zu Boden ließ. Käthe selber hat Hausbewohnerinnen erzählt, die „Tante“ habe sie mit dem Fuße gestoßen. Spuren von Mißhandlungen, blutunterlaufene Strichen und Beulen, wurden am Körper des Kindes bemerkt, an Armen und Beinen und am Kopf. In den Prügeleien soll auch der Angeklagte Louis, der Vater des Kindes, sich beteiligt haben. Beide Angeklagte behaupteten, Käthe sei unsauber und nachhaft gewesen und habe Angehörigen gehindert, die auf geschlechtlichen Gebieten lagen. Nur von der Abneigung dieser Umstände abgesehen, hätten sie sich leicht lassen. Hieraus erklärte es sich auch, daß sie der Kleinen manchmal im Bett die Hände angebunden hätten. Hausbewohnerinnen schilberten das Kind als heftig artig und höflich, und auch die Lehrerin äußerte sich günstig und bekundete, daß sie an Käthe nie eine Reue zum Zügen bemerkt habe. Während sei das Kind zu den Louisischen Eheleuten gekommen, sagte eine Zeugin, später aber habe es elend ausgesehen. Auch die Ernährung sei, so wurde behauptet, ungenügend gewesen.

Der Staatsanwalt sah als festgestellt an, daß beide Angeklagte sich in unmenslicher Weise an dem Kinde vergangen hätten. Die bemerkten Spuren könnten nicht Folgen von gewöhnlichen Zwischenfällen sein, die sich in erlaubten Grenzen gehalten hätten. Die Darstellung der beiden Angeklagten und ihr Einwand, daß die beschriebenen Ausagen weiter nichts als Lügen seien, verdienen keinen Anlaß vor. Je 6 Monate Gefängnis beantragte der Staatsanwalt gegen beide. Der Verteidiger Rechtsanwalt Harry Vincus führte die Unwürdigkeit der Zeugin Stolberg zu erschüttern. Ein Grund, über das Strafmaß des Schöffengerichtsurteils hinauszugehen, habe sich aus der erneuten Beweisaufnahme nicht ergeben. Das Gericht trat dieser Auffassung bei, verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft und beließ es bei 6 Wochen Gefängnis. Festgestellt sei, daß das Kind eine ungebührliche Behandlung und Mißhandlungen erlitten habe. Die vom Schöffengericht zurechnende Strafe könne aber als ausreichend gelten.

den Genuß von Hundefleisch die verärglichsten Krankheiten übertragen werden können, bedarf gar keiner Erwähnung. Von besonderem Interesse ist der außerordentlich große Verbrauch von Hundefleisch im industriereichen Sachsenlande. Die Statistik der Hundeschlachtungen bildet übrigens eine recht wertvolle Ergänzung der neuerdings massenhaft anfliehenden Berechnungen des deutschen Volkswohlstandes.

Soziales.

Das gewissenlose Sechsenkapital.

Am 12. April berichteten wir über die Sühne eines Unfalls, durch den auf der Bahnstraße Holstein ein Arbeiter unter gräßlichen Verwundungen ums Leben gekommen war. Er war von einer auf ein falsches Gleis gekommenen Lokomotive zermalmt worden. Die Sühne bestand in der Verurteilung eines 16½ Jahre alten Lokomotivführers wegen fahrlässiger Tötung. Hierzu hatten wir unter Anführung bergpolizeilicher Vorschriften bemerkt, daß die eigentliche Schuld die Bahverwaltung treffe, die bergpolizeiliche Vorschriften übertreten habe. Es geht uns nun von der „Pömnitz“ Aktiengesellschaft eine Zuschrift zu, in der sie bemerkt, unsere Angaben seien unzutreffend, soweit sie sich auf ein Verschulden der Bahverwaltung beziehen und den Hinweis enthalten, das Gericht habe angenommen, der Angeklagte hätte die Maschine, durch Abstellen des Dampfes, zum Stehen bringen müssen.

Die angeführten Paragrafen, heißt es in der Zuschrift, beziehen sich nur auf den Betrieb von Zechenbahnhöfen und Zechenbahnen über Tage. Der in Frage kommende Unfall hat sich aber bei der elektrischen Streckenförderung unter Tage zugetragen. Da es unter Tage selbstverständlich keine durch Dampf betriebene Lokomotiven gibt, ist schon die Bemerkung, daß der Angeklagte durch Abstellen des Dampfes die Maschine zum Stehen bringen mußte, hinfällig. Für den Betrieb unter Tage kommen nicht die erwähnten Bestimmungen, sondern diejenigen des Verbandes deutscher Elektrotechniker, sowie die besonderen Anordnungen des königlichen Oberbergamtes über Seidenbahnen in Frage.

Die gesetzlichen Vorschriften sind von den Beamten des Schächtes Holstein nicht verletzt worden.

Hierzu bemerkt unser Gewährsmann: Es wird in der Verurteilung ausgeführt, daß der Unfall, wegen dessen Herbeiführung ein 16jähriger Lokomotivführer bestraft wurde, nicht über, sondern unter Tage passiert sei. Wie die Zechenverwaltung durch diese Feststellung ihr Gewissen entlasten will, ist mir ein Rätsel. Nach meiner Meinung trifft das Wort die Schuld nach dieser Feststellung noch viel schwerer, als es bei einem Unfall über Tage der Fall war. Denn unter Tage dürfen überhaupt junge Leute erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres beschäftigt werden. Dann aber auch natürlich nur mit Anführerarbeit, nicht aber als Lokomotivführer! Das ist etwas so Selbstverständliches, daß wir gar nicht an die Möglichkeit gedacht hätten, der Unfall könnte sich unter Tage abgepielt haben.

Die Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamtsbezirk Dortmund schreibt im § 92 vor, daß Anschläger — das sind Arbeiter, die die Förderförde und deren Signaleinrichtungen bedienen — mindestens 21 Jahre alt und mindestens 1 Jahr unter Tage beschäftigt gewesen sein müssen. Als Maschinenwärter bei feststehenden Fördermaschinen dürfen bei der Seilfahrt nur Leute tätig sein, die mindestens 21 Jahre alt sind und mindestens 2 Monate eine Fördermaschine bei der Produktionsförderung geführt haben (§ 90). Zur selbständigen Ausführung von Feuerarbeiten dürfen nur solche Personen zugelassen werden, die das 21. Lebensjahr vollendet sowie mindestens 3 Jahre unter Tage gearbeitet haben (§ 333).

Mit der Wartung und Bedienung der Lokomotiven (Petroleum- und Benzinlokomotiven) unter Tage dürfen nur großjährige Personen betraut werden. Die Lokomotivführer müssen dem Bergamt namhaft gemacht werden und ihm ihre Befähigung nachweisen (§ 11 der Bedingungen, unter denen Lokomotivbetrieb unter Tage genehmigt wird).

Wir sehen also, daß bei allen verantwortungsvollen Arbeiten unter Tage hohe Anforderungen an die Erfahrung der betreffenden Leute gestellt werden. Die Verwaltung der Zeche „Holstein“ aber stellt ohne weiteres einen jungen Burschen, der kaum alt genug ist, um überhaupt in die Grube zu kommen, auf den sehr verantwortlichen Posten eines Lokomotivführers! Findet sie wirklich eine Beruhigung ihres Gewissens darin, daß es die Bergbehörde bisher unterlassen hat, die Führer elektrischer Lokomotiven ausdrücklich unter diese Vorschriften zu stellen? Dann beneiden wir die Verantwortlichen von „Holstein“ um ihre Gemüthsstärke nicht.

Nebrigens hatte die „Armonia“ in Dortmund in dem Gerichtsbericht bemerkt: „Der junge Mensch mußte merken, daß er sich in einem falschen Gleise bewegte und hätte sofort den Dampf abstellen müssen.“ Dadurch wurde bei uns der Glaube erweckt, daß es sich um eine Dampflokomotive handelt.“

Ungültiger Gehaltsverzeichnis.

Wie oft nachteilige Revers für Angestellte zustandekommen, zeigte sich in einem in der letzten Sitzung der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Falle.

Dort klagte die Verkäuferin Clara J. gegen das Schuhwarenhaus Carl Stiller, weil sie für die Zeit ihrer Anwesenheit kein Gehalt erhalten sollte. Zu ihrer Verwunderung machte die besagte Firma geltend, daß sie durch einen von ihr selbst unterzeichneten Revers auf Ansprüche während ihres Zeitens aus dem Geschäft verzichtet hätte. Sie, die Klägerin, verweigerte sich gar nicht zu entsinnen, durch eine Reversunterschrift auf irgendwelche Rechte verzichtet zu haben. Kl. J. hatte aber, wie die Verhandlung ergab, in der Tat ihren Namen unter ein Schriftstück gesetzt, das eine derartige Verzichtserklärung enthielt. Die Unterschrift kam folgendermaßen zu Stande: Der Geschäftsführer ersuchte die Klägerin, das Formular für das Verzeichnis des Gehalts zu unterschreiben. Letztere unterschrieb, ohne sich den Inhalt überhaupt durchzulesen. In dem Formular hieß es an einer Stelle, daß die Angestellte damit einverstanden ist, daß sie für Fehltag kein Gehalt erhalte. Der Geschäftsführer mußte als Zeuge zugeben, daß er die Klägerin auf die von ihr durch Unterschrift verlangte Verzichtserklärung nicht aufmerksam gemacht hatte.

Das Kaufmannsgericht hielt den Gehaltsverzeichnisrevers aus zweifachen Gründen für ungültig. In Fällen, in denen ein Angestellter zum Verzicht auf Ansprüche rechtlich zweifelhafter Natur gezwungen, sei es durch die Unterschrift des Verlangenden, den Angestellten darauf aufmerksam zu machen, daß er sich durch seine Unterschrift bestimmter Rechte begibt. Dem Gehilfen das vorher zu sagen, müsse ein Nobis Offizium jeder Firma sein. Zweitens müsse, wenn die Rechtsvorschrift des § 63 des Handelsgesetzbuchs ausgeübt werden solle, das in präzipit Form geschehen. Es dürfe nicht, wie hier, allgemein von „Reklagen“ gesprochen werden. Als dritter Grund hätte angeführt werden können, daß solche Revers dem § 2 des Lohnbefehlagnamgesetzes widersprechen.

Magdeburg: Wohnungen von zwei Stuben und Küche in Genossenschaftshäusern kosten 200 bis 350 M.
Lüneburg: Der Mietpreis für Wohnungen in Vereinshäusern soll 20 bis 40 M. pro Jahr niedriger sein als in Miethäusern. Zweizimmerwohnungen in Harburg 210 bis 240 M., in Wilhelmshagen 300 bis 330 M.
Stade: Dreizimmerwohnungen in Miethäusern in Stade kosten 300 bis 400 M., in Genossenschaftshäusern in Westmünde 200 M.

Werkwohnungen.

Königsberg: Von den Wander- und Saisonarbeitern in den Ziegeleien, Steingrubereien und einer Zuderfabrik ist ein großer Teil losgerissen. Die Einrichtung und Beschaffenheit entspricht vielfach nicht den zu stellenden Anforderungen.

Gumbinnen - Allenstein: Die Wohnungen für Wanderarbeiter auf Ziegeleien, Kalkmergelwerken und in großen Kiesgruben sind meistens Kassenquartiere, die öfter zu Klagen Anlaß geben. So waren doch zumellen Strafen erforderlich, um größere Mißstände zu beseitigen.

Breslau: Die Vorteile der Arbeiterwohnungen sind aber auf der andern Seite im allgemeinen so groß, daß sie die Bedenken, die gegen eine solche an sich natürliche Abhängigkeit sprechen, sicherlich überwiegen.

Oppeln: Trotz mancherlei unerwünschter Nebenwirkungen, wie größere Abhängigkeit der Arbeiter vom Arbeitgeber, Verquickung von Arbeits- und Mietvertrag, hat doch eine solche planmäßige Wohnungspflege durch die Arbeitgeber für das engbedeute Oberfeldern ganz besonders große Bedeutung. Manche Werke haben drei Viertel aller ihrer Arbeiter in Werkwohnungen untergebracht. Die Arbeiterwohnungen stellen größtenteils innerhalb der geschlossenen Ortsanlagen der großen Industriebetriebe gleichartige, mehrstöckige Reihenhäuser in düsterem, schmucklosem Aufbau dar.

Königsberg: Die Regel bildet allerdings — bei den Werkwohnungen — das gleichzeitige Erlöschen des Mietvertrages mit dem Arbeitsvertrage.

Düsseldorf: Die Kündigungsfristen für die Werkwohnungen schwanken zwischen 8 Tagen und einem Vierteljahr. Besondere Vereinbarungen sind daneben für den Fall des Ausscheidens aus der Arbeit getroffen. Die Kündigung kann alsdann in kürzerer als der vereinbarten Kündigungsfrist gefordert werden.

Königsberg: Bevorzugte Arbeiter wie Meister, Maschinenführer, Aufseher, Ofenbeizer, erhalten auf manchen Werken auch freie Wohnung.

Gumbinnen - Allenstein: Soweit die Wohnungen nicht als Teil des Lohnes unentgeltlich überlassen werden. . .

Trier: „Aufolge der niedrigen Mietpreise sind die Werkwohnungen beliebt, obwohl der Nachteil in Kauf genommen werden muß, daß bei jeder Wöpfung des Arbeitsverhältnisses die Wohnung sofort geräumt werden muß.“

Stade: Das Ausscheiden eines Arbeiters aus der Zementfabrik Hemmoor aus dem Arbeitsverhältnis verpflichtet ihn, spätestens mit Ablauf des nächsten Monats die Werkwohnung zu räumen.

Kommunale Wohnungsfürsorge.

Danzig: Der Magistrat in Elbing gründete mit 750 000 M. Kapital eine Hypothekbank. Diese gibt zweite Hypotheken zu 4% Proz. und bis zu 75 Proz. des Wertes.

Potsdam: Die Gemeinde Wittenberg sucht daher durch steuerliche Bevorzugung zum Kleinwohnungsbau anzuregen und hat selbst den Bau von dreistöckigen Reihenhäusern begonnen.

Frankfurt a. M.: Die Stadt Eschborn hat bislang 38 Rentenpächter fertiggestellt. Die Stadt Arnswalde gibt Arbeitern Baugrund zum Selbstkostenpreis od. Das Baugelände ist bis zu 50 Proz. billiger als sonst dort gezahlt werden muß.

Düsseldorf: Verschiedene Gemeinden geben billige Baugrundstücke ab, zuweilen unter Nachlaß der Straßen- und Kanalbaukosten.

Köln: Der Kleinwohnungsbau wird durch Ermäßigung der Straßenbaukosten sowie der Grundsteuer, ferner durch Uebernahme von Pflanzkosten für Baudarlehen gefördert. Dasselbe wird von München-Gladbach berichtet. Diese Stadt beleibt Einfamilienhäuser bis zu 90 Proz. des Wertobjektes. Die Verzinsung beträgt 3¼ Proz.

Kachen: Die Stadt Schwelm hat 30 Häuser mit 24 Wohnungen errichtet.

Vielach kommt die kommunale Wohnungsfürsorge mehr dem privaten Unternehmertum als den Arbeitern zugute. Die herrschende Gesellschaft ist unfähig, allen Volksgenossen eine menschenwürdige Wohnung zur Verfügung zu stellen, aber man könnte von ihr verlangen, daß sie wenigstens den gemeingefährlichen Standorten ausmüßigen kapitalistischer Boden- und Wohnungswirtschaft ein Ende bereite.

Aus Industrie und Handel.

Hundfleisch als Volksernährungsmittel.

Die unzureichende Versorgung des deutschen Marktes mit Schlachtvieh und Fleisch hat den Konsum minderwertiger und für die menschliche Ernährung ungeeigneter Fleischsorten sehr stark gefördert. Normalerweise hat die Mehrzahl aller Europäer gegen den Genuß von Pferde- und Hundfleisch einen natürlichen Widerwillen. Nur die drückende Not und der Hunger können diesen etwas zurücktreten lassen. Im Ausland hat man für den Konsum von Hundfleisch kein Verständnis, weil man offenbar die Kalamität der deutschen Fleischversorgung gar nicht richtig kennt. Nach der vom kaiserlichen Statistischen Amte zusammengestellten Statistik über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reich betrug in den Jahren 1907 bis 1913 die Zahl der beschauten Hunde:

Jahr	Deutschland
1907	6472
1908	6361
1909	6690
1910	5922
1911	6558
1912	8183
1913	7856

Diese Ziffern beruhen auf amtlichen Angaben und das einzige Bedenken, das man gegen dieselben vorbringen kann, ist die Frage, ob sie den ganzen Konsum von Hundfleisch umfassen. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der für Genußzwecke geschlachteten Hunde viel größer ist, da ja in den meisten Fällen eine amtliche Fleischbeschau gar nicht stattfindet. So mancher Moppel wandert ohne Aufsehen direkt von der Straße in den Kochtopf eines kumigen Gelehrten. Die Quantifizierung der amtlichen Fleischbeschau verbietet sich hier aus naheliegenden Gründen. Daß gerade durch

KNORR Knorr-Hafermehl, das altbewährte Nahrungsmittel für Kinder. Knorr-Haferflocken, beste kräftigende Nahrung für Magenschwache und Blutarmer.